

Quelle: TAZ. Die Tageszeitung, 12. Juli 2018.

Es hört nicht auf

Das Urteil ist verkündet: Beate Zschäpe hat „lebenslang“ bekommen. Migrant*innen in Deutschland werden sich aber nicht sicher fühlen. Rassistisch motivierte Morde geraten allzu schnell in Vergessenheit

Von FATMA AYDEMIR

Am vergangenen Wochenende fanden in Klagenfurt die Tage der deutschsprachigen Literatur statt. Eine der Teilnehmerinnen war Özlem Özgül Dündar, geboren 1983 in Solingen. Der Titel des literarischen Textes, mit dem sie zum Wettbewerb um den Bachmannpreis antrat, lautete: „Und ich brenne“. Darin berichten vier Mütter von einem Brandanschlag auf ein Wohnhaus. Eines der Jurymitglieder sagte in der an die Lesung anschließenden Diskussion: „Es hat diesen Brand offensichtlich gegeben, mit einem eventuellen rechtsradikalen Hintergrund. (...) Im Begleitschreiben zu diesem Text stand, dass es sich um einen tatsächlichen Vorfall handelt, wenn ich mich richtig erinnere, aus dem Ruhrgebiet, ich bin nicht mehr ganz sicher.“

Ich saß vor dem Fernseher, fassungslos. Und verletzt. Dabei bin ich die letzte Person, die Menschen aufgrund ihrer Wissenslücken verurteilt. Ich selbst habe viel mehr Lücken, was Allgemeinwissen oder die Kenntnis über deutsche Historie angeht, als eine Journalistin sich erlauben sollte. Ich weiß darum, es ist mir unangenehm. Und doch konnte ich einfach kein Verständnis für diese Aussage in Klagenfurt aufbringen. Warum nur? Vielleicht, weil der Brandanschlag von Solingen 1993, obwohl ich damals erst sechs Jahre alt war, in meiner Wahrnehmung ein so zentrales historisches Ereignis ist, dass ich immer annahm, alle wüssten davon. Weil der Anschlag nur ein Tiefpunkt einer längeren Welle rassistischer Anschläge war und fünf Menschen bei dem Brand in ihrem eigenen Zuhause ums Leben kamen, dachte ich, alle Deutschen kennen Solingen. Wissen, dass Solingen nicht im Ruhrgebiet liegt. Aber so ist es anscheinend nicht. Solingen ist im kollektiven Gedächtnis längst vergessen.

Seit der Urteilsverkündung am Mittwochmorgen in München frage ich mich: Wird dasselbe mit den NSU-Morden passieren? Natürlich nicht, werden mich nun viele beruhigen wollen. Allein die Tatsache, dass die drei Rechtsterroristen zehn Jahre lang im Untergrund leben konnten, gezielt Menschen mit Migrationshintergrund auswählten, ihnen auflauerten und sie ermordeten, dabei nie auch nur in Verdacht gerieten, ist so eine große Tragödie für den deutschen Staat und die Sicherheitsbehörden, dass dies niemand vergessen wird. So wird der fünf Jahre lange Prozess gegen die einzige Überlebende des Tätertrios, Beate Zschäpe, und einige Mitglieder ihres Helfernetzwerks wohl als wichtigster Strafprozess der Nachkriegszeit gegen Rechtsterrorismus in die Geschichte eingehen.

Ja, die Dimension der NSU-Morde ist eine andere, als die des Anschlags in Solingen vor 25 Jahren. Doch ein entscheidendes Merkmal verbindet die beiden Fälle: ihr Motiv. Und allein das ist Grund genug, an der gesamtgesellschaftlichen Aufarbeitung dieses Falls zu zweifeln.

Die Menschen, die allesamt vom NSU durch Kopfschüsse mit ein und derselben Waffe in den Jahren 2000 bis 2006 hingerichtet wurden, hießen Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşık, Halit Yozgat. (Michèle Kiesewetter wurde 2007 mit einer anderen Waffe getötet.) Rassismuskritik ist eine Überlebensstrategie. Die meisten Deutschen werden sich diese Namen nicht merken, geschweige denn sie aussprechen können. Die Namen sind fremd. Sie können sich nicht mit den Opfern identifizieren. Das ist weder abwertend noch hetzerisch gemeint. Es ist nur eine Feststellung. Ich kann mich mit den Opfern identifizieren. Ich habe Angst. Ich denke: Das hätte mein Vater sein können.

Ich würde behaupten, diese Angst kennen viele. Sie schwingt in jeder Kritik der Debatten über das N-Wort mit. Sie wohnt in den Warnungen vor der unbedarften Übernahme von AfD-

Positionen und der Normalisierung von rechten Kampfbegriffen. Das hätte mein Vater sein können. Rassismuskritik wird neuerdings oft als blöde Sprachverbotsforderung belächelt. Das ist sie nicht. Rassismuskritik ist eine Überlebensstrategie. Sie soll dabei helfen, eine Gesellschaft zu gestalten, in der Solingen und der NSU nicht vergessen, oder am besten nie passieren werden. Eine Gesellschaft, in der ein ermordeter Halit genauso viel wert ist wie ein ermordeter Heinz.

Nun, da Beate Zschäpe zu lebenslanger Haft verurteilt wurde: Fühlen meine Familie, meine Freund*innen und ich uns sicherer? Nein. Lindert es den Schmerz der Angehörigen, dass Zschäpes Taktik vor Gericht, die naive unwissende Mitläuferin zu geben, nicht aufgegangen ist? Ich bezweifle es. Ein Staat, der systematisch benachteiligt. Vielleicht hört der Schmerz nie auf. Nicht nur, weil die Strafen für die Mitangeklagten, die den NSU beim Morden maßgeblich unterstützten, erschreckend milde ausgefallen sind. Vor allem die Verstrickungen staatlicher Behörden wie der Verfassungsschutz in die Mordserie sind komplett offengeblieben.

Obwohl diverse V-Personen sich vor und nach dem Abtauchen des Terrortrios in dessen unmittelbarem Umfeld befanden. Obwohl Verfassungsschutz-Mitarbeiter Andreas Temme, der in seinem Heimatdorf „Klein Adolf“ genannt wird, am Tag des Mordes an Halit Yozgat sich in dessen Internetcafé in Kassel aufhielt. Der hessische Verfassungsschutz fertigte einen Bericht an mit wichtigen Informationen, über 30 Belegen zu Kontakten des NSU zur lokalen Neonaziszene – und ordnete seine Geheimhaltung für 120 Jahre an. Bis 2134 bleibt diese Akte verschlossen! Ist es nicht erschütternd, wie vehement die Aufklärung des staatlichen Versagens in diesem Fall abgewehrt wird?

Institutioneller Rassismus ist ein schweres Wort, es klingt so abstrakt und hochgestochen. Aber es beschreibt sehr präzise die Lebensrealität von vielen Menschen in diesem Land: Wir leben in einem Staat, der uns systematisch benachteiligt, verdächtigt und uns nicht denselben Schutz bietet, wie weißen Mitbürger*innen mit deutschem Namen. Ich habe oben die Namen der Opfer aufgezählt. Acht von ihnen sind türkisch, einer ist griechisch. Wie kann es sein, dass bei solch einer Namensliste die Behörden all die Jahre nicht auf die Idee kamen, im rechten Milieu zu ermitteln? Wieso gingen die Ermittlungen streng in Richtung des eigenen Umfelds und ins Drogenmilieu?

Rassismus ist ein Problem, das sich immerzu reproduziert, indem es unsichtbar gemacht wird. Angela Merkel hat es sehr schön gesagt, bei ihrer Gedenkrede für die NSU-Opfer im Februar 2014: „Gleichgültigkeit – sie hat eine schleichende, aber verheerende Wirkung. Sie treibt Risse mitten durch unsere Gesellschaft. Gleichgültigkeit hinterlässt auch die Opfer ohne Namen, ohne Gesicht, ohne Geschichte.“ In derselben Rede versprach die Kanzlerin auch, die Morde und die Hintermänner und die Helfershelfer aufzudecken. Dieses Versprechen wurde gebrochen.

Wir leben in einem Staat, der uns systematisch benachteiligt, verdächtigt und uns nicht denselben Schutz bietet, wie weißen Mitbürger*innen mit deutschem Namen. Vielleicht kann aber doch verhindert werden, dass die Opfer ohne Namen und ohne Gesicht bleiben. Dass der NSU-Komplex mit diesen Gerichtsurteilen als abgeschlossen und aufgearbeitet gilt. Denn er ist nicht aufgearbeitet. Darauf beharren viele engagierte Menschen, die am Mittwoch in mehreren deutschen Städten unter dem Slogan „Kein Schlussstrich“ demonstrierten. Ihre Forderung: Das gesamte Netzwerk und die Strukturen um den NSU müssen aufgedeckt werden. Denn nur so kann eine ernstzunehmende Aufarbeitung erfolgen. Und die Namen Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşık, Halit Yozgat sich im kollektiven Gedächtnis verankert. Denn dort gehören sie hin.

Quelle: Spiegel Online (www.spiegel.de), 22. Januar 2019

Deutsch-französische Paartherapie

Wirtschaft, Verteidigung, Grenzregionen - im Vertrag von Aachen versprechen Deutsche und Franzosen eine engere Kooperation. Ob diese gelingt, bestimmen Kanzlerin Merkel und Präsident Macron aber nicht allein.

Aus Aachen berichtet PETER MÜLLER

Am Schluss ist es ein Physikstudent, der ein bisschen Schwung in diesen deutsch-französischen Festtag bringt. Jetzt, so der junge Mann, wo die deutsche Kanzlerin am Ende ihrer Karriere stehe, könnte sie endlich den Mut aufbringen, noch ein paar Reformen in Europa anzustoßen. Angela Merkel schluckt ein wenig, Frankreichs Präsident Emmanuel Macron, der neben ihr steht, verkneift sich ein Lächeln. Der Student aber legt ungerührt nach: „Tun Sie Ihrem Freund, tun Sie uns, Ihren Bürgern, einen Gefallen.“

Wenige Minuten zuvor haben die deutsche Kanzlerin und der französische Präsident im Krönungssaal des Aachener Rathauses den „Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit und Integration“ unterzeichnet. Jetzt stehen sie mit Auszubildenden, Studenten und anderen Bürgern zusammen und versuchen, mit dem Volk ins Gespräch zu kommen. Sie finde schon, sagt Merkel, an den Studenten gewandt, das neue Vertragswerk könne sich sehen lassen. „Der heutige Tag ist ein Tag, an dem wir ein bisschen Mut aufgebracht haben.“

16 Seiten, 28 Kapitel, das Signal, das Deutsche und Franzosen mit dem Aachener Vertrag senden wollen, ist klar: Europa mag in der Krise stecken, Großbritannien aussteigen, und Italiens Matteo Salvini seinen Siegeszug bald im Europaparlament fortsetzen - egal. An diesem Dienstagvormittag nahmen sich Deutsche und Franzosen eine Auszeit von der Krise, um das Freundschaftsversprechen zu erneuern, das sie sich auf den Tag genau vor 56 Jahren mit dem Élysée-Vertrag gegeben haben.

An Möglichkeiten zur historischen Überhöhung mangelt es nicht, doch Merkel und Macron halten es im Königssaal lieber nüchtern. Die Deutsche tut alles, damit ihr Gegenüber den Vertrag als seinen Erfolg feiern kann. Im Grunde setze man damit ja nur die Vorstellungen um, so Merkel, die Macron bei seiner Rede vor den Studenten an der Sorbonne präsentiert habe - und das „bereits 16 Monate später“.

Macron, das darf man unterstellen, hätte sich vieles schneller gewünscht, doch auch er zeigt sich zufrieden, für seine Verhältnisse jedenfalls. Kurz blitzt sein Redetalent auf, seine Fähigkeit, einem Termin mit wenigen Worten eine eigene Note zu geben. „Wenn mein Herz ein Wort im Französischen nicht findet, dann suche ich es in der deutschen Sprache“, sagt er. Es bleibt die einzige Liebeserklärung an die Deutschen an diesem Vormittag.

Denn Frankreichs Präsident ist in der deutsch-französischen Realität angekommen. Das mag auch daran liegen, dass Macron vor noch nicht mal neun Monaten schon einmal im selben Saal saß und schon einmal der deutschen Kanzlerin lauschte. Anfang Mai 2018 erhielt er den Karlspreis, und wie ganz Europa hoffte auch Macron, dass Merkel in Aachen endlich auf seine Reformvorschläge antwortet. Allein, Merkel lobte den Preisträger zwar innig, Antworten indes gab es keine.

Inzwischen scheint Macron die Grenzen zu akzeptieren, die Berlin und die politische Lage in der deutschen Hauptstadt seinen Europavisionen setzen. Ausdrücklich nennt er beim Bürgerdialog den deutschen Parlamentsvorbehalt für Einsätze der Bundeswehr, einen Umstand, der gemeinsame Militäraktionen deutlich komplizierter macht. Merkel wiederum verweist darauf, dass bei den Euroreformen mit dem vergangenen EU-Gipfel erst mal das Ende erreicht sei. Auch wenn es mit einem europäischen Finanzminister oder einem Investitionshaushalt nach

Macrons Vorstellungen nichts geworden ist. „Die Reform der Wirtschafts- und Währungsunion ist in Deutschland schwieriger als in Frankreich“, sagt sie.

Ein Küsschen hier, ein Küsschen da, chère Angela, cher Emmanuel - Macron und Merkel wirken wie ein Paar, das in die Jahre gekommen ist. Beide wissen, was sie aneinander haben, aber auch, wo die Grenzen des Partners liegen.

Der neue Vertrag umreißt diese Grenzen recht genau. Wirtschaft, Verteidigung, Grenzregionen, über all das kann man etwas finden. Doch bei Macrons großem Thema, dem Euro, eher weniger, sieht man von ein paar kursorischen Bemerkungen zur Wirtschafts- und Währungsunion ab. Nun soll es also mehr deutsch-französische KITAS in Grenzregionen geben, Schulabschlüsse sollen gegenseitig einfacher anerkannt, die Eisenbahnnetze besser verknüpft werden. Das klingt nach eher kleinen Projekten. Doch genau darin kann die Stärke des Papiers liegen, immerhin kommen solche Verbesserungen schnell beim Bürger an.

Die entscheidende Frage ist, ob beide Seiten die Kraft aufbringen, die Inhalte in den kommenden Jahren auch zu leben. Eine stärkere Kooperation vor europäischen Gipfeln und Entscheidungsterminen etwa, so wie der Vertrag sie vorsieht, wäre wünschenswert. Doch was ist es wert, wenn sich in Brüssel nicht mal altgediente Diplomaten an den jüngsten durchschlagenden, gemeinsamen diplomatischen Vorstoß von Deutschen und Franzosen erinnern können?

Macron und Merkel, das kommt erschwerend hinzu, sind beide nicht auf dem Höhepunkt ihrer Macht. Macron versucht seine innenpolitischen Reformen gegen die Proteste der Gelbwesten zu verteidigen und Merkel ist in der Spätphase ihrer Kanzlerschaft. Die freundlichen Worte in Aachen können eine simple Wahrheit daher nicht verbergen. Ob der Vertrag ein Erfolg wird, werden womöglich erst die Nachfolger Merkels und Macrons entscheiden. Das Verdienst von beiden aber ist es, jetzt dafür die Grundlage gesetzt zu haben.

Quelle: Spiegel Online (www.spiegel.de), 20. Mai 2019

AfD und der Strache-Skandal: Ignorieren, ablenken, aussitzen

Die Affäre um den österreichischen Rechtspopulisten Heinz-Christian Strache bringt seine deutschen Freunde von der AfD in Erklärungsnot: Wie die Partei sich müht, das Thema kleinzuhalten.

Von KEVIN HAGEN, ANN-KATRIN MÜLLER und SEVERIN WEILAND

Der Skandal um Österreichs führenden Rechtspopulisten Heinz-Christian Strache ist schon fast einen Tag alt, da erst meldet sich die Co-Fraktionschefin seiner deutschen Polit-Freunde im Bundestag zu Wort. „Österreich handelt vorbildlich“, twittert Alice Weidel am späten Samstagmittag. Doch die AfD-Frau spricht über ein Kopftuchverbot an Grundschulen. Kein Wort zum eigentlichen Überthema dieser Tage, zum vielleicht größten Skandal in der österreichischen Nachkriegsgeschichte.

Erst am Montag meldet sich Weidel, die noch am Wochenende dazu kein Statement geben wollte, zu Wort, auch gegenüber dem SPIEGEL: „Es steht außer Frage, dass das Bild, welches in dem Video vermittelt wurde, ein verheerendes ist.“ Sie gehe aber davon aus, dass die FPÖ die Angelegenheit vollständig aufarbeiten werde, sagt die AfD-Fraktionschefin im Bundestag. Die FPÖ sei „nicht auf Zurufe aus Deutschland angewiesen“.

Der SPIEGEL und die „Süddeutsche Zeitung“ hatten vergangene Woche eine Videoaufnahme veröffentlicht, die zeigt, wie Strache im Parlamentswahlkampf 2017 einer angeblichen russischen Oligarchennichte unter anderem öffentliche Aufträge in Aussicht gestellt hatte. Strache trat daraufhin als FPÖ-Chef und Vizekanzler zurück, die Regierung mit der ÖVP von Kanzler Sebastian Kurz ist am Ende. Im Herbst soll es Neuwahlen geben.

Die FPÖ muss bei den anstehenden EU-Wahlen nun mit einem deutlich schlechteren Ergebnis als erhofft rechnen. Und auch bei der selbst ernannten Schwesterpartei in Deutschland ist die Sorge angesichts der Vorgänge im Nachbarland groß. So groß, dass die AfD verzweifelt versucht, das Thema kleinzuhalten.

Hier gibt's nichts zu sehen, bitte weitergehen - das ist die Devise, wenn es um die Ibiza-Affäre geht. Besonders eindrucksvoll zeigt das auch Parteichef Jörg Meuthen am Sonntagabend im ARD-Talk von Anne Will. Zwar sei es „völlig offensichtlich“, dass Strache und der mittlerweile ebenfalls zurückgetretene FPÖ-Fraktionschef Johann Gudenus „ein kapitaales Fehlverhalten an den Tag gelegt haben“. Dann aber beschwört Meuthen einfach das Ende der Debatte. Es handele sich um einen „singulären Vorgang“. Und überhaupt: Das alles habe nichts mit der AfD zu tun. Es sei ein „innerösterreichischer Vorgang, definitiv und sonst nichts“. Konsequenzen seien gezogen worden, „für mich ist das damit erledigt.“

Doch ganz so einfach ist das wohl nicht. Für die AfD ist der Fall Strache und die damit verbundene FPÖ-Krise ein gewaltiges Problem. Denn in der Vergangenheit umgaben sich die deutschen Rechtspopulisten gerne mit Vertretern der Freiheitlichen Partei aus Österreich. Schon die einstige AfD-Vorsitzende Frauke Petry hatte sich im Sommer 2016 mit Strache auf der Zugspitze getroffen - und werbewirksam ablichten lassen. Auch nach Petrys Parteiaustritt suchte die neue Führung den Schulterchluss mit den Rechtspopulisten aus dem Süden. Im Sommer 2017, mitten im Bundestagswahlkampf, trafen sich die beiden AfD-Spitzenkandidaten Alice Weidel und Alexander Gauland mit Strache und weiteren FPÖ-Größen in einem Hotel in Wien. Meuthen besuchte im Juni 2017 mit einer kleinen AfD-Delegation Strache im österreichischen Parlament.

[...] Die FPÖ-Affäre trifft die AfD zu einem ungünstigen Zeitpunkt. In den Umfragen zur Europawahl war sie gerade erst wieder leicht auf zwölf Prozent gestiegen. Sicher aber noch immer nicht das, was sich etwa Meuthen noch vor einem halben Jahr vorgestellt hatte. Die Brexit-

Debatte hat der Partei geschadet, zeigt sie doch, welches Chaos Populisten anrichten können. Zudem zeichnet sich eine deutliche höhere Wahlbeteiligung ab, von der eher die Konkurrenz profitieren dürfte.

Wie weit die FPÖ-Affäre auf die AfD abstrahlt, lässt sich nicht sicher prognostizieren. Die Wähler der Rechtspopulisten gaben auch nach früheren internen Affären ihre Stimmen Meuthen, Gauland und Co. Doch völlig sicher fühlt man sich bei der AfD offenbar nicht. Im Gegenteil, der Fall Strache hat die Partei völlig kalt erwischt. Noch am Freitagabend, kurz nach Veröffentlichung des Videos, hatte der AfD-Pressesprecher der Bundestagsfraktion, Christian Lüth, auf Twitter voreilig von einem „Pseudoskandal“ geschrieben und den SPIEGEL angegriffen. Den Tweet löschte er später, als klar wurde, dass die FPÖ und Österreich in eine innenpolitische Krise rutschen. [...]

Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung (www.FAZ.net), 6. Juni 2019

Gauland will „Klima-Hype“ aussitzen

Die AfD leugnet den menschengemachten Klimawandel. Intern gibt es aber Zweifel, ob der Kurs angesichts des Erfolgs der Grünen sinnvoll ist. Darauf antwortet der Partei- und Fraktionsvorsitzende Alexander Gauland.

Von MARKUS WEHNER, BERLIN

Wenn es um das Thema Klimaschutz geht, kennt Alexander Gauland kein Vertun. „Die Klimahysterie der anderen Parteien wird die AfD nicht mitmachen“, sagt der Partei- und Fraktionsvorsitzende der AfD der FAZ.. Zwar geht auch Gauland davon aus, dass das überragende Interesse am Klimaschutz der AfD bei der Europawahl geschadet hat. Und er erkennt an, dass es vor allem jüngere Wähler bewegt, die nur noch zu sechs Prozent die AfD gewählt haben. Doch die Partei dürfe daraus nicht den Schluss ziehen, dass sie einen Kurswechsel in der Klimafrage einleiten müsse. „Wenn wir in dieser Frage anfangen zu wackeln, würden wir unsere Stammwähler verlieren“, sagt er. Was aber empfiehlt er seiner Partei zu tun? Die Antwort lautet: nichts. „Wir müssen abwarten, bis sich der Klima-Hype gelegt hat.“ Soll heißen: Eine solche Stimmung kann man nur aussitzen.

Von dem kürzlichen Vorstoß der Berliner AfD-Jugend, beim Thema Klimawandel eine neue, sozusagen grün-konservative Position zu beziehen, hält Gauland dementsprechend wenig. Die Junge Alternative (JA) Berlin hatte gefordert, „von der schwer nachvollziehbaren Aussage Abstand zu nehmen, der Mensch würde das Klima nicht beeinflussen“. Gauland hatte den menschengemachten Klimawandel öffentlich bestritten. Er hat diese Aussage mittlerweile insofern modifiziert, dass er sagt, es gebe sicherlich einen Klimawandel. Nur ob der durch den Menschen verursacht sei, das könne man nicht beurteilen. Die JA Berlin hatte allerdings nicht nur einen Kurswechsel in der Klimafrage verlangt, sondern von den Fraktionen in Bund und in den Ländern auch konkrete Vorschläge „innerhalb des thematischen Rahmens der AfD“ eingefordert. Auch eine Idee dazu formulierte sie schon. „Ein konkretes Beispiel wäre die Entwicklungshilfe für Schwellenländer an die Einführung einer Ein-Kind-Politik zu koppeln, um einem der größten Klimaprobleme, der Überbevölkerung, entgegenzutreten“, heißt es im Papier der hauptstädtischen AfD-Jugend.

Gauland macht sich solche Forderungen nicht zu eigen. Er weist aber darauf hin, dass Deutschland aus seiner Sicht in der Frage der Erderwärmung ohnehin nichts ausrichten kann, weil es ja nur rund zwei Prozent des weltweiten CO₂-Ausstoßes verursache. Für ihn ist es wichtig, dass der Bürger, der sich einen alten gebrauchten Diesel gekauft hat, diesen auch fahren und sich in dieser Frage auf die AfD verlassen kann. Selbst fährt Gauland eine Jaguar-Limousine. Die AfD sieht sich insgesamt als Autofahrer-Partei, von grünen Forderungen nach mehr Radwegen und einer Verdrängung des Autos aus den Innenstädten hält sie nichts. Sie rechnet damit, dass sie mit der Losung „Rettet den Diesel“ in den ländlichen und dünn besiedelten Gebieten Deutschlands, die nicht zuletzt in den ostdeutschen Ländern liegen, besonders viel Zustimmung gewinnt.

Kein AfD-Ministerpräsident

Gauland ist optimistisch, dass die AfD bei den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen in diesem Jahr gut abschneiden wird. Bei der Europawahl war sie in Brandenburg mit 19,9 Prozent und in Sachsen mit 25,3 Prozent stärkste Partei geworden. „Die Themen Migration und Soziales werden bei den Landtagswahlen in Ostdeutschland entscheidend sein“, sagt er. Für die nachlassende Zustimmung zur AfD in den westdeutschen Ländern sieht er neben dem Thema Klimawandel das schwindende Interesse am Thema Flüchtlinge als Ursache. Das liege aber nicht daran, dass es kein überragendes Problem mehr sei, sondern dass darüber weniger berichtet werde als früher. „Das Thema Migration ist nur deshalb bundesweit in den Hintergrund getreten, weil die Fernsbilder dazu fehlen.“

Auf die anstehenden Wahlen in den drei ostdeutschen Ländern wird das nach Ansicht des AfD-Vorsitzenden aber keine Auswirkungen haben. Denn die Ostdeutschen sieht er als mental anders gestrickt an. „Nation, Volk und Sicherheit“ seien als Werte im Osten Deutschlands präsenter als in Westdeutschland. Das habe mit dem gesellschaftlichen Klima im Westen zu tun, das von der Achtundsechziger-Bewegung nachhaltig geprägt worden sei. „Deshalb wird die Zustimmung im Osten für die AfD höher bleiben als im Westen“, folgert Gauland.

Von den Träumen einiger ostdeutscher AfD-Politiker, man werde dort sogar in die Regierung kommen oder als möglicherweise stärkste Partei in einem ostdeutschen Bundesland den Ministerpräsidenten stellen, hält Gauland nichts. „Einen AfD-Ministerpräsidenten wird es im Osten nicht geben, selbst wenn wir stärkste Kraft werden“, sagt er. Denn die CDU werde selbst mit der Linkspartei koalieren, um das zu verhindern, ist Gauland überzeugt. „Das wäre dann allerdings das Ende der CDU“, fügt er hinzu. Zumindest solange Angela Merkel Bundeskanzlerin ist, sieht er keine Chance, dass es eine Annäherung zwischen AfD und Union gibt.

Deutscher Vorsitz im Uno-Sicherheitsrat Für einen Monat am Tisch der Mächtigen

Außenminister Heiko Maas hat sich für den deutschen Vorsitz im Uno-Sicherheitsrat viel vorgenommen. Was aber kann Deutschland in der Runde erreichen, die immer weniger die Weltpolitik bestimmt?

Als Heiko Maas am Montagnachmittag Ortszeit in New York den Hammer in die Hand nimmt, schaut er ernst. "Ich erkläre das 8499. Treffen des Sicherheitsrats für eröffnet", sagt der Außenminister. Dann klopft er auf den Tisch. Hinter ihm auf dem Wandgemälde steigt ein Phoenix aus dem Staub. Die Befreiung aus dem Chaos, sie ist so etwas wie das Motto des Uno-Sicherheitsrats - dem Deutschland jetzt für einen Monat vorsitzt.

Für Maas ist der Termin am Montag das vorläufige Ziel eines recht langen Wegs. In den vergangenen Jahren haben er und seine Diplomaten hart daran gearbeitet, dass Deutschland zunächst wieder einen Sitz unter den zehn nichtpermanenten Mitgliedern im Sicherheitsrat bekam. Das bisher letzte Mal war Berlin 2012 in dem Gremium vertreten, das sich selbst zur Aufgabe gesetzt hat, die Welt sicherer zu machen.

Diesen April nun übernimmt Berlin sogar den Vorsitz der exklusiven Runde aus den Veto-Mächten USA, China, Russland, Frankreich und Großbritannien und den zehn anderen Nationen, die nur zeitweise dabei sein dürfen. Dafür ist Maas extra aus Berlin angereist, wegen einer neuen Panne an seinem Regierungsflieger kam er etwas zu spät zu seiner ersten Sitzung als Präsident des Sicherheitsrats.

Rein formal ist der Vorsitz im Sicherheitsrat ziemlich wichtig. Zum einen bestimmt der Vorsitzende die Tagesordnung, leitet die Sitzungen und spricht im Namen des Gremiums. Im Krisenfall bekommt Deutschland damit erhebliches politisches Gewicht, Maas kann zum Beispiel Resolutionen über militärische Interventionen auf die Tagesordnung setzen lassen. Theoretisch jedenfalls.

Welche Themen Maas in New York nach vorne bringen will

Maas hat sich für den Vorsitz einiges vorgenommen. Als eine Art Gegengewicht zur Brachialpolitik von US-Präsident Donald Trump will er bei der Uno wieder gemeinsam gestaltete Weltpolitik machen und beschwört die regelbasierte Weltordnung. Abrüstung, der Schutz humanitärer Helfer im Krieg, die Frauenrechte: Das sollen die Themen sein, die Berlin in New York nach vorne bringt.

Passend zum deutschen Mantra, mehr internationale Verantwortung übernehmen zu wollen, wurde es dann auch schon vor der Sitzung etwas pathetisch. Deutschland wolle helfen, "dass der Sicherheitsrat seiner Rolle im Krisenmanagement gerecht wird", sagte Maas, schließlich sei der Sicherheitsrat der "Dreh- und Angelpunkt für die Lösung von Konflikten und die Wahrung des Weltfriedens".

Worum es in der ersten Sitzung unter Maas' Vorsitz ging

Wie dick die Bretter sind, die zu bohren man sich vorgenommen hat, kann Maas danach über 90 Minuten mitverfolgen. Bei seiner ersten Sitzung als Präsident geht es um neue Ideen, Helfer in Krisengebieten besser zu schützen. Allein in Syrien, so Maas, seien 2018 mehr als

130 mobile Kliniken oder Camps von Helfern angegriffen worden. "Was früher ein Tabu war, wird zum Mittel der Kriegsführung", empört er sich.

In der Sitzung aber wurde das Thema von so vielen Seiten beleuchtet, das am Ende selbst interessierten Zuhörern die Köpfe rauchten. Noch recht konkret waren die Experten: Sie forderten einen strikten Stopp von Rüstungsexporten an Länder, die das humanitäre Völkerrecht missachteten. Großbritannien wiederum forderte, Staaten wie der Sudan müssten aufhören, Hilfsgüter mit Steuern zu belegen.

Nicht jeder am Tisch machte so zielführende Vorschläge. Der Vertreter aus Kuwait nutzte seine Redezeit zur Generalabrechnung mit Israel. Russlands Uno-Botschafter referierte lang, dass die international angesehenen "Weißhelme" in Syrien eigentlich Terroristen seien. Die USA widersprachen heftig.

Maas und seinen Beratern war die Frustration immer deutlicher anzusehen. Aber so ist es eben bei der Uno.

In der Realität hat sich der Sicherheitsrat trotz der vielen Krisen, die es zu lösen gilt, immer mehr marginalisiert. Die Großmächte USA, China und Russland messen dem Gremium wenig Relevanz zu, beachten die beschlossenen Resolutionen kaum und verhindern, dass der Sicherheitsrat neue Beschlüsse für die brutalsten Konflikte wie in Syrien beschließt. Stattdessen wird viel geredet und wohlfeil debattiert.

Trotzdem wollen Maas und sein Gesandter versuchen, neue Akzente zu setzen. Noch vor der Übernahme des Vorsitzes durchbrach Botschafter Christoph Heusgen bei einer Sitzung zum Nahostkonflikt die Routine und forderte, die Botschafter sollten ihre Redezettel weglegen und Tacheles reden. "Sagen Sie mir doch, wie Sie gedenken, die bestehende Resolution umzusetzen?", fragte er provozierend.

Deutschland und Frankreich - ein bisschen Freundschaft

Kleine Akzente zu großen Themen setzen, das wird wohl der Kern des deutschen Vorsitzes sein. Gemeinsam mit Frankreich will man sich eng abstimmen, deswegen treten Maas und sein französischer Kollege bei der Uno immer wieder zusammen auf. "Wir haben es geschafft, dass unsere Länder von Erbfeinden zu Freunden geworden sind", sagte Maas in New York. Das soll ein Beispiel für andere sein.

Die hochgehaltene Freundschaft funktioniert allerdings nur begrenzt. Wenn es um die deutsche Forderung geht, man solle den französischen Sitz im Sicherheitsrat in einen europäischen umwandeln, winkt Paris vehement ab. Ebenso war sich Frankreich nicht zu fein, Berlin im Streit um die Rüstungsexportregeln bei Gemeinschaftsprodukten als unzuverlässigen Partner zu bezeichnen.

In New York werben die beiden trotzdem unentwegt für mehr internationale Zusammenarbeit, präsentieren sich gern als Gegenmodell zu den "America first"-Parolen von Donald Trump. Ob die Harmonie auch über das anstehende Treffen der Nato-Außenminister in Washington hält, bleibt indes ungewiss. Beim Streit um den Verteidigungsetat jedenfalls beäugt Frankreich die Deutschen mehr als kritisch.

Quelle : www.spiegel.de / 2.4.2019 von Matthias Gebauer

Gemeinsam gegen Windmühlen?

Deutschland und Frankreich, die heute in Aachen einen neuen Freundschaftsvertrag unterzeichnen, wollen gemeinsam den Zusammenhalt in der EU wahren helfen. Die Frage ist nur, ob die Führungen beider Länder dazu in der Lage sind.

Auf den Tag genau 56 Jahre nach Unterzeichnung des Elysée-Vertrags setzen Präsident Macron und Bundeskanzlerin Merkel an diesem Dienstag in Aachen ihre Unterschrift unter einen neuen deutsch-französischen Vertrag. Den institutionellen Grund, den Charles de Gaulle und Konrad Adenauer gelegt hatten, wollen ihre Nachfolger ausbauen und stärken.

5 War die 1963 besiegelte Zusammenarbeit beseelt vom Willen zur Versöhnung, so nimmt die erneuerte Partnerschaft die vielfältigen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts in den Blick: Diese Herausforderungen wollen die beiden Länder gemeinsam bewältigen, auf einer „höheren“ Stufe der Zusammenarbeit, zum Wohle der Deutschen und Franzosen (und ihrer europäischen Partner). So jedenfalls stellen die Regierungen sich das vor.

10 Dass Frankreich und Deutschland noch enger zusammenrücken (wollen), von der Außen- und Europa- bis zur Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik, ist die Konsequenz, die Paris und Berlin aus den dramatischen Veränderungen in der Welt, in Europa und in dessen Nachbarschaft ziehen. Die internationale Ordnung wird von zwei Seiten in die Zange genommen: von autoritären Aufsteigern wie China und neuerdings auch von der westlichen
15 Führungsmacht. Der Zusammenhalt in der EU wird von innen und von außen bedroht, ein neuer Nationalismus findet zunehmend Anhänger. An Europas Peripherie ist, durchaus im Wortsinne, der Teufel los: Krieg, Chaos, zerfallen(d)e Staaten und großer Migrationsdruck. Gleichzeitig schreitet der technische Fortschritt in nie gekanntem Tempo voran.

20 Dass man sich da eingedenk der jüngsten Krisenerfahrungen nicht einfach zurücklehnen kann, versteht sich von selbst. Sicherheit und Wohlstand der beiden europäischen Schlüsselländer und ihrer Partner sind nicht gottgegeben. Ihnen bläst ein neuer kalter „wind of change“ entgegen, auf den man sich besser einstellen muss.

25 Das Datum der Unterzeichnung des neuen Vertrags ist eine Verneigung vor der Geschichte. Aber es gibt auch eine Koinzidenz, die dem Vorhaben zusätzliche Bedeutung verleiht: Zwei Tage vor dem 22. Januar hat das dritte Amtsjahr Donald Trumps begonnen. Der amerikanische Präsident hat für die Europäer und ihre EU nicht viel übrig; den Wert der Gemeinschaft des Westens hat er bis heute nicht begriffen. Eine Woche später soll das Unterhaus in London abermals darüber abstimmen, wie das Vereinigte Königreich die EU verlässt. Unsicherheiten und Ungewissheiten allenthalben.

30 Und die wollen Deutschland und Frankreich in den Griff bekommen. Sie sind überzeugt, dass ihr Zusammenwirken auch künftig ein „unverzichtbares Element“ bleibt für eine „geeinte, leistungsfähige, souveräne und starke“ EU (was immer „souverän“ heißen soll). Sie sehen ihre Verbindung wie eh und je als unerlässliche Triebkraft. Zu Recht, denn wenn Frankreich und Deutschland europapolitisch verschiedener Meinung sind, geht es in der Regel nicht
35 voran, kommt es auch zu keiner Einigung im größeren Kreis; dann macht jeder, was er will.

40 Doch dieser größere Kreis ist heute ein anderer als 1963. Von dem Verdacht einmal abgesehen, Deutschland und Frankreich maßten sich die Direktorenrolle in der EU an – eine Variante davon ist der Hegemonievorwurf gegen Deutschland: Es gibt heute auch andere Gruppierungen in der EU, die Akzente setzen, etwa in der Einwanderungs- oder in der Haushaltspolitik, und die der deutsch-französischen Führung längst nicht (mehr) brav folgen. Auf Exklusivität kann die nicht angelegt sein.

Messlatte¹ nicht unerreichbar hoch legen

45 Dem neuen Vertrag ist vorgehalten worden, er sei der Öffentlichkeit (angeblich) lange vorenthalten worden; zudem sei er nicht ambitioniert. Das kann man so sehen. Aber dass die Vertragsbetreiber keine Luftschlösser bauen, spricht für ihren Realismus. Wenn sie wirklich mehr in die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik investieren, wie sie es nun vertraglich versprechen – politisch, personell, materiell –, wäre das viel wert. Und nichts ist falsch daran, die alltagsweltliche Zusammenarbeit in grenznahen Regionen zu verbessern.

50 Man sollte die Messlatte nicht unerreichbar hoch halten. Deutschland und Frankreich sind und bleiben die Kernmächte der EU. Großbritannien gehörte nie zu diesem Kern, aber sein Ausscheiden wird Folgen für die Machtbalance haben (und manchen Integrationsschritt möglich machen, der vorher verstellt wurde). Wenn Paris und Berlin es schaffen, durch eine vernünftige Politik den Zusammenhalt in der EU wahren zu helfen und Zukunftsaufgaben zu bewältigen, wäre das keine schlechte Leistung. Die Frage ist nur, ob die Führungen beider Länder dazu in der Lage sind: Macron ist entzaubert und wird innenpolitisch bedrängt, 55 Unruhe und Wut auf die „Herrschenden“ im Land sind enorm; Merkel führt eine Koalition ohne Bestandsgarantie und ist im Spätherbst ihrer Kanzlerschaft.

60 In Frankreich ist „Aachen“ schon in den Strudel von Verschwörungstheorien gezogen worden, weil der Vertrag Zweisprachigkeit in Grenzregionen postuliert. Man fragt sich, wie lange ein Gemeinwesen, also nicht nur dieser oder jener Vertrag, falsche Behauptungen und das Geschwätz von Verrat und Ausverkauf aushalten kann, ohne bleibenden Schaden zu nehmen.

Quelle: www.faz.net, 22.01.2019, von Klaus-Dieter Frankenberger

¹ la barre

Der Osten kann anders

Der Ausgang der Europawahl hat auch gute Seiten, findet unsere Autorin. Denn an vielen Orten blüht die Demokratie.

Ja, natürlich, es ist nach der Europawahl auf der politischen Landkarte nicht zu übersehen: In weiten Teilen des Ostens ist die AfD stärkste Kraft geworden. Die Partei konnte zulegen, konnte sich verfestigen, sie wird sich nun noch stärker und besser in vielen Gegenden verankern können. Sie wird das Klima und die Debatten beeinflussen und prägen. Und das
5 ausgerechnet in Gegenden, in denen es haufenweise Probleme gibt, die sich mit Ressentiments und Politik-Verdross mit Sicherheit nicht werden lösen lassen.

Aber, nein, es gibt keinen Grund, jetzt in Verzweiflung auszubrechen: Denn die vergangenen Wochen haben auch gezeigt, dass Dinge gut sind. Sogar im Osten.

10 An nicht wenigen Orten haben so viele Menschen für eine plurale Politik in Deutschland und Europa gekämpft wie seit vielen Jahren nicht mehr. Lauter, entschlossener, selbstbewusster denn je. Zu den Kommunalwahlen sind so viele Menschen auf Listenplätzen der Parteien – ja, auch der etablierten! – angetreten wie noch nie nach 1990. Die ostdeutsche Gesellschaft hat seit dem Jahr 2015 viel gelernt, auch über sich selbst. Sie geht enorm politisiert und vielleicht sogar gestärkt aus diesen Wahlkämpfen hervor.

15 Manche mögen das nicht glauben, aber könnte es sein, dass es im Osten jetzt gerade erst richtig beginnt, spannend zu werden? Der Wahlkampf für den Herbst, für die Landtagswahlen in Brandenburg, Thüringen und Sachsen, beginnt in diesen Tagen. Das Jahr 2019 muss kein Jahr des Untergangs sein. Es könnte auch eines des neuen demokratischen Aufbruchs werden.(...)

20 Denn was auf den ersten Blick nicht auffällt, ist: In den allermeisten Regionen und Gegenden hat der überwiegende Teil der Menschen nicht für die AfD gestimmt. Nicht einmal von einem Rechtsruck kann vielerorts die Rede sein. In Dresden kamen Grüne, Linke und SPD zusammen auf fast 40 Prozent der Stimmen. Früher waren es zwar noch mehr. Es ist dennoch bemerkenswert, dass es in der Heimat von Pegida den linken Parteien weiterhin gelingt, breite
25 Wählerschichten für sich zu mobilisieren. Jahre des Streits und der Auseinandersetzung liegen hinter der sächsischen Landeshauptstadt, sie haben tiefe Wunden in die Stadtgesellschaft gerissen. Aber die Kämpfe waren auch nicht umsonst: Politisierung ist nicht nur etwas Schlechtes.

30 In vielen anderen Städten, Landkreisen und Gemeinden gibt es Überraschungen. In der kleinen Stadt Torgelow in Vorpommern ist die SPD mit fast 27 Prozent zum ersten Mal in der Geschichte stärkste Kraft im Stadtrat geworden. Patrick Dahlemann, 30 Jahre alt, eines der politischen Talente seiner Generation, ist für diesen Erfolg verantwortlich. Er steht für eine junge Generation, die ganz bewusst im Osten lebt, hier Verantwortung übernimmt. Auch Franziska Schubert gehört dazu. Die grüne Oberbürgermeisterkandidatin ist in Görlitz zwar
35 nur Dritte geworden – aber mit einem für eine Grüne überragenden Ergebnis. (...)

Vielleicht wiederholt sich die Geschichte ja wirklich

Auch das ist klar geworden: Die demokratischen Kräfte, zumal die linken, haben es im Osten viel schwerer als im Westen. Es braucht unglaublich viel mehr Überzeugungskraft und Herzensbildung, alte Denkmuster und Rituale aufzubrechen. Zudem ist die personelle Basis

40 nach vielen Jahren der Abwanderung und einer wohl aus DDR-Zeiten rührenden Parteienskepsis einfach sehr dünn.

Es reicht in Ostdeutschland nicht, sich auf Marktplätze zu stellen und bunte Luftballons zu verteilen. Im Kampf um die Demokratie muss verlorener Boden beharrlich und zäh, Zentimeter für Zentimeter zurückerobert werden, eine Gesprächs- und Argumentierkultur erst wieder neu etabliert werden. Rückschläge werden dabei eine beinahe alltägliche Erfahrung sein. Aufzugeben aber ist keine Option mehr.

Das der Osten keineswegs ein brauner Sumpf ist, nicht einmal ein blauer – dass hier nicht alles verloren ist, wie manche vor allem in den sozialen Netzwerken immer wieder gerne behaupten –, ist doch völlig klar. Und es zeigt sich vor allem, wenn man auf die Städte schaut: In Leipzig, Jena und Rostock sind die Grünen stärkste Partei geworden. Noch vor fünf Jahren erschien das undenkbar. In den Nachwendejahren haben die Bündnisgrünen im Osten allenfalls eine marginale Rolle gespielt, waren mehr Folklore als eine ernst zu nehmende politische Kraft.

55 Heute beweisen sie – auch in Weimar, Potsdam und den Ostberliner Bezirken – gemeinsam mit anderen Parteien, dass der Osten anders kann. Dort, wo es urbane, aufgeklärte Milieus und vor allem junge Menschen gibt, ist die Demokratie durchaus lebendig.

60 Man liest jetzt, in den sozialen Netzwerken – zugespitzt –, dass die Ostdeutschen zu Rassismus, Intoleranz und antidemokratischen Einstellungen, sagen wir mal, genetisch veranlagt seien. Dabei entsteht Demokratien- und Parteienskepsis eher in den politisch und gesellschaftlich vernachlässigten Gegenden, die die Nachwendezeit produziert und hinterlassen hat. Mit den ökonomischen Strukturen verschwanden die gesellschaftlichen und dann die mentalen. Es entschwand schlicht der Sinn, mithin das wohl wichtigste Fundament einer Gesellschaft.

65 Es gehört dabei zu den verstörendsten Einsichten der vergangenen 30 Jahre, dass es ausgerechnet einer rechten Revolte bedurfte, diese Sinnfrage wieder mit aller Macht auf die Tagesordnung zurückzubringen. Nun aber liegt sie auf dem Tisch, kann betrachtet, konstatiert, bestritten, verworfen und auch neu gedacht werden.

Wer weiß: Vielleicht wiederholt sich die Geschichte ja wirklich.

70 So wie die DDR-Bürger 1989 auf die Straße gehen mussten, um ihre bürgerlichen Rechte zu erkämpfen, so gilt es nun, sie zu verteidigen.

Hoffentlich werden wir eines Tages sagen können: Stärker als jetzt haben die in Ostdeutschland lebenden Menschen, Ossis und Wessis gleichermaßen, noch nie versucht, von ihrem Landstrich Besitz zu ergreifen, ihn zu ihrem zu machen. In einem guten Sinn.

Quelle: www.zeit.de, 30.05.2019, von Jana Hensel

»Haaaaallllloooooo«

Karrieren *Zur Freude der Kanzlerin ist Frank-Walter Steinmeier bisher ein sehr umgänglicher Präsident. Reicht das, um in diesen Zeiten gehört zu werden?*

Ein Sonntag Anfang Dezember, 16.08 Uhr, Frank-Walter Steinmeier rauscht in einen kleinen Konferenzraum des Pekinger GrandHyatt-Hotels. [...]

Es ist der fünfte Tag seiner Chinareise, in Deutschland hat bislang niemand so richtig mitbekommen, dass er überhaupt weg ist, aber es steht noch ein Treffen mit Xi Jinping aus, dem chinesischen Staatschef. Um die großen Fragen soll es gehen, den freien Handel und die Menschenrechte, für einen Moment wird Steinmeier mal wieder mittendrin sein im Zentrum der Weltpolitik, deshalb die Filmaufnahme. Vielschichtig und komplex sei das Verhältnis zwischen Berlin und Peking, beginnt Steinmeier.

»Oh, Moment, meine Kamera ist gerade abgestürzt«, sagt der Fernsehmann. Steinmeier muss noch einmal von vorn anfangen. Er macht geduldig alles mit, dabei ist noch nicht einmal klar, ob sich in all der Aufregung über die CDU und den Bahnstreik, über den Migrationspakt und den Brexit jemand für seine Sätze interessiert. Egal. Ab damit in die Heimat.

Seit knapp zwei Jahren ist Frank-Walter Steinmeier jetzt Bundespräsident, und eigentlich hat er bislang eine wunderbare Zeit. Steinmeier ist ein sehr populäres Staatsoberhaupt. Von Bayern bis Brandenburg schmücken die Menschen ihre Dörfer, sie wollen Selfies mit ihm und machen Musik. Ja selbst in unangenehmen Momenten wirkt es mitunter, als wäre Steinmeier der glücklichste Präsident der Welt.

Aber natürlich ist alles etwas komplexer, als es scheint, wenn man ihn in diesen Wochen begleitet, denn es gibt diese andere Ebene. Steinmeier ist in einem Findungsprozess: So geschwind er in die Rolle des Bundespräsidenten geschlüpft ist, so offen ist bisher noch, wie genau er seine Präsidentschaft versteht, ob er Bewahrer sein will und Beschützer oder jemand, der antreibt und aufrüttelt, die Deutschen und vielleicht auch Angela Merkel. Jedenfalls fragt man sich, ob er vorhat, sich von der Kanzlerin zu emanzipieren, oder ob sie sich bis zum Ende auf ihn verlassen können, weil sein neues Ich im Großen und Ganzen eben doch funktioniert wie sein altes, das des ruhigen und berechenbaren Frank-Walter Steinmeier.

Dujiangyan, Südwestchina. Es ist kalt und grau, über den Hügeln hängen schwere Regenwolken. Der Bundespräsident besucht eine Schule. Steinmeier war schon einmal hier, im Jahr 2008. Der Sozialdemokrat war Außenminister, in der Region hatte die Erde gebebt. 8,0 auf der Richterskala, 87000 Tote, es war ein Inferno. Heute steht das meiste wieder.

Steinmeier läuft in ein Klassenzimmer, eine Lehrerin übergibt ihm ein Fotoalbum mit lauter Bildern von seinem damaligen Besuch. Der Bundespräsident blättert durchs Buch. Überall er. Steinmeier im weißen Hemd, Steinmeier mit ein paar Erstversorgern, Steinmeier im Gespräch mit Lehrern. Als Minister konnte er zu jener Zeit schnell etwas bewegen. Ein paar Anrufe, und schon war das Rote Kreuz in Dujiangyan. Echte Macht. [...]

In der Regel hält sich Steinmeier an den außenpolitischen Comment der Bundesregierung, was aus Sicht der Kanzlerin erfreulich ist. Sie kann ihre Kraft auf andere Dinge verwenden, als ständig darauf zu achten, ob der Bundespräsident diplomatische Scherbenhaufen hinterlässt, wie das bei Joachim Gauck zuweilen der Fall war.

Überhaupt ist Steinmeier für Merkel bislang ein angenehmer Bundespräsident, was bemerkenswert ist, weil die Wahl des Sozialdemokraten, betrieben von Sigmar Gabriel, ja ursprünglich wie eine schwere Niederlage für sie wirkte. Aber Steinmeier hat mit seinem

Einsatz für die Große Koalition ihre Kanzlerschaft gerettet. Und er redet zwar besser und klarer als von vielen gedacht, überstrahlt mit seinen Auftritten aber auch nicht die Merkels. Sie und Steinmeier sind, wie einst in der Bundesregierung, alles in allem ein harmonierendes

45 Duo. [...]

Während Gauck pausenlos über die Freiheit erzählte, hat Steinmeier sich entschieden, viel über die Demokratie zu sprechen. Anfangs wirkte das etwas einfallslos, aber mit dem Aufstieg der Populisten hat das Thema Konjunktur bekommen. Alles lässt sich damit verbinden. Die Verteidigung Europas, der Einsatz für die transatlantische Partnerschaft, der

50 Kampf gegen die Rechten. [...]

Steinmeiers Politikverständnis ist von seinem Wechsel ins Schloss unberührt geblieben. Das kann man furchtbar langweilig finden, aber es hat etwas Sympathisches. Steinmeier steht für einen Typus Politiker, der in diesen Zeiten vom Aussterben bedroht ist, nämlich jenen, der überhaupt noch zuhört und bereit ist, die Meinung anderer zuzulassen, und sei sie noch so

55 problematisch. [...]

Wieder Peking, Anfang Dezember. »Haaaaallllloooooo«, ruft Steinmeier ins Mikrofon. Er steht in der deutschen Vertretung, ein paar Hundert Gäste haben sich um ihn versammelt, doch niemand hört zu. Ihr Verhalten ist eine ziemliche Frechheit, aber der Bundespräsident lacht. Er ist jetzt bestens gelaunt. Es steht noch das Treffen mit Xi Jinping an, für Steinmeier

60 der Höhepunkt der Reise.

Xi hat in die Große Halle des Volkes geladen. Steinmeier sitzt dem Chinesen und dessen Team in einem Konferenzsaal mit seiner Delegation gegenüber. Acht Personen links, acht rechts. Xis Leute schließen die Türen mitten in Steinmeiers Eröffnungsstatement, was für ihn ärgerlich ist, weil so niemand seine Kritik an der Menschenrechtslage mitbekommt, ohne die

65 kein deutscher Politiker aus China nach Hause zu kommen braucht. 60 Minuten, dann ist der Termin zu Ende.

Auf dem Weg zum Flughafen biegt Steinmeier plötzlich ab. Er hat noch einen Termin. Vier Regimekritiker warten auf ihn in der Botschaft. Der Zeitpunkt ist bewusst gewählt. Kurz vor Abreise können die Chinesen ihm nicht mehr dazwischenfunken. Ein alter

70 Außenministertrick. Als Steinmeier gegen 23 Uhr ins Flugzeug kommt, sieht er zufrieden aus. Er weiß noch, wie es geht.

Quelle: *Der Spiegel*, Nr. 52/2018, 22.12.2018, von Veit Medick

Bloß nicht zu viel aufwühlen

Die CDU redet beim Werkstattgespräch über Asyl, Grenzschutz und das Jahr 2015. Eine Abrechnung mit Merkel wird es aber nicht. Das liegt auch an der neuen Parteichefin.

Am Ende weht doch ein Hauch AfD durch das Konrad-Adenauer-Haus: Beim ersten Werkstattgespräch Migration, Sicherheit und Integration in der CDU-Bundeszentrale tritt ein junger Mann ans Publikumsmikrofon: Er sei Polizist aus Frankfurt und froh, in Deutschland zu leben, sagt er. Auch seine Kinder und Enkel sollten in diesem Deutschland groß werden können. "Aber wenn jemand hierherkommt, der Traditionen und Werte und Grundsätze hinterfragt, dann brauche ich einen starken Staat, der handelt und den Rest des Volkes, der friedlich zusammenleben will, einfach schützt." Rest des Volkes? Schnell leitet Moderatorin Angela Elis auf dem Podium zur Schlussrunde ihrer vier Diskussionsgäste über.

Der Einwurf des Mannes zeigt die Spannung, unter der die CDU steht, seit Kanzlerin Angela Merkel in einer Septembernacht 2015 entschied, Dutzende Busse mit in Ungarn gestrandeten Flüchtlingen über die österreichisch-deutsche Grenze kommen zu lassen. Zehntausende folgten binnen weniger Tage. Nicht nur das Land, vor allem Merkels CDU streitet seitdem, ob das und die folgende Politik richtig war und was sie für heute bedeutet. Das Werkstattgespräch ist das Versprechen der neuen CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer, die Flüchtlingspolitik seit 2015 aufzuarbeiten.

Merkels Kritiker sehen den September 2015 als Kontrollverlust. Indem die Regierung die Grenze damals nicht schloss, setzte sie faktisch das Prinzip des Dublin-Abkommens außer Kraft. Es besagt, dass über einen Asylantrag in dem Land entschieden werden muss, in dem der Flüchtling die EU betritt. Was in der Praxis nur schlecht funktioniert, wie auch die von Kramp-Karrenbauer zum Auftakt des Werkstattgesprächs geladenen Experten konstatierten. Deren zweistündige Diskussion kreiste um "eine vernünftige Mischung von Humanität und Härte", wie es der Konstanzer Rechtswissenschaftler Daniel Thym formulierte. Thym's Bonner Berufskollege Christian Hillgruber prognostizierte, wenn diese Mischung gelänge, "würden wir mehr Unterstützung für den Flüchtlingsschutz in der Bevölkerung erhalten". [...] Die Runde machte einige Vorschläge, wie die Balance zwischen Humanität und Härte aussehen könnte. Die Weiterwanderung von in der EU angekommenen Flüchtlingen ins Mitgliedsland ihrer Wahl könnte man dort mit dem Entzug von Sozialleistungen eindämmen, schlug der Rechtswissenschaftler Thym vor. Sein Kollege Hillgruber setzte noch früher an: Wer etwa aus dem Bürgerkrieg in Syrien flüchte, sei bei Erreichen eines Lagers in Jordanien oder dem Libanon doch bereits in Sicherheit, argumentierte er. Dass von dort aus sich vor allem junge Männer nach Europa aufmachten, "hat mit dem Schutz vor Bürgerkrieg nichts mehr zu tun". Linkspolitiker oder Grüne würden hier heftig gegenhalten, bei der CDU-Veranstaltung bleibt das unwidersprochen.

Dauerstreit mit Seehofer

Denn Teile der Partei sehen die CDU durch die Politik seit 2015 ähnlich traumatisiert wie die SPD durch die Hartz-Reformen: Den politischen Erfolg strich vor allem die AfD ein, denn die vermeintliche Grenzöffnung Merkels von 2015 hat die Nationalisten stark gemacht. Der Dauerstreit Merkels mit dem damaligen CSU-Vorsitzenden und Innenminister Horst Seehofer

über eine Obergrenze für Asylbewerber oder die Zurückweisungen an der Grenze ließ die CDU-Wahlergebnisse sinken. Manchem Christdemokraten ist unverständlich, warum Frankreich etwa Flüchtlinge an der Grenze zurückweist und die Bundesregierung das nur in seltenen Fällen für möglich hält.

Auf dem Höhepunkt der unionsinternen Krise sah es gar nach einem Bruch der Fraktionsgemeinschaft von CDU/CSU im Bundestag aus: Ihr eigener Innenminister bescheinigte der Kanzlerin eine "Herrschaft des Unrechts".

Lieber über morgen reden

Merkel hat das Hereinholen der Flüchtlinge aus Ungarn in Regierungserklärungen als Folge "einer Notlage" verteidigt und als "Ausnahme". Doch die Ausnahme verstetigte sich, als daraufhin vorübergehend mehr als 10.000 Flüchtlinge pro Tag über die Grenze kamen, größtenteils unregistriert, auf bayerischen Bahnhöfen euphorisch begrüßt von freiwilligen Helfern; als bundesweit Bürgermeister die letzten erhältlichen Traglufthallen für Flüchtlinge mieteten und Bierzelte orderten, um die überfüllten Turnhallen zu entlasten.

Heute hat das Humanitäre weniger Gewicht als damals. [...]

Kritik an Merkel, aber nicht zu viel

Die Aufarbeitung im Adenauer-Haus ist nicht einfach – zum einen wegen der Kürze der anderthalbtägigen Veranstaltung. Zum anderen steckt Kramp-Karrenbauer in einem Dilemma: Mit dem Versprechen der Aufarbeitung gewann sie ihre Wahl zur CDU-Chefin gegen ihren konservativen Gegenspieler Friedrich Merz. Sie muss also Kritik Raum geben, darf sich aber zugleich nicht zu stark von ihrer Amtsvorgängerin absetzen. Zu gewinnen ist wenig: Räume die CDU Fehler ein, bekämen die Kritiker von rechts außen recht. Sähe die CDU sich politisch dagegen bestätigt, bliebe die Kritik so laut wie bisher.

Auch in der Fortsetzung am Montag wird Kramp-Karrenbauer die Sachdiskussion um das eigentliche Problem herumkreisen lassen: Vier nicht öffentlich tagende Themengruppen widmen sich Innerer Sicherheit und Abschiebep Praxis, europäischem Grenzschutz, der Steuerung von Migration und der Integration vor Ort. Alles Zukunftsthemen, wenig auf konkrete Fehler der Vergangenheit bezogen. Der Frust der Merkel-Kritiker soll sich möglichst geräuscharm entladen. [...]

Was sie nun von dem Versuch der parteiinternen Aufarbeitung ihrer damaligen Entscheidung hält, machte die Bundeskanzlerin auch klar: Sie nahm an der Veranstaltung nicht teil.

Quelle : www.zeit.de /11.2. 2019 von Tilman Steffen

Die Schachfigur

SPD Gunther Adler, ein stiller Staatssekretär im Innenministerium, gilt seit der Maaßen-Affäre als Star im politischen Berlin. Wie fühlt sich das an?

Es rufen jetzt viele an, die Freunde, die Feinde, ja sogar die wichtigen Talkshows melden sich. Er, der kleine Baustaatssekretär, soll allen seine große Geschichte erzählen, jenes schöne Stück vom plötzlichen Ruhm. Gunther Adler, Superstar. Der heimliche Gewinner der Affäre um Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen. Aber Adler sagt alles ab. Er will keine Show, er will doch nur arbeiten.

Es hat sich ein bisschen was verändert im Leben von Gunther Adler, jenem Mann, der sich jahrelang unerkannt durch Landesbauordnungen wühlte und dann, innerhalb weniger Stunden, zu einer Symbolfigur im Berliner Koalitionsdrama aufstieg. Erst gefeuert, dann gefeiert und schließlich doch gehalten –so in etwa lässt sich das abenteuerliche Hin und Her beschreiben, in das ihn die drei Parteivorsitzenden von CDU, CSU und SPD in der Causa Maaßen geschickt haben.

Selten tritt Machtpolitik so offen zutage wie im Fall Adlers. Am Ende dieser Affäre, so scheint es, haben die Deutschen zwar keine handlungsfähige Regierung mehr, aber dafür einen neuen Helden mit der Besoldungsgruppe B 11, der seit Jahren exakt das tut, wozu die Regierung sich nun endlich aufraffen will: Sacharbeit. Welch Ironie.

Berlin-Kreuzberg, ein Restaurant unweit des Potsdamer Platzes. Adler bestellt Schnitzel und Apfelschorle. Grauer Anzug, randlose Brille, Seitenscheitel. Ein seriöses Auftreten. Malte man einen Staatssekretär, er sähe aus wie Adler. Er hat wenig Zeit und will seine eigene Causa gar nicht groß reflektieren, weil er findet, dass das weder zu ihm noch zu seinem Job passt. Natürlich kann das Attitüde sein, Demut kommt immer gut an. Aber die, die ihn gut kennen, berichten, er sei die Zurückhaltung in Person. Wo immer er auch arbeitete, ob im SPD-Vorstandsbüro, dem Präsidialamt, dem Verkehrsministerium oder bei der Landesregierung in Düsseldorf – Adler sah seinen Platz stets hinter den Kulissen. Wohl auch deshalb machte die Überbelichtung seiner Person dem 55-Jährigen zu schaffen, für ihn waren es Tage wie im Film. Der Dienstag vergangener Woche, Andrea Nahles, Horst Seehofer und Angela Merkel treffen sich im Kanzleramt. Maaßen, der unhaltbare Verfassungsschützer, soll Staatssekretär im Innenministerium werden. Der Adler müsse gehen, sagt Seehofer. Na, wenn's denn sein muss, sagt Nahles. Adler, die Schachfigur. Der Staatssekretär erfährt am Abend per Telefon von seiner Absetzung. Geahnt hat er nichts.

Das Problem: Er steckt mitten in den Planungen für den Wohngipfel, der ein großer Aufschlag werden soll für diese Krisenkoalition. Ausgerechnet Adler, dessen Ablösung gerade beschlossen wurde, ist der zentrale Mann. Er kennt die Details, er feilt an den Zielen. Soll er jetzt seinen Schreibtisch räumen? Oder den Gipfel weiter vorbereiten? Natürlich entscheidet er sich für Letzteres. Er ist schließlich Staatssekretär. Jammern kommt nicht infrage.

Als Seehofer am Mittwoch Adlers Demission öffentlich macht, folgt ein Aufschrei. Sozialdemokraten, die den gebürtigen Leipziger noch kürzlich als Schoßhündchen¹ der Baulobby kritisiert haben, klagen nun über seine Kündigung. »Der Bau hat seine Heimat verloren«, protestiert die Architektenkammer. Auf Twitter gibt es eine Solidaritätswelle, am

¹ Petit chien de compagnie

40 Abend muss die Kanzlerin am Rande des EU-Flüchtlingsgipfels in Salzburg Stellung nehmen. Man werde natürlich eine Verwendung für Herrn Adler finden, versichert Merkel.

Wer sich nicht für Politik interessiert und jetzt erst einschaltet, muss glauben, Deutschland sei kurz davor, den weltbesten Baufachmann und klügsten Regierungsstrategen zu verlieren. Adler ist anerkannter Ministerialer. Aber diese Dynamik ist auch ihm ein bisschen zu viel.

55 Es gibt Beamte, die den Staatssekretär um die großen Schlagzeilen beneiden, die sein Fall produzierte, aber er zeigt eben auch, wie schnell in der Politik heutzutage Stimmungen entstehen, die sich selbst von den Mächtigsten nicht mehr steuern lassen.

50 Am Donnerstag ist es, als lebte Adler in zwei Welten. In den Medien wird er als Märtyrer gefeiert, an seinem Schreibtisch versucht er, den Wohngipfel zu retten. Mehr Bauland, mehr Geld, Steuererleichterungen und neue Grenzen für den Mietspiegel –es gibt viel zu koordinieren, mit Ministerien, den Ländern, den Parteien. Andere hätten sich krankschreiben lassen, nicht so Adler. Er kennt die Situation der unsicheren Bleibeperspektive. Zweimal schon sah er sein Ende gekommen. Im September 2017, als die SPD erst in Richtung Opposition blinkte. Und im März 2018, als sein Themenfeld an die CSU ging. Adler überlebte alles. Das härtet ab.

55 Freitagmittag vergangener Woche, die Koalition trifft sich im Kanzleramt zum Wohngipfel. Adler sitzt neben Seehofer und der Kanzlerin, wobei man auch sagen könnte, Seehofer und die Kanzlerin sitzen neben Adler. Eigentlich soll es um Bauen und Mieten gehen, doch dann, so erinnern sich Teilnehmer, fragen ein paar Leute aus der Branche Merkel und Seehofer empört, wie es dazu kommen konnte, dass Adler nun gehen müsse. Nun ja, sagt Seehofer, jetzt solle man mal abwarten. Nun ja, sagt Merkel, Adler sei ja noch im Amt. Zwei Tage später revidieren die Parteivorsitzenden ihre Entscheidung. Maaßen wird Berater, Adler darf bleiben.

60 »Das waren schon interessante Tage«, sagt Adler. »Ich möchte jetzt gern einfach weiterarbeiten, weil die Große Koalition noch so viel zu tun hat. Sie ist besser als ihr Ruf.«

65 Adler will sich nun schleunigst wieder um seine Themen kümmern. Die Wohnungsnot sieht er als die soziale Frage unserer Zeit. Da will er ran. Mittwochvormittag, Adler hält eine Rede im »Effizienzhaus« in Berlin. Als sein Auftritt beendet ist, bedankt sich der Moderator bei ihm und meint, er sei damit nun »entlassen«. Adler zuckt kurz. Nicht schon wieder dieses
70 Wort.

Quelle: *Der Spiegel*, Nr. 40/2018, 29.09.2018, von Veit Medick

Bei ihr sieht es einfach aus

Berlin feiert Greta Thunberg. Doch der Hype um sie könnte für den Protest gefährlich werden. Was macht sie zum Idol der jungen Klimabewegung?

Riesige Seifenblasen wabern über den Köpfen und spiegeln sich in Tausenden erwartungsvoll glänzenden Augen wider. Die begehbare Granitskulptur *Versunkene Mauer* im Invalidenpark liegt da wie ein schiffbrüchiger Dampfer, als sei sie eine eigens für diesen Tag herbeigeschaffte Kulisse. Es ist die 15. Woche des Protests der Berliner Fridays-for-Future-Bewegung. Auf den bunten Schildern der jungen Aktivisten stehen Slogans wie "*Make the world Greta again*". Einige halten Blumen in den Händen, als erwarteten sie einen Popstar.

Aber ist Greta Thunberg, die 16-jährige schwedische Schülerin, auf die hier alle warten, ein Popstar? War die Zeit des personalisierten Protests nicht eigentlich vorbei, die Zeit der Idole und der Gesichter, die eine ganze Bewegung tragen sollten?

Nur wenige Kilometer vom heutigen Demonstrationsort entfernt, auf der anderen Seite des Tiergartens, hielt Rudi Dutschke vor 50 Jahren seine berühmte Rede auf dem Vietnamkongress. Bis heute gilt er als Prototyp eines Revolenführers, war geistiger Patron der Studentenbewegung, charismatischer Theoretiker und begnadeter Rhetoriker mit Suggestivkraft. Dutschke trug seinen berühmten Strickpullover, Greta ihre weiße Strickmütze. Doch da hören die Gemeinsamkeiten schon auf. Dutschke hielt stundenlange Vorträge gespickt mit Hegel-Zitaten. Die Fridays-for-Future-Aktivisten heute reden, na klar, ganz anders.

Eloquent müssen sie nicht sein

Es treten an diesem Freitag Vertreter aus der Schweiz, Großbritannien, Frankreich und Belgien auf. Jugendliche, die noch vor kurzer Zeit auf Schulhöfen als "Öko" gemobbt worden wären. Sie lesen Reden von ihren Smartphones ab. Keineswegs eloquent. Manche stammeln. Andere vergessen, was sie sagen wollten. Aber sie werden gefeiert. Die Parolen sitzen und werden aus Abertausenden Kehlen erwidert. Es braucht schließlich keine großen Theorien wie damals bei Dutschke, es liegt ja alles offen da diesmal. 23.000 Wissenschaftler haben sich bisher hinter die Klimaproteste gestellt. Es ist beinahe, als könnte man die Experten aufatmen hören, dass nun endlich jemand gekommen ist, der all die Klimamodelle, all die Rechnungen und Warnungen, all die gut begründeten Weltkatastrophenszenarien mit kindlicher Sturheit vorträgt.

Als der Demonstrationszug sich formiert, lauert bereits eine Wand von Fotografen davor. Minutenlang fokussieren sie die erste Reihe. Und dann ist sie auf einmal da. Über dem Kopf hält sie das ikonische Schild, mit dem alles begann: "*Skolstrejk för Klimatet*" steht in großen handgeschriebenen Lettern darauf. Mit ihren geschätzt 1,50 Meter kann Thunberg kaum über das Fronttransparent schauen. Leise, fast widerwillig bewegen sich ihre Lippen im Rhythmus der skandierten Parolen.

Aura religiöser Erhabenheit

[...]Dieter Rucht vom Berliner Institut für Protest- und Bewegungsforschung (IPB) erkennt eine doppelte Bedeutung der 16-Jährigen für Fridays for Future: "Der Nährboden war da. Unter den jungen Menschen gab es schon länger eine große Affinität zu Umweltthemen. Thunberg hat gewissermaßen die Saat ausgebracht." Sie ist eine Orientierungsgröße, eine Identifikationsfigur. In einer nicht repräsentativen Umfrage des IPB gaben immerhin 40 Prozent der Teilnehmer an, dass Thunberg ihr Interesse am Thema Klimawandel befördert hätte.

Viel stärker gewichtet Rucht jedoch die Spielregeln der Aufmerksamkeitsökonomie: "Medien brauchen Gesichter zu einem Protest." Nicht umsonst bekommt Greta Thunberg an diesem Wochenende ausgerechnet den deutschen Film- und Fernsehpreis Goldene Kamera verliehen. Das amerikanischen *Time Magazine* hat sie jüngst in die Liste der 25 einflussreichsten Teenager des Jahres 2018 aufgenommen. Es scheint, als würden viele Ältere versuchen, den für sie potenziell bedrohlichen Protest auf die harmlose Geschichte eines jungen Mädchens zu reduzieren: Wem wir einen Preis geben, kann uns nicht mehr gefährlich werden.

Die Gefahr der Personalisierung

[...] Als sie sich vor wenigen Tagen unpräzise zum Thema Kernenergie äußerte, versuchten Kritiker dies als Beleg für die widersprüchliche Naivität der Fridays-for-Future-Bewegung auszulegen. Die Möglichkeit des Erfolgs oder Scheiterns des Protests scheint noch immer stark an die Person Thunberg gebunden zu sein. Darum warnt Forscher Rucht vor einer zu starken Fixierung auf die 16-jährige Schwedin: "Erfolgreiche Proteste werden heute von zahlreichen Akteuren getragen. Es gibt die Theoretiker, die Organisatoren, die Vermittler und die Strategen. Thunberg aber ist nur das Gesicht einer Bewegung."

Wie beim Staatsbesuch

Auf dem Weg zum Brandenburger Tor stehen Scharen von Schaulustigen Spalier. Grundschüler rufen Thunbergs Namen, drängen sich durch, um einen Blick auf ihr Idol zu erhaschen. Ein Auflauf wie bei einem Staatsbesuch. Abgeschildert von Dutzenden untergehakten Ordnern, die Fans und Presse fernhalten.

Mit einer Stunde Verspätung betritt sie schließlich die Bühne der Abschlusskundgebung am Brandenburger Tor. Die Hände in der Manteltasche verborgen. Tausende Smartphones schneiden ihre nur drei Minuten dauernde Ansprache mit, die phasenweise unter frenetischen Jubelschreien untergeht. "Wir wollen eine Zukunft, ist das zu viel verlangt?", sagt sie. Ihre Rede ist einfach, formelhaft. Sie sagt nichts zur Atomkraft und auch sonst nichts, was sich missverstehen lässt.

Kämpferisch recken hinter ihr die Organisatoren der Fridays-for-Future-Bewegung die Fäuste in den Berliner Himmel. "Greta! Greta! Greta!" skandiert die Menge. Sie aber nickt nur freundlich, klatscht zaghaft in ihre Handschuhe. Mehr nicht.

Greta Thunbergs Rolle, das zeigt ihr kleiner Auftritt in Berlin, ist nicht komplex. Sie ist eine 16-Jährige, die die Dinge beharrlich und klar anspricht. Viele ihrer Fans, ob jung oder alt, scheinen sich genau danach zu sehnen: Klarheit und Konsequenz. Das reicht offenbar, um ein Idol zu sein.

Quelle : www.zeit.de / 29.3.2019 von Hannes Soltau

Hauptsache Deutsch

Bildung *Eine Lehrerin aus Syrien unterrichtet Brandenburger Grundschüler. Können geflüchtete Lehrkräfte den Personalmangel an Schulen lösen?*

Lehrer in Deutschland müssen ziemlich kreativ sein. Das ist Hend Al Khabbaz gleich aufgefallen. Wenn vor dem Fenster ihres Klassenzimmers die Blätter von den Bäumen segeln, sollten die Lehrkräfte das in ihren Unterricht einbauen: Sie müssen mit den Kindern Geschichten über den Herbst lesen oder die englischen Vokabeln für »Laub« und »Kälte« einführen. »Hier ist es wichtig, dass die Kinder gern lernen«, sagt Al Khabbaz. In Syrien, ihrer Heimat, sei es vor allem darum gegangen, den Stoff des Schulbuchs durchzunehmen. »Das war anstrengender für die Schüler – hier ist es anstrengender für die Lehrer.«

Dass die Syrerin Al Khabbaz so locker über ihre Erfahrungen im deutschen Schulsystem plaudern kann, ist nicht selbstverständlich. Es ist das Ergebnis harter Arbeit und einer simplen Idee.

Vielerorts fehlen Lehrkräfte, rund 7000 zusätzlich werden bis zum Jahr 2030 gebraucht, schätzt die Kultusministerkonferenz. Vor allem in ländlichen Gebieten und in Ostdeutschland bleiben schon heute Tausende Stellen vakant. Zugleich sind seit 2015 mehrere Tausend geflüchtete Lehrer nach Deutschland eingewandert.

Eine Arbeitserlaubnis zu bekommen ist schwer: Jedes Bundesland regelt selbst, welche Bedingungen erfüllt sein müssen, damit Zuwanderer vor einer deutschen Schulklasse stehen dürfen. Doch fast überall gilt: Die Verfahren dauern sehr lange.

In Deutschland müssen Lehrkräfte meist zwei Unterrichtsfächer studiert haben. Wer im Ausland nur ein Fach belegte und hier unterrichten will, muss oft das zweite Fach nachstudieren. Dann folgt in der Regel ein 18-monatiges Referendariat¹.

Hend Al Khabbaz, 35, ist eine der wenigen, die es geschafft haben. 27 Stunden unterrichtet sie an der Sigmund-Jähn-Grundschule im brandenburgischen Fürstenwalde an der Spree. Sie lehrt hauptsächlich Englisch – wie früher in Syrien.

Al Khabbaz gehört zum ersten Jahrgang des Refugee Teachers Program der Universität Potsdam. In drei Semestern sollen zugewanderte Lehrkräfte hier fit gemacht werden für die Arbeit in Brandenburgs Klassenzimmern. Mit ihr buhlten mehr als 600 weitere Bewerber um die 50 Plätze. Mittlerweile haben 74 Lehrkräfte die Qualifizierung erfolgreich abgeschlossen.

»Die Sprache war das größte Problem«, sagt Al Khabbaz. Sie, die Lehrerin, musste nun selbst wieder pauken. Nach fünf Stunden Unterricht setzte sie sich zu Hause noch einmal so lange hin, um das Gelernte nachzuarbeiten. In ihrer Freizeit schaute Al Khabbaz deutsche Filme, blätterte durch Zeitschriften, hörte Lokalradio. »Hauptsache Deutsch«, sagt sie.

Dann hospitierte sie an der Grundschule in Fürstenwalde. Zusammen mit einer deutschen Lehrerin unterrichtete sie eine Willkommensklasse und traf auf Kinder, die genauso geflüchtet waren wie sie selbst. »Die Lehrer haben hier viel mehr Möglichkeiten«, sagt Al Khabbaz. In ihrer Heimat sei es üblich, dass der Lehrer an der Tafel stehe und einen Monolog halte. In Fürstenwalde erlebte Al Khabbaz, dass Schüler auch Referate halten oder in Gruppen arbeiten können.

Nach ihrem Abschluss bot Schulleiterin Ines Tesch ihr eine Stelle an. »Sie hat sich in der kurzen Zeit unverzichtbar gemacht«, sagt Tesch. Ihre Grundschule liegt im Einzugsgebiet eines Erstaufnahmelandes für Flüchtlinge. 150 Kinder integrierten Tesch und ihre Kollegen in

¹ Stage obligatoire avant titularisation d'un enseignant

den Alltag. Mittlerweile haben alle den Sprung von der Willkommensklasse in den regulären Unterricht geschafft. »Einige gehören heute zu den Klassenbesten«, sagt Tesch.

Ähnliche Projekte wie das Refugee Teachers Program gibt es auch in Nordrhein-Westfalen: Sie bereiten die Zugewanderten auf den Unterricht vor, die Absolventen arbeiten oft als Assistenzlehrkräfte. Andere Bundesländer verlangen weiterhin Nachstudium plus Referendariat.

»Die formalen Qualifikationen zugewanderter Lehrkräfte lassen sich meist nicht eins zu eins mit der Lehramtsausbildung in Deutschland gleichsetzen«, sagt Henrike Terhart, Leiterin eines Pilotprojekts für geflüchtete Lehrkräfte an der Universität zu Köln. »Die deutsche Ausbildung mit Studium und Referendariat ist international etwas Besonderes und steht für hohe Qualität.« Trotzdem sei es wichtig, ausländische Lehrkräfte mit ihrer Expertise einzubinden. Und sie könnten helfen, neu zugewanderten Schülern und ihren Familien den Einstieg in den deutschen Schulalltag zu erleichtern. »Sie kennen deren Lebenssituation. Sie wissen, wie es sich anfühlt, hier anzukommen«, sagt Terhart. »Das können Schulen nutzen.«

Jeden Dienstag, nach der letzten Unterrichtsstunde, verteilt Al Khabbaz Kaffeetassen im Besprechungsraum. Beim Elterncafé sollen Mütter und Väter die Schule kennenlernen –und nebenbei Deutsch lernen. »Es ist wichtig, dass Eltern verstehen, wie Schule hier funktioniert«, sagt Al Khabbaz. »Dann können sie ihre Kinder besser unterstützen.«

Denn manche Dinge klingen für Zugewanderte erst einmal merkwürdig. Stimmt es wirklich, dass die Kinder manchmal einen ganzen Tag lang in ein Museum fahren, statt Deutsch und Englisch zu pauken? Welchen Sinn hat das? »Das nennt man Wandertag«, erklärt Al Khabbaz dann. »Das machen alle Schulen hier so. Sie glauben, dass man auch außerhalb des Unterrichts etwas lernen kann.«

Quelle: *Der Spiegel*, Nr. 51/2018, 15.12.2018, von Miriam Olbrisch

»Fahrt ins Paradies«

Bayern Die Grünen sonnen sich in guten Umfragewerten. Doch bis zur Regierungsbeteiligung ist der Weg noch weit –für eine Koalition mit der CSU müssten sich beide Partner verbiegen.

Die Oide Wiesn ist so etwas wie das gute Gewissen des Münchner Oktoberfests. Nicht so derb, nicht so polternd, eher leise und bunt.

Statt Achterbahnen gibt es historische Fahrgeschäfte, zur Maß Bier werden Biospeisen gereicht. Die Kinder dürfen auf einer Spielwiese toben, während die Eltern trinken. Man trägt 5 Tracht. Aber das Publikum könnte auch gut auf eine Trekkingmesse oder ein Stadtteilfest passen.

Ein Biotop wie geschaffen für grüne Spitzenpolitiker. Parteichefin Annalena Baerbock und die bayerische Fraktionsvorsitzende Katharina Schulze sind im Dirndl erschienen, lachend setzen sie sich in ein historisches Karussell mit der Aufschrift »Fahrt ins Paradies«. So stellen 10 sie sich ja auch die verbleibenden Tage bis zur Landtagswahl vor: ein beschwingtes, gut gelauntes Hinübergleiten ins Lager der Volksparteien.

Die Grünen wollen werden, was die SPD schon sehr lange nicht mehr ist: eine Kraft, an der in Bayern keiner mehr vorbeikommt. Schon gar nicht die CSU.

Dafür kopieren sie selbstbewusst bis ironisch die Rituale der ehemals christsozialen 15 Leitkultur. Nach der Karussellfahrt verteilt Katharina Schulze grün geränderte Lebkuchenherzen (»I wähl' di«), als wäre sie schon die neue Landesmutter. [...]

Ihre Partei genießt in Bayern gerade viel Zuspruch, auf dem Volksfest wie in den Meinungsumfragen zwei Wochen vor der Landtagswahl. Die taxieren die Grünen auf rund 17 20 Prozent. Wenn es weiter so gut läuft, könnten sie demnächst neben der CSU im Kabinett landen, ausgerechnet im schwarzen Süden. Es wäre aktuell ihre zehnte Regierungsbeteiligung in einem Bundesland. Und dass sie gern wollen, das verbergen die Spitzenpolitiker der Partei nicht. Nach 30 Jahren Opposition im Landtag möchten die Grünen in Bayern endlich mitbestimmen.

Das Dauerhoch hat mit der politischen Großwetterlage zu tun: Die CSU hat durch ihre 25 scharfe Asyl-Rhetorik viele bürgerliche Wähler in der Mitte vergrätzt, die Bindungskraft der Volksparteien schwindet. Für viele Enttäuschte scheint der Weg zu den Grünen kürzer zu sein als zur Lindner-FDP oder zu den darbenenden Sozialdemokraten.

Sollten sieben Parteien in den Landtag kommen, wären die Grünen womöglich die 30 Einzigen, mit denen die Christsozialen nach dem 14. Oktober ein Zweierbündnis bilden können. So wünschen es sich laut Umfragen viele Wähler. Verschieben sich die Zahlen noch, dann hat die CSU wohl auch andere Koalitionsoptionen.

Seit vielen Wochen liegen die Grünen bei den Demoskopern auf dem zweiten Platz nach den Christsozialen, das traditionelle TV-Duell gegen Ministerpräsident Markus Söder bestritt am vergangenen Mittwoch ihr Spitzenkandidat Ludwig Hartmann, 40 Jahre alt, und nicht 35 etwa die Sozialdemokratin Natascha Kohnen. »Wir sind der Gegenspieler zur CSU«, sagt Hartmann selbstbewusst.

Seine Mitstreiterin Katharina Schulze, 33, gibt die Losung aus: »Wir bleiben auf dem 40 Teppich, auch wenn der Teppich fliegt.« Der Satz stammt von Winfried Kretschmann, dem grünen Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg. Vom Nachbarland ist unter den bayerischen Grünen derzeit viel die Rede, man hofft auf einen Steigflug wie in Baden-Württemberg 2011.

45 Doch ob das große Selbstbewusstsein die Grünen zu einem großen Sieg trägt, ist ungewiss –zu oft blieb das Ergebnis in der Vergangenheit hinter den Umfragen zurück. Ihre Stärke speist sich derzeit vor allem aus der Schwäche der anderen Parteien. CSU-Parteichef Horst Seehofer und Ministerpräsident Markus Söder rufen bei ihren Gegnern ähnlich viel Verdruss hervor wie 2011 der CDU-Ministerpräsident Stefan Mappus in Baden-Württemberg. Allerdings fehlt den Grünen in Bayern ein Großthema wie seinerzeit der Tiefbahnhof Stuttgart 21.

50 Im Freistaat setzen sie deshalb auf ihre Klassiker: Bürgerrechte und Umweltschutz. Die Partei macht gegen das bayerische Polizeiaufgabengesetz¹ mobil und kämpft gegen die Zersiedelung der Landschaft. Sie positioniert sich gegen eine dritte Startbahn am Münchner Flughafen und will 1000 zusätzliche Lehrer einstellen. Ihre Klientel mobilisiert die Partei bislang vor allem dadurch, dass sie sich von der CSU absetzt. (...) Anders als in Baden-Württemberg oder Hessen mussten sich die Grünen in Bayern noch nicht mit den Fallstricken des Asylrechts befassen. Alles, was nach Konflikt aussieht, überlassen sie lieber der CSU.
55 [...]

Fragt sich nur, wie beide Parteien nach der Wahl zueinanderfinden wollen. Schulze wirbt zwar für einen »neuen, smarten Sicherheitsbegriff«, als Innenpolitikerin fährt sie gern bei Polizeistreifen mit und fordert »starke und durchsetzungsfähige Institutionen«.

60 Dennoch liegen die potenziellen Koalitionspartner so weit auseinander wie in keinem anderen Bundesland. Parteichefin Baerbock sieht »wenig Verbindungen« zu den Christsozialen: »Man kommt aus unterschiedlichen politischen Sozialisationen.« Bei den Jamaikaverhandlungen habe man sich angenähert, jedoch: »Es gibt für uns rote Linien.«

65 Noch härterer Widerstand kommt aus der CSU. Fraktionschef Thomas Kreuzer hat Schwarz-Grün ausdrücklich ausgeschlossen. In seiner Fraktion sind die Bedenken groß: Die Grünen seien eine Verbotspartei, in der Schulpolitik vertrete man diametrale Ansichten, die CSU stehe für das gegliederte Schulsystem, die Grünen stünden für die Gemeinschaftsschule.

Auch Christsoziale verweisen auf Baden-Württemberg: Dort verlieren Grüne und Union in einigen Umfragen derzeit parallel, die Linke liegt über der Fünfprozenthürde und die AfD
70 bei 18 Prozent. Eine Erklärung: Schwarz-Grün stärke die Ränder und schwäche die Mitte.

Folgerichtig setzt Ministerpräsident Söder im Schlusspurt auf die Bindungskraft der CSU und auf die Kampagnenfähigkeit ihrer 140000 Mitglieder. Seine Partei stehe für »Stabilität«, es brauche »keine Spielereien« und erst recht »keine Berliner Verhältnisse«, nur die CSU als »politische Kraft der Mitte«, die Bayern zusammenhalte. Es ist eine Strategie, die den Grünen
75 noch sehr wehtun kann, das geben auch deren Wahlstrategen zu. Bislang verfin² sie nicht.
[...]

Quelle: *Der Spiegel*, Nr. 40/2018, 29.09.2018, von Jan Friedmann

¹ Landesgesetz, das die Aufgaben und Befugnisse der Polizei auf dem Gebiet der Gefahrenabwehr regelt.

² verfangen : réussir

Geplanter Passenzug für Dschihadisten stößt auf Kritik

Die große Koalition will Doppelstaatlern, die sich Terrormilizen anschließen, die deutsche Staatsbürgerschaft entziehen. Teroexperten halten das für Symbolpolitik.

Das Gesetzesvorhaben, auf das sich Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) und Bundesjustizministerin Katarina Barley (SPD) geeinigt haben, klingt denkbar simpel: "Ein Deutscher, der (...) für eine Terrormiliz an Kampfhandlungen im Ausland teilnimmt, verliert die deutsche Staatsangehörigkeit, es sei denn, er würde sonst staatenlos." Diese Bestimmung soll nach dem Willen der großen Koalition demnächst den Paragrafen 28 des Staatsangehörigkeitsgesetzes ergänzen. So jedenfalls steht es im Referentenentwurf des Bundesinnenministeriums, der ZEIT ONLINE vorliegt und der derzeit zwischen den Ressorts abgestimmt wird.

Das Ziel ist klar: Wer sich aus Deutschland verabschiedet hat, um sich einer Terrororganisation anzuschließen, soll nach Möglichkeit nicht wieder zurückkehren können. Das Gesetz würde allerdings nur für zukünftige Fälle gelten; die aktuell in Syrien und im Irak inhaftierten mutmaßlichen Mitglieder und Anhänger des sogenannten "Islamischen Staates" (IS) wären nicht betroffen. Unter ihnen sind über 100 deutsche Staatsbürger und eine unbekannte Zahl Doppelstaatler.

Es sei "ein Signal, dass nun über Strafbarkeitsregelungen hinaus der Verlust der Staatsangehörigkeit droht, wenn man sich einer Terrormiliz anschließt", sagte Regierungssprecher Steffen Seibert am Montag in Berlin. Die Neuregelung solle "präventive Wirkung" entfalten, ergänzte eine Sprecherin des Innenministeriums.

Was ist eine Terrormiliz und was nicht?

Doch ganz so simpel, wie er auf den ersten Blick klingt, ist der Gesetzesentwurf nicht. So ist zum Beispiel nicht klar, was geschieht, wenn der zweite Staat, dessen Staatsangehörigkeit der Betroffene hat, ihm diese ebenfalls aberkennt. Nach deutschem Recht ist die Entlassung in die Staatenlosigkeit nicht möglich.

Darüber hinaus definiert der Referentenentwurf eine Terrormiliz als "paramilitärisch organisierten bewaffneten Verband, der das Ziel verfolgt, in völkerrechtswidriger Weise die Strukturen eines ausländischen Staates gewaltsam zu beseitigen und an deren Stelle neue staatliche oder staatsähnliche Strukturen zu errichten". Diese Formulierung ist passgenau auf den IS zugeschnitten, der 2014 in Teilen Syriens und des Irak einen Staat, das sogenannte Kalifat, ausgerufen hatte. Auf das Terrornetzwerk Al-Kaida oder die Terrormiliz Al-Shabaab in Somalia zum Beispiel, denen sich ebenfalls deutsche Staatsbürger angeschlossen haben, passt sie dagegen weniger gut. Dem Vernehmen nach soll das Bundesinnenministerium künftig dafür verantwortlich sein, einen Katalog an "Terrormilizen" vorzuhalten, an dem die Landesbehörden sich orientieren müssten, um die Einheitlichkeit der Entscheidungen in den Ländern sicherzustellen.

Dem Referentenentwurf zufolge liefe die Aberkennung der Staatsbürgerschaft so ab, dass die oberste Landesbehörde oder eine von ihr bestimmte Behörde feststellt, dass die entsprechenden

Bedingungen erfüllt sind. Der Verlust der Staatsbürgerschaft würde dann automatisch eintreten. Es gebe dabei keinen Ermessensspielraum und keine Einzelfallprüfung, heißt es aus dem Bundesinnenministerium.

Das würde bedeuten, dass es für die Entscheidung keine Rolle spielen soll, ob der Staat, dessen Staatsbürgerschaft dem Betroffenen dann noch bleibt, ein Unrechtsstaat ist, der Terrorverdächtige foltert oder verurteilte Terroristen hinrichtet. Immerhin soll es für die Betroffenen wohl die Möglichkeit geben, gegen den Entzug der deutschen Staatsbürgerschaft zu klagen, heißt es in Regierungskreisen.

"Politik gewordenes Sankt-Florians-Prinzip"¹

Experten beurteilen das Gesetzesvorhaben skeptisch. "Für mich ist es das Politik gewordene Sankt-Florians-Prinzip", sagte der in London forschende Teroexperte Peter Neumann ZEIT ONLINE. "Wenn eine in Deutschland geborene Person, die die deutsche Staatsbürgerschaft hat, sich in Deutschland radikalisiert, ist sie ein deutsches Problem, auch wenn es vielleicht eine zweite Staatsbürgerschaft gibt. Meiner Meinung nach ist es falsch, dieses Problem einem anderen Land in die Schuhe zu schieben."

Abgesehen davon seien die juristischen Hürden verständlicherweise sehr hoch, es würde sich also auch in Zukunft eher um ein Ausnahmeinstrument handeln. "Wer so tut, als würde sich so das Rückkehrerproblem lösen lassen, macht den Leuten etwas vor", sagte Neumann, einer der renommiertesten Radikalisierungsforscher weltweit.

Auch Claudia Dantschke von der Beratungsstelle Deradikalisierung Hayat-Deutschland kritisiert die geplante Novelle: "Welchen Nutzen hat dieses Gesetz, was ist dadurch gewonnen? Ist Deutschland dann weniger gefährdet, wenn man das Problem quasi abschiebt, ohne beeinflussen zu können, ob sich der andere Staat, dessen Staatsbürgerschaft der Ausgebürgerte hat, auch adäquat um das Problem kümmert?" Auch an die abschreckende Wirkung des Gesetzes glaubt Dantschke, die zahlreiche Radikalisierte und deren Familien betreut, nicht: "Wer in den Dschihad ausreist, hat mit diesem Land und der Gesellschaft gebrochen, den schreckt ein solches Gesetz nicht ab."

Unter den Oppositionsfraktionen kritisieren Grüne und Linke den Gesetzesentwurf. Der Bundestagsabgeordnete Omid Nouripour (Grüne) sagte ZEIT ONLINE: "Zahlreiche IS-Kämpfer sind in unserer Gesellschaft radikalisiert worden. Auch wenn sie unsere Lebensweise ablehnen: Viele von ihnen sind Kinder Deutschlands, so wie die NSU-Mörder auch. Zu glauben, durch ihre Ausbürgerung könne sich die Politik der Verantwortung für sie entziehen, ist schlicht scheinheilig." [...]

Die FDP-Fraktionsvize Christian Dürr hingegen erklärte in der *Bild*-Zeitung, das Gesetz komme zu spät, er habe schon vor ein Jahren gefordert, Doppelstaatlern, die sich einer ausländischen Dschihadistenmiliz anschließen, den deutschen Pass zu entziehen. [...]

"Wer als Terrorist im Ausland kämpft, muss die deutsche Staatsangehörigkeit verlieren können. Dafür braucht es klare, verfassungskonforme Regeln", schrieb Justizministerin Barley am Samstag auf Twitter. Wie lange sich der Prozess der Abstimmung zwischen Justiz- und Innenressort hinziehen wird, ist allerdings unklar. Ebenso, an welchen Stellen und in welchen Details sich doch noch Unstimmigkeiten ergeben könnten.

Quelle : www.zeit.de 4.3.2019 von Yassin Musharbash

¹ Einstellung Probleme nur dann wahrzunehmen, wenn man selbst davon betroffen ist

Die Reifeprüfung

Digitalisierung *In der Wirtschaftswelt von morgen entscheidet nicht die Hardware, sondern die Software über den Erfolg, die Ingenieurskunst verliert an Bedeutung. Deutschland ist für diese Zukunft schlecht gerüstet, Politiker und Unternehmer müssen umsteuern.*

Christoph Bornschein muss nicht lange überlegen. »Drei minus.« So bewertet er den Stand der Digitalisierung in Deutschland. »Mit diesem Schnitt macht man sein Abi«, sagt er. »Aber man spielt nicht mehr in den ›Top sieben‹ der wichtigsten Industrienationen mit.«

5 Dann denkt er doch noch einmal kurz nach. »Auf allen Indizes, die man sich angucken kann, sieht's einfach scheiße aus«, sagt er schließlich. Eine Drei minus im Schnitt wäre deshalb vielleicht zu positiv, »weil man damit noch bestehen würde. Vielleicht ist es eher eine Vier minus«. Somit wäre Deutschland durchgefallen in der digitalen Reifeprüfung.

10 Ein hartes Urteil. Es kommt von einem Mann, der mit seinem roten Wuschelkopf aussieht wie ein Bruder des Popmusikers Ed Sheeran und führende Vertreter von Konzernen schon mal in Shorts empfängt. Die suchen seinen Rat, denn Bornschein, 35, Chef und Gründer der Berliner Digitalberatung TLGG (Torben, Lucie und die gelbe Gefahr) gilt als einer der digitalen Vordenker des Landes.

15 Digitalberater –das ist ein gutes Geschäftsmodell in Zeiten wie diesen, jedenfalls dann, wenn man so eloquent und thesenstark wie Bornschein auftritt. Und weil alle Unternehmen des analogen Zeitalters nach einem Geschäftsmodell suchen, das auch noch in Zukunft sichere Gewinne verspricht.

20 Für Deutschlands Unternehmen ist das eine besondere Herausforderung. Sie machen glänzende Geschäfte, stellen in vielen Branchen die Weltmarktführer. Aber was zählt das alles noch in einer Welt, in der nicht mehr die beste Hardware, sondern die Software über den Erfolg entscheidet? Und in der neue Herausforderer in ihre angestammten Märkte einbrechen?

25 Auf Hilfe der Politik können die Unternehmen kaum hoffen, die Große Koalition hat sich zwar einiges vorgenommen, ist aber weitgehend mit sich selbst beschäftigt. Viele Vertreter der Wirtschaft hatten sich einen Minister für Digitales gewünscht, der die zersplitterten Zuständigkeiten bündelt. Stattdessen kümmern sich nun Kanzleramtsminister Helge Braun und die Staatsministerin Dorothee Bär um das Zukunftsthema. Für den einen ist es eine Aufgabe von vielen, die andere fiel bisher vor allem durch ihre Selbstinszenierung in den sozialen Netzwerken auf.

30 Immerhin gibt es seit Kurzem eine Bundesagentur für Sprunginnovation¹ und einen Digitalrat mit Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft. Aber viel mehr »als eine lose Sammlung von Willenserklärungen« sei bisher bei all diesen Aktivitäten nicht herausgekommen, kritisiert Bornschein. Es sei auch nicht damit geholfen, einfach mehr Geld in die Forschung zu stecken, denn es mangle nicht an Forschungsergebnissen, sondern an deren Umsetzung in Produkte und Geschäftsmodelle.

35 Eine Erneuerung der deutschen Wirtschaft von unten durch junge Unternehmen mit frischen Ideen –nach dem Vorbild des kalifornischen Silicon Valley –erscheint derzeit ebenfalls wenig realistisch. Noch immer mangelt es an Gründern, die wirklich groß denken, und an Geld: Nicht einmal zwei Prozent des weltweiten Risikokapitals, auf das Start-ups angewiesen sind, fließt nach Deutschland. (...)

¹ innovation révolutionnaire

Die wichtigste Branche ist nach wie vor die Autoindustrie – doch Volkswagen, BMW und Daimler stehen vor existenziellen Problemen. »Die Autohersteller werden das Wettrennen um die neue Mobilität nur mit einer Wahrscheinlichkeit von 50 Prozent gewinnen«, bekannte Volkswagen-Chef Herbert Diess kürzlich erstaunlich offen in einem Gespräch mit dem »Handelsblatt«. Künftig definiere Software maßgeblich den Charakter eines Autos. Und da haben Digitalkonzerne wie Google oder Apple weit mehr Know-how. Gleichzeitig wird die Hardware zunehmend austauschbar, denn Elektrofahrzeuge sind technisch weniger komplex und viel einfacher zu bauen.

Was aber bleibt von der deutschen Wirtschaft, wenn die Autohersteller an Bedeutung verlieren, es an neuen Champions aber mangelt? Ihre Stärke ist die industrielle Produktion, die klassische Ingenieurskunst, ihr Rückgrat sind die zahlreichen Mittelständler, die großen Familienunternehmen, deren Produkte weltweit begehrt sind. Aber können sie in der neuen Wirtschaftswelt bestehen, die nicht mehr von Tüftlern² und Metall geprägt wird, sondern von Programmierern und Daten?

(...) Harhoff, der die Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) leitet, hält es für das drängendste Problem, den Mittelstand, der mit etablierter Technik groß geworden sei, an die neue Technik heranzuführen. Vor allem im Bereich künstliche Intelligenz (KI): Die Firmen hätten eine Menge Maschinendaten, wüssten damit aber nichts anzufangen. »KI ist nicht nur ein Forschungsproblem, es ist längst ein Umsetzungsproblem«, sagt Harhoff. »Das hat die Politik noch nicht verstanden.«

Wie so vieles andere auch nicht. Harhoff fordert nichts weniger als eine »Industriepolitik für den Digitalbereich« und damit eine »Korrektur der bisherigen Überspezialisierung zugunsten der traditionellen Industrien« an den Hochschulen und in der Forschungsförderung, die die weltweit steigende Bedeutung des Bereichs IT, Software und Digitales vernachlässigt habe.

»Wir sind letztlich davon kalt erwischt worden, dass Software und Daten strategische Bedeutung erlangt haben«, sagt Harhoff. Im Gegensatz zu anderen Ländern fehle Deutschland zudem der Korrekturmechanismus, der die wirtschaftliche Entwicklung automatisch in Richtung Digitalisierung laufen lässt: Start-ups. Gründern sei das Leben in Deutschland relativ schwer gemacht worden. Harhoffs Fazit: »Wir brauchen ein besseres Umfeld für Startups und einen stringenten Plan, wie wir die Digitalisierung der deutschen Wirtschaft voranbringen.«

Damit nicht nur einzelne Unternehmen die digitale Reifeprüfung bestehen, sondern die gesamte deutsche Wirtschaft.

Quelle: *Der Spiegel*, Nr. 42/2018, 13.10.2018, von Armin Mahler

² ein Tüftler : un Géo Trouvetou

Endlich Druck von den Jungen

Unpolitische Jugend? Weit gefehlt. In der Schweiz gehen Tausende von jungen Menschen für den Klimaschutz auf die Strasse. Das ist gut so. Der Druck auf die Politik steigt. Die Parteien, gerade die bürgerlichen, sollten diese Bewegung ernst nehmen.

Mitten im heissen, trockenen Sommer des letzten Jahres publizierte die Credit Suisse ihr neuestes Jugendbarometer. Die Jugendlichen, so eine zentrale Aussage, seien nicht unpolitisch – Themen wie Gleichstellung und Umweltpolitik seien wichtig für sie. Aber für ihre politischen Anliegen würden sie kaum noch auf die Strasse gehen. Ganz wichtig seien der jungen Generation jene Dinge, die unmittelbar ihr eigenes Leben betreffen: Treue, Freunde und der Ausgleich zwischen Arbeit und Freizeit. In Deutschland kamen Studien zu alarmierenden Schlüssen: Die Jugend von heute sei politisch desinteressiert und egoistisch, tönte es dort. Politik sei «out», wichtig seien makellose Ausbildung und eigenes berufliches Vorankommen.

Mitten im kalten Winter nun folgendes Bild: junge Menschen scharenweise, laut schreiend auf den Strassen. Schweizer Gymnasien stehen vor der Frage, wie sie die «Klimastreikenden» bestrafen oder zumindest disziplinieren sollen. Anfangs waren es Hundertschaften, dann Tausende. Am Samstag ist die nächste Demonstration geplant, diesmal sollen auch Eltern und alle Klimabewegten mitziehen. Ein fehlgeleitetes Gymnasium schickte sich an, allen Schülern, die eine Prüfung verpassten, die Note 1 zu erteilen. Nun ist die Schule zurückgekrebt. Selbstverständlich kann regelmässiges Fernbleiben von der Schule nicht toleriert werden, aber solch kindliche Kollektivstrafen dürfen an Gymnasien nicht Schule machen. Es gilt, den jugendlichen Furor in positive Bahnen zu lenken. Wollen Lehrer Pädagogen sein, dann schaffen sie das. Denn ganz grundsätzlich ist es zu begrüssen, dass sich junge Menschen politisch artikulieren.

Die jugendliche Protestbewegung ist allerdings nicht frei von Widersprüchen. Die Jungen sind sich dessen durchaus bewusst. War das Fliegen vor 30 Jahren für einen jungen Menschen noch etwas meist Aussergewöhnliches, gehört das Einchecken an den Flughäfen dieser Welt unterdessen zu den Kernkompetenzen von Teenagern. Gönnte man sich vor 30 Jahren vielleicht an Weihnachten einmal einen Shrimp-Cocktail, findet man die Garnelen heute an fast jeder Take-away-Ecke, an der sich Schülerinnen und Schüler in der Mittagspause verpflegen. Genügte früher im Sommer zwei T-Shirts und im Winter ein Wollpullover, lässt man sich heute die Ware fast täglich ins Haus liefern. Und sendet sie bei Nichtgefallen wieder zurück. All das erhöht den CO₂-Ausstoss. Wer also auf die Strasse geht und die Politik auffordert zu handeln, tut zwar etwas Sinnstiftendes. Etwas Gutes und Nützliches täte er indessen, wenn er gleich bei sich selber anfangen würde. Und zwar heute, nicht morgen.

«Wir sind weder an eine Partei noch an eine Organisation gebunden. Die Bewegung hat ihre eigene Dynamik und wird durch Hunderte individueller junger Menschen getragen.» So steht es auf der Website der Klimastreikenden. Das ist klug von den Jungen. Sie wollen sich nicht instrumentalisieren lassen, von keiner Gruppierung, auch nicht von den grünen Parteien. Und so machen sie offiziell auch nicht bei der Lancierung der Gletscherinitiative¹ mit. Aber sie wollen Druck auf die Politik machen. Dass dies bei Fortdauern der Proteste gelingen wird, ist nicht unwahrscheinlich. So hat der Ständerat bald das CO₂-Gesetz zu beraten, das im

¹ Initiative, die fordert, den Klimaschutz in der Verfassung zu verankern

Nationalrat über Bord geworfen worden ist. Tatsächlich: Die Schweiz kann schwerlich das Pariser Klimaabkommen unterzeichnen und sich zur Senkung des CO₂-Ausstosses verpflichten, dann aber nicht handeln. Solche Widersprüchlichkeiten machen die Politik generell unglaubwürdig. In der Regel erhalten jene Parteien, die sich widersprüchlich verhalten, am Wahltag die Quittung. Das sollte ganz besonders die FDP bedenken. Immerhin stehen im Herbst die eidgenössischen Wahlen an. Und Links-Grün hat diese Wahlen bereits zur «Klimawahl» deklariert.

Bund und Kantone könnten auf verschiedenen Ebenen relativ einfach einen Effort zur Senkung des CO₂-Ausstosses leisten. Nur schon im Bereich der Elektromobilität. Jetzt, wo der Ausstoss von CO₂ bei den Neuwagen wieder im Steigen begriffen ist, sind von der Politik Anreize für den Erwerb von Elektromobilen gefragt. Sogar im Land der vielen Zylinder und der uneinsichtigen Tempobolzer – in Deutschland – hat die Automobilindustrie die Zeichen der Zeit erkannt. Spät, aber immerhin. Mercedes und Audi bringen mit EQC und E-tron rein strombetriebene Fahrzeuge auf den Markt. Abgesehen von den teilweise problematischen Materialien, die im Elektromotor und in der Batterie verbaut werden, ist diese Art der Mobilität – vorausgesetzt, es wird sauberer Strom «getankt» – allemal besser als die Fortbewegung mit fossilen Treibstoffen. Der Staat könnte überdies beim Aufbau eines Netzes von Ladestationen mithelfen. Das wäre, im Gegensatz zu manch anderem, was der Staat hier und dort bereitwillig und ziemlich sinnlos mitfinanziert, um einiges zukunftsweisender.

Quelle : www.nzz.ch / 31.1.2019 von Michael Schoenenberger

Was Quereinsteiger beim Wechsel vom Büro ins Klassenzimmer erwartet

Wegen des Lehrermangels behelfen sich immer mehr Schulen mit Quereinsteigern. Die berichten von einem schwierigen Einstieg – mancherorts ganz ohne Vorbereitung.

Tanja Kürzer unterrichtet seit Kurzem darstellendes Spiel und Deutsch an einem Oberstufenzentrum – doch Lehramt studiert hat sie nicht. Kürzer, die eigentlich anders heißt, ist Quereinsteigerin. Das sei nicht immer leicht: „Wir begeistern uns für den Unterricht, geben viel, und dennoch werden uns immer wieder Steine in den Weg gelegt“, berichtet sie.

Kürzer gehört zu der steigenden Zahl von Quer- und Seiteneinsteigern an deutschen Schulen, die zwar ein Fachstudium absolviert haben – also etwa Philosophie, Literaturwissenschaften, Theaterwissenschaften sowie -pädagogik und Modernen Tanz wie Kürzer –, aber nicht die Pädagogikkenntnisse haben, die ein Lehramtsstudium vermittelt. Seiteneinsteiger absolvieren im Gegensatz zu Quereinsteigern kein Referendariat, sondern fangen gleich als Lehrer an und werden berufsbegleitend qualifiziert.

Grund für die steigende Zahl ist der dramatische Lehrermangel. Die Kultusministerkonferenz (KMK) prognostiziert, dass bis 2030 weit weniger ausgebildete Lehrkräfte zur Verfügung stehen, als benötigt werden. „Der Lehrermarkt ist leer gefegt, daher brauchen die Schulen die Quereinsteiger“, sagt auch Ilka Hoffmann, Schulexpertin bei der Bildungsgewerkschaft GEW¹. Doch es ist häufig ein steiniger Weg, bis sie mit „grundständig“ ausgebildeten Lehrkräften gleichgestellt sind.

Immer mehr Seiteneinsteiger

2007 wurden im öffentlichen Schuldienst nach Angaben der KMK 529 Seiteneinsteiger eingestellt. Zehn Jahre später sind es mehr als 4.000. Angesichts von mehr als 700.000 Lehrern an Deutschlands Schulen scheint das nicht viel, doch die Kurve zeigt mancherorts steil nach oben: In Berlin wurden im vergangenen Jahr 1.266 Seiteneinsteiger neu eingestellt. Dahinter folgen Sachsen mit 1.086 und Nordrhein-Westfalen mit 789 Seiteneinsteigern.

Doch der Lehrermangel trifft mehr oder weniger alle Länder. Manchmal fehlen vor allem in bestimmten Regionen, Schularten oder Fächern Pädagogen.

Beste Chancen haben Quereinsteiger, wenn sie einen Studienabschluss in einem Mangelfach wie Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften oder, wie Frauke Köß, in Musik vorweisen können. Die 56-Jährige hat Querflöte studiert und nach dem Studium zunächst an einer Musikschule Querflöte und Klavier unterrichtet. „Nach einigen Jahren fehlten mir die Herausforderungen in meinem Beruf. Ich wollte noch einmal etwas Neues ausprobieren“, erklärt sie ihren Schritt in den Lehrerberuf.

Vorbereitet auf ihren ersten Tag an einer Berliner Grundschule wurde sie 2015 nicht. „Das war wie ein Stoß ins kalte Wasser“, erzählt sie. „Ich war froh um meine Erfahrungen aus der Musikschule und Hospitationen an anderen Schulen.“ Mittlerweile werden Quereinsteiger in Berlin in einem siebentägigen Kompaktseminar vorbereitet.

Die Vorbereitung ist jedoch je nach Bundesland unterschiedlich. In Sachsen und Brandenburg nehmen Seiteneinsteiger an einem dreimonatigen Kompaktkurs teil, in dem ihnen Lehrer und Mentoren den Ablauf des Schulalltags und das Wichtigste zur Unterrichtsgestaltung

¹ Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft

vermitteln. In Nordrhein-Westfalen entscheiden die Schulen, ob Neueinsteiger überhaupt vorbereitet werden.

Kürzer halfen beim Einstieg Erfahrungen, die sie zuvor als Lehrerin im Ausland und als Vertretungslehrerin gesammelt hatte. Zudem „waren meine Kollegen immer offen, interessiert und hilfsbereit, wenn ich ein Problem hatte.“ Köß berichtet Ähnliches, zu viel dürfe man aber nicht erwarten: „Viele Lehrer sind mit ihrem Pensum überfordert und haben keine Zeit, sich auch noch um einen Quereinsteiger zu kümmern.“

Mentoren fehlen

Mittlerweile haben Quereinsteiger häufig Anspruch auf Mentorenstunden, doch auch die sind mit dem knappen Personal an den Schulen nur schwer zu bewerkstelligen. Das Handwerkszeug lernen die Quer- und Seiteneinsteiger je nach Qualifikation entweder berufsbegleitend in Seminaren oder im Vorbereitungsdienst, auch bekannt als Referendariat.

Eine Studie der Bertelsmann Stiftung zu Berliner Grundschulen hat gezeigt, dass Quereinsteiger überproportional häufig ausgerechnet an solchen Grundschulen landen, wo es viele sozial benachteiligte Schüler gibt. Diese könnten den besonderen Bedürfnissen der Neulinge nur schwer nachkommen, denn sie sind schon mit der Inklusion oder der sprachlichen Förderung von Migrantenkindern inhaltlich und zeitlich bis an ihre Grenzen ausgelastet, mahnen die Bertelsmann-Autoren.

Zusätzlich zum schwierigen Einstieg in die neue Welt müssen einige Quereinsteiger mit nur einem Fachstudium nebenher ein zweites studieren. Zwar wird die Arbeitsverpflichtung der Seiteneinsteiger dann mancherorts reduziert, in Sachsen beispielsweise auf 20 Unterrichtsstunden in der Woche. Doch die Neulinge brauchen meist mehr Vorbereitungszeit für den Unterricht.

„Das ist ein Riesenspagat und ein großes Arbeitspensum, das man bewältigen muss“, meint Köß. „Wenn ich das vorher gewusst hätte, weiß ich nicht, ob ich es durchgezogen hätte.“ Bereit hat sie es bisher aber nicht. Die Rückmeldungen der Schüler und ihre Erfahrungen an der Schule bestätigten ihr immer wieder, dass sie die richtige Entscheidung getroffen habe.

Ob die Qualität des Unterrichts mit Quereinsteigern steigt oder sinkt, ist ungeklärt. Ein Vorteil ist: Sie bringen Praxis- und Lebenserfahrung mit. Hoffmann von der GEW sagt: „Wir hören Unterschiedliches. Einige Schulen sagen, Quereinsteiger wären ein Segen, andere wiederum stöhnen unter der Mehrarbeit, die sie bei der Einarbeitung haben.“

Heinz-Peter Meidinger, Präsident des Deutschen Lehrerverbands, sagt: „Wenn Quereinsteiger ohne auch nur ansatzweise ausreichende Nachqualifikation massenweise im Unterricht eingesetzt werden, drohen mittel- und langfristige massive Leistungseinbrüche bei den Schülern.“

Die Kultusministerkonferenz hat zuletzt eingeräumt, dass es ohne Seiteneinsteiger bis auf Weiteres nicht geht. Auch Hoffmann sagt daher: „Wir sind froh, dass die Quereinsteiger diesen nicht ganz einfachen Weg gehen.“ Auf lange Sicht müsse die Lehrerausbildung in Deutschland aber einen anderen Stellenwert bekommen.

Auch Meidinger meint: „Es sollte in Zukunft eine Absenkung der viel zu hohen Unterrichtsverpflichtungen, kleinere Klassen, mehr pädagogisches und psychologisches Unterstützungspersonal und mehr Wertschätzung durch Gesellschaft und Politik geben.“

Soziale Netzwerke: Ihr verbreitet ja kaum Lügen!

Kursieren vorder EU-Wahl vermehrt falsche Nachrichten?

Die Sorge davor ist groß – sie ist aber einer Studie zufolge unbegründet.

Eine Analyse von Lisa Hegemann

Könnten Desinformationen und Falschnachrichten die Europawahl beeinflussen? Die Sorge vor solchen Lügen und Manipulationen war in der Europäischen Union groß – so groß, dass die EU-Kommission im Dezember 2018 einen Aktionsplan vorstellte: Falsche Meldungen wollte sie mithilfe von Faktencheckern frühzeitig erkennen, soziale Netzwerke wie Facebook und Twitter sollten sich ebenfalls engagieren und Kampagnen frühzeitig stoppen. All das sollte vorbeugen, dass auch in Europa Desinformationskampagnen stattfinden, wie es sie vor den US-Wahlen 2016 gab.

Nun zeigt sich: Entweder funktioniert dieser Aktionsplan sehr gut oder die Sorge war übertrieben. Eine nun veröffentlichte Studie des Oxford Internet Institute legt nahe, dass Falschnachrichten in den sozialen Medien bisher keine große Rolle für die Europawahl spielen (Neudert et al., 2019). Die Forscherinnen und Forscher haben 584.062 Tweets in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Spanien, Italien, Polen und Schweden ausgewertet, die mit Wahl-Hashtags wie #euelections oder #europawahl versehen waren.

Für die Studie wurden Tweets aus 15 Tagen im April 2019 erhoben. 137.658 dieser Tweets enthielten eine URL, die auf eine Nachrichtenseite verwies. Diese teilten die Autoren ein in seriöse Quellen, zum Beispiel traditionelle Medien, und in sogenannte Junk-News. Letztere werden in der Studie als "ideologisch extreme, irreführende und faktisch falsche Informationen" definiert. Als Beispiel dafür nennen die Forscher etwa die deutsche Seite journalistenwatch.com oder auch die amerikanische Website Breitbart. Jede einzelne Quelle wurde dabei von zwei Entwicklern bewertet. Waren die sich uneins darüber, ob eine Website eher seriöse Informationen verbreite oder eher falsche, diskutierten sie darüber, bis sie einen

Konsens fanden. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass Falschnachrichten auf Twitter nicht sonderlich verbreitet sind. Nicht einmal vier Prozent aller untersuchten Tweets verwiesen auf Junk-News, in Deutschland waren es sogar nur 2,8 Prozent.

Zusätzlich untersuchten die Autorinnen und Autoren, wie sich Falschnachrichten auf Facebook in den sechs Ländern verbreiten. Dazu identifizierten sie pro Staat die fünf Junk-News-Seiten, deren Artikel am häufigsten geteilt wurden, und analysierten, wie oft Nutzerinnen und Nutzer damit interagierten. Dazu wurden Daten von Anfang April bis Anfang Mai 2019 erhoben. Auf Facebook teilten, likten und kommentierten Nutzer einzelne Junk-News-Geschichten häufiger als die klassischer Medien. Mit Nachrichten aus seriösen Quellen interagierten deutschsprachige User durchschnittlich nur 315-mal, bei Seiten mit zweifelhaften Artikeln waren es 1.973 Interaktionen.

Einschränkend muss gesagt werden, dass die Verbreitung und das Auftauchen von Junk-News nur in einem sehr kleinen Zeitraum gemessen wurde – und nicht bis zum Wahltag. Es ist daher nicht auszuschließen, dass sich falsche Nachrichten kurz vor der Wahl noch stärker verbreiten. Zudem haben Forscher die Tweets nach Hashtags ausgewertet. Falsche Informationen zur Europawahl können sich aber natürlich auch über Tweets verbreiten, die keine Hashtags verwenden.

Hinzu kommt: Die Studie misst lediglich Anzahl und Verbreitung falscher Informationen in sozialen Netzwerken – nicht aber, welche Wirkungen sie darüber hinaus entfalten, etwa mündlich oder über WhatsApp. Und wie so viele Studien beleuchtet auch diese ausführlich Twitter, mutmaßlich weil es einfach ist, dort Daten zu erheben. Zumindest in Deutschland nutzen aber verhältnismäßig wenig Menschen diesen Dienst, sodass die Aussagekraft einer solchen Untersuchung begrenzt ist.

Aus: *DIE ZEIT*, 21.5.2019 (gekürzt)

<https://www.zeit.de/digital/internet/2019-05/soziale-netzwerke-europawahl-falschnachrichten-facebook-twitter-studie/komplettansicht>

Glyphosat: Bayers Fehlkalkulation

Der Chemiekonzern hat Erfahrung mit Schadenersatzklagen in den USA. Diesmal half sie ihm nicht. Das Zwei-Milliarden-Dollar-Urteil ist für das Unternehmen ein Schock.

Eine Analyse von Heike Buchter, New York

Aktienanalysten und Prozessbeobachter hatten bereits damit gerechnet, dass Bayer auch seinen dritten Prozess um den Unkrautvernichter Roundup in den USA verlieren würde. Die Schadenersatzsumme allerdings, die den beiden Klägern in diesem Verfahren von den Geschworenen zugesprochen wurde, war eine Überraschung: mehr als zwei Milliarden Dollar. In einer Pressemitteilung erklärte Bayer, man sei "enttäuscht" über das Urteil. Das dürfte stark untertrieben sein. Der Aktienkurs eines der bis dahin wertvollsten deutschen Unternehmen ist in Folge der Urteile um über 40 Prozent eingebrochen. Der Vorstandsvorsitzende Werner Baumann muss nach einer turbulenten Hauptversammlung Ende April sogar um seinen Job fürchten.

Die Kläger in diesem jüngsten Fall waren Alva und Alberta Pilliod. Beide sind in ihren 70ern und beide leiden sie am Non-Hodgkin-Lymphom, einer Blutkrebsart. Auf ihren Grundstücken hatte das Ehepaar angeblich seit 1975 regelmäßig Roundup gesprüht. Das Mittel, dessen Hauptwirkstoff Glyphosat ist, habe sie beide krank gemacht, lautete ihr Vorwurf. Ursprünglich hatten die Pilliods gegen Monsanto geklagt. Doch im August vergangenen Jahres übernahm Bayer den US-Konzern für 56 Milliarden Euro – und alle anhängigen Roundup-Klagen gleich mit. Nach der letzten Zählung durch Bayer sind es inzwischen bereits 13.400.

Bayer mag das veränderte gesellschaftliche Umfeld unterschätzt haben. In seiner Pressemitteilung nach dem jüngsten Urteil zitiert das Unternehmen die US-Umweltbehörde EPA, die Anfang Mai erneut mitteilte, es seien keine Beweise für eine krebserregende Wirkung von Glyphosat vorhanden. Doch die Glaubwürdigkeit der EPA hat unter Präsident

Trump schwer gelitten. Derzeit wird sie von Andrew Wheeler, einem ehemaligen Lobbyisten der Kohleindustrie, geführt.

In den Verfahren holten beide Seiten Experten in den Zeugenstand, die sich jeweils auf Studien beriefen, um ihren Standpunkt wissenschaftlich zu untermauern. Doch das Vertrauen in Wissenschaftler und Studien ist erschüttert. Das lässt bei Gerichtsverfahren wie den Roundup-Prozessen viel Spielraum für Emotion – und die Klägeranwälte setzten voll darauf. So brachten sie Roundup-Sprühflaschen mit ins Gericht, die sie aber nur mit Gummihandschuhen anfassten. Damit sprühten sie im Gerichtssaal herum (die Flaschen waren vorher geleert und mit Wasser gefüllt worden). Prominente Monsanto-Kritiker wie der Rocksänger Neil Young saßen nicht nur häufig im Zuschauerraum, sondern schrieben in einem Fall auch einen Zeitungskommentar, in dem sie an die zuständige Richterin appellierten.

Bayer entging die Wirkung nicht: Die Anwälte des Unternehmens legten noch vor dem Schlussplädoyer Protest gegen die aus ihrer Sicht unzulässige Beeinflussung der Geschworenen ein. Aber es ist fraglich, wie ein Gericht überhaupt ausschließen kann, dass der Zeitgeist das Urteil der Jury beeinflusst. Bayer muss jetzt auf eine zweite Runde hoffen. Gegen das erste Urteil, bei dem es zu 89 Millionen Dollar Schadenersatz verurteilt wurde, hat das Unternehmen bereits Berufung eingelegt. Berufungsverfahren sorgen für Schlagzeilen und Aufmerksamkeit. Dadurch werden mehr potenzielle Kläger auf den Fall aufmerksam. Und je mehr Klagen anhängig sind, desto größer der Druck auf Bayer, sich früh und womöglich für eine höhere Summe zu vergleichen. Das käme den Klägeranwälten zugute, die bis zu einem Drittel der Schadenssumme erhalten. Die Berufungsverfahren werden voraussichtlich im Herbst beginnen. Dann wird es richtig spannend für Bayer.

Aus: *DIE ZEIT*, 14.5.2019 (gekürzt)

<https://www.zeit.de/wirtschaft/unternehmen/2019-05/glyphosat-urteil-schadenersatzklage-usa-bayer-chemiekonzern>

Deutscher Schulpreis: Die beste Schule ist eine Brennpunktschule

Eine Grundschule in einem sozial benachteiligten Viertel hat den Deutschen Schulpreis gewonnen. Sie habe die Not zum Motor ihrer Entwicklung gemacht, urteilt die Jury.

Die Gebrüder-Grimm-Schule in Hamm in Nordrhein-Westfalen gewinnt den Deutschen Schulpreis 2019. Damit wurde am Mittwoch in Berlin eine Grundschule in einem sozial benachteiligten Stadtteil ausgezeichnet. Auf engem Raum werden in der Gebrüder-Grimm-Schule rund 220 Kinder unterrichtet, knapp die Hälfte von ihnen erhalten Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket, mehr als 100 haben Migrationshintergrund. Etwa jedes zehnte Kind hat sonderpädagogischen Förderbedarf. Auch die Ausstattung der Schule ist alles andere als luxuriös. Wie die Pädagogen und Schülerinnen damit umgehen? "Wir sehen Probleme nicht als Probleme an. Wir sagen: Lass uns das mit einem Lachen angehen", sagte Schulleiter Frank Wagner bei der Preisverleihung.

"Die Gebrüder-Grimm-Schule hat die Not zum Motor ihrer Entwicklung gemacht", sagt Michael Schratz, Erziehungswissenschaftler von der Universität Innsbruck und Sprecher der Jury des Deutschen Schulpreises. Trotz schwieriger Bedingungen schaffe es die Schule, die individuellen Talente und Stärken jedes Kindes zu fördern. In den vergangenen zehn Jahren habe sie eine Umgebung geschaffen, in der Lernen hervorragend gelingt. Andere Schulen könnten von ihr lernen. Besonders viel Wert wird darauf gelegt, die Kinder regelmäßig zu loben. Höhepunkt sind die monatlichen Schulversammlungen, bei denen sogenannte Lobbriefe verlesen werden, die nicht nur Leistungen würdigen, sondern auch positive Verhaltensweisen im Alltag.

Vergeben wird der mit 100.000 Euro dotierte Deutsche Schulpreis von der Robert Bosch Stiftung seit 2006 gemeinsam mit der Heidehof Stiftung. Kooperationspartner sind die ARD und die ZEIT. Seit dem Start des Programms haben sich rund 2.000 Schulen für den Preis beworben. Sechs Bereiche bewertet die Jury: "Leistung", "Umgang mit Vielfalt",

"Unterrichtsqualität", "Verantwortung", "Schulklima, Schulleben und außerschulische Partner" und "Schule als lernende Institution".

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) gratulierte allen Nominierten per Videobotschaft: "Sie [die Preisträger] sind gute Beispiele dafür, wie wir die Herausforderungen, vor denen Schulen wie auch unsere ganze Gesellschaft heute stehen, meistern können. Denn Schule ist ein Ort, an dem sich die Fragen unserer heutigen Gesellschaft – wie der Umgang mit dem digitalen Fortschritt, mit Integration und dem demokratischen Miteinander – wie in einem Brennglas bündeln."

Fünf weitere Preise in Höhe von je 25.000 Euro erhalten die Alemannenschule Wutöschingen (Baden-Württemberg), die GGS Kettelerschule in Bonn (NRW), die Schiller-Schule in Bochum (NRW), die Kurfürst-Moritz-Schule in Moritzburg (Sachsen) und die Deutsche Schule Mariscal Braun in La Paz (Bolivien). Alle nominierten Schulen seien "beeindruckende Beispiele für ein innovatives und lernfreundliches Schulklima", sagte der Hessische Kultusminister und Präsident der Kultusministerkonferenz Alexander Lorz am Mittwoch in Berlin bei der Preisverleihung.

Auch die neun nominierten Schulen, die nicht ausgezeichnet wurden, erhalten Anerkennungspreise in Höhe von jeweils 5.000 Euro. Und alle Schulen, die von der Jury besucht wurden und keinen Preis erhalten haben, werden über zwei Jahre individuell begleitet und nehmen an Seminaren und Vernetzungsangeboten teil. "Der Deutsche Schulpreis ist inzwischen weit mehr als ein Wettbewerb", sagt Joachim Rogall, Vorsitzender der Geschäftsführung der Robert Bosch Stiftung GmbH. Die Konzepte der Preisträgerschulen werden von der Deutschen Schulakademie aufbereitet und über Fortbildungen, Publikationen und das Deutsche Schulportal allen Schulen zur Verfügung gestellt.

Aus: *DIE ZEIT*, 5.6.2019

<https://www.zeit.de/gesellschaft/schule/2019-06/deutscher-schulpreis-robert-bosch-stiftung-grundschule>

Erfolg bei Europawahl: Das junge Deutschland wählt grün

Um die 30 Prozent der Unter-30-Jährigen haben den Grünen ihre Stimme gegeben. Ob Rezo-Effekt³ oder nicht: Die Jugend hat sich politisiert - und die politische Landkarte könnte sich dauerhaft verändern.

Natürlich muss man vorsichtig bleiben. Wenige Stunden nach Schließung der Wahllokale lässt sich nicht eindeutig sagen, wie groß die Wirkung des Youtubers Rezo mit seinem Anti-CDU-Video in der Woche vor der Wahl wirklich gewesen ist. Und man kann auch nicht endgültig klären, wie viel Einfluss die "Fridays for Future"-Demonstrationen auf die Wähler hatten. Trotzdem drängt sich am Wahlabend der Eindruck auf, dass beide Initiativen bei jüngeren Wählerinnen und Wählern etwas bewirkt haben. Und das könnte die politische Landschaft für alle Parteien dauerhaft verändern.

So zeigen erste Auswertungen von ARD und ZDF, dass insbesondere die Wähler zwischen 18 und 29 Jahren bei dieser Wahl eine klare Präferenz für die Klimapolitik und damit für die Grünen hatten. Selten hat sich das in einer Wahl derart krass gezeigt wie diesmal. Selten auch hat es in den Wochen davor große Initiativen gegeben, die - von jungen Menschen angestoßen - derart unmissverständlich das eine Thema nach vorne gebracht haben.

Die Folge: Union und SPD erreichen bei den jüngsten Wahlberechtigten gerade mal gut zehn Prozent der Wähler. Die Grünen kommen auf etwa dreimal so viele junge Wähler wie die alten, großen Volksparteien.

Noch bei der Bundestagswahl ist das anders gewesen. Damals lag die Union bei den Jüngsten vorne, hatte dort 25 Prozent; die Grünen rangierten mit 12 Prozent deutlich dahinter.

Das kann natürlich eine Ausnahme bleiben; derzeit aber kann das niemand sicher sagen. Das bedeutet aber auch: Es kann einen Trend anzeigen, der das Leben für Union und SPD gravierend erschweren dürfte.

Nun könnten die großen Parteien auf die Jugend verweisen und ansonsten die stärksten bleiben. Aber auch das ist bei dieser Wahl nicht der Fall. Selbst in der Altersgruppe zwischen 29 und 59 bleiben die Grünen genauso stark wie die Union. Das bedeutet: Selbst unter denen, die mitten im Leben stehen, gibt es keine Trennung mehr zwischen den klassischen Volksparteien und ihren grünen Wettbewerbern. Es könnte sogar sein, dass am Ende die

³ Der Rezo-Effekt bezeichnet den starken Stimmenrückgang, den SPD und CDU bei der vergangenen Europawahl erlitten haben.

Grünen bei den bis 60-Jährigen die stärkste Kraft im Land sind. Nur bei den ganz alten liegt die Union vorne.

Kaum etwas macht deutlicher, wie sehr die Wahl einen neuen Trend vorgibt, der die Verhältnisse nachhaltiger verändern könnte. Für Union und SPD schafft das eine neue Lage: es zwingt sie stärker als bisher in einen Spagat, der sie spalten könnte. In der aktuellen Koalition haben sie bislang vergleichsweise viel für die ältere Generation beschlossen und vergleichsweise zögerlich beim Klimaschutz gehandelt. Und das in der Überzeugung, dass die Mehrheit der Gesellschaft vor allem Sorge vor Armut und Unsicherheit umtreibt, sei es im Umgang mit der Migration; sei es bei der Frage, wie viel sie im Alter finanziell zur Verfügung haben.

Mutig den Umweltschutz zu einer wichtigen Priorität erheben?

Plötzlich aber ist nicht mehr nur für eine kleine Gruppe des Landes das Klima ganz oben auf der Liste der zu lösenden Probleme. Es ist bei dieser Wahl das Thema Nummer eins geworden. Kein Wunder, dass die gebeutelte SPD-Vorsitzende Andrea Nahles noch am Wahlabend erklärt hat, die SPD und die Grünen trenne in der Klimapolitik nicht das Ziel, sondern nur die Frage, wie man es erreichen könne.

Schwer freilich dürfte es trotzdem werden, auf diese neue Herausforderung Antworten zu finden. Die Union ist nach wie vor zerrissen bei der Frage, was nun die richtige Antwort und der angemessene Kurs sein könnte. Und die SPD hängt so tief drin zwischen sehr unterschiedlichen Problemen, dass sie kaum in der Lage sein dürfte, plötzlich mutig den Umweltschutz zu einer wichtigen Priorität zu erheben.

Eines aber ist damit immerhin nicht eingetreten: dass die jungen Menschen erst nach der Wahl ihre Stimme erheben. Exakt das war bei der Brexit-Abstimmung in Großbritannien geschehen. Damals galten die Jungen zwischen 20 und 40 als die stärksten Verfechter eines Verbleibs in der Gemeinschaft. Am Tag nach der Volksabstimmung aber zeigte sich, dass ausgerechnet aus dieser Gruppe viele ihre Stimme gar nicht abgegeben hatten. Nicht ausgeschlossen, dass sich diejenigen, die an diesem Sonntag Grün gewählt haben, daran erinnern haben.

SZ vom 26.05.2019, Stefan BRAUN, Korrespondent in Berlin

<https://www.sueddeutsche.de/politik/gruene-europawahl-junge-1.4463996> (Aufgerufen am 04.06.2019)

Nach Tempolimit-Debatte:

Scheuer legt eigenen Klimaschutzplan vor

Tempolimit? Nein, danke. Höhere Spritsteuern? Nicht doch. Verkehrsminister Scheuer hat viele Klimaschutzideen abgebügelt. Nun hat er ein eigenes Konzept entwickelt. Es soll nicht wehtun, wird aber wohl teuer.

Von Gerald Traufetter

Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer legt erstmals eigene Pläne vor, wie er die Klimaziele im Verkehr bis zum Jahre 2030 einhalten will. In dem Papier, das SPIEGEL ONLINE vorliegt, beschränkt sich der Minister auf Instrumente, die Autofahrern nicht wehtun sollen. So sind höhere Spritpreise, um Autofahrer zum Umstieg von Verbrennungsmotor auf Elektroantrieb zu bewegen, nicht vorgesehen. Genauso fehlt ein Tempolimit auf Autobahnen. Dieses hatte eine Expertengruppe in Scheuers Auftrag in ihren ersten Überlegungen vorgeschlagen. Damit hält sich Scheuer an sein Versprechen, keine Verbotspolitik für den Klimaschutz zu machen.

Seine nun vorgeschlagenen Maßnahmen erscheinen aber äußerst vage. So erhofft sich das Ministerium die größten Einsparungen beim Lastwagenverkehr. Von den insgesamt 52 Millionen Tonnen Kohlendioxid, die bis 2030 weniger ausgestoßen werden dürfen, soll dieser Sektor laut dem Papier bis zu 19 Millionen Tonnen erreichen. Das soll durch verbrauchsärmere Lastwagen geschehen, aber auch durch Nutzfahrzeuge, die mit alternativen Antrieben ausgestattet werden sollen. Die Lkw-Maut will Scheuer deshalb nach Verbrauch der Lastwagen im Preis staffeln.

Autofahrer hingegen müssen sich kaum auf Veränderungen einstellen, wenn es nach den Plänen des CSU-Manns geht. Eine Kaufprämie für Elektroautos, die Förderung klimafreundlicher Dienstwagen, so wie es sie heute schon gibt, sowie eine bessere

Ladeinfrastruktur sollen genügen, damit Menschen auf E-Antriebe umsteigen. Insgesamt 9 bis 13 Millionen Tonnen CO₂-Ersparnis erhofft sich Scheuer davon.

Dass dies gelingt, bezweifeln viele Verkehrsforscher. Die von Scheuer berufene Arbeitsgruppe Klima und Mobilität, deren Ergebnisse am Freitag noch einmal beraten werden, bevorzugte als wirksamste Treiber für den Umstieg Elektroautoquoten für die Hersteller sowie eine sogenannte Bonus-Malus-Regelung: Dabei würden spritschluckende Autos mit einer Zwangsabgabe beim Kauf belegt, Käufer von Elektroautos mit einer deutlich höheren Kaufprämie belohnt.

Stattdessen rechnet Scheuer jetzt einen hohen Klimaschutzanteil für alternative Kraftstoffe ein, die entweder aus Ökostrom oder Abfällen hergestellt werden sollen. Das Bundesumweltministerium hatte dabei stets auf eine schlechte Umweltbilanz derartiger Umwandlungsverfahren verwiesen. Auch Volkswagen-Chef Herbert Diess hat sich klar dagegen positioniert und darauf gedrängt, auf Elektromobilität mit Batterien zu setzen. Alternative Kraftstoffe, die laut Scheuer angeblich bis zu 12 Millionen Tonnen CO₂ vermeiden helfen sollen, hält Diess sinnvoller für Flugzeuge. Er dürfte mit den Plänen Scheuers also kaum zufrieden sein.

Durchgesetzt hat sich eher der Autolobbyverband VDA, der vor allem für die Zulieferer von Verbrennungsmotorteilen sprach. Sie erhoffen sich von alternativen Kraftstoffen, den Verbrennungsmotor weiter am Leben zu erhalten. Der Aufbau der erforderlichen Fabriken für deren Herstellung dürfte allerdings teuer werden.

Aus: *DER SPIEGEL*, 29.3.2019

<https://www.spiegel.de/auto/aktuell/tempolimit-debatte-andreas-scheuer-legt-eigenen-klimaschutzplan-vor-a-1260282.html>

„Der Arbeitsminister hat von Arbeitslosigkeit nichts verstanden“

Die CSU hält den Hartz-IV-Reformplan von Hubertus Heil (SPD) für realitätsfern. In WELT stellt die bayerische Sozialministerin Kerstin Schreyer ihr eigenes Konzept vor. Ein Kernanliegen: Jobcenter müssten sich verstärkt auch um die Familien von Langzeit-Erwerbslosen kümmern

Bayerns Sozial- und Arbeitsministerin Kerstin Schreyer (CSU) ist vom Fach. Das ist in der Politik keineswegs selbstverständlich: Ihr bundespolitischer Gegenpart Hubertus Heil (SPD) ist studierter Soziologe, hatte im Bundestag vor allem Bildungspolitik gemacht. Die Arbeits- und Sozialpolitik hat er sich erst im Amt so richtig angeeignet. Dagegen sieht die bayerische Ministerin die Sache aus einer anderen Warte: Schreyer hat Sozialpädagogik studiert und als Familientherapeutin gearbeitet.

Gerade wegen dieser Erfahrung will die 47-Jährige den Diskurs über Hartz IV und Langzeitarbeitslosigkeit in eine andere Richtung lenken: weg vom einzelnen Arbeitslosen hin zu seinem gesamten Umfeld. „Wir müssen zunächst genau differenzieren, welche Arbeitslosen wir überhaupt noch vermitteln können“, sagte Schreyer WELT. Sie ist überzeugt: „Jeder, der arbeiten will und auch leistungsfähig ist, der findet auch Arbeit.“ Die Erwerbslosen gliederten sich ihrer Erfahrung nach in drei etwa gleich große Gruppen.

Die erste Gruppe sind Alleinerziehende, die derzeit von Hartz IV leben. Diese Frauen und Männer hätten nicht generell ein Problem, einen Job zu finden. Wegen der Kindererziehung fehle ihnen nur die Zeit dafür. „Für diese Klientel brauchen wir Brücken, um nach den Erziehungszeiten wieder in den Arbeitsmarkt zurückzufinden“, sagte Schreyer. „Es muss sich für sie lohnen, auch nur einige Stunden zu arbeiten.“ Die zweite Gruppe bilden Menschen, die schwer krank sind und körperlich oder psychisch nicht in der Lage, zu arbeiten. „Diesen Menschen dürfen wir keinen Druck machen, zum Arbeitsamt zu gehen. Sie sollen sich um ihre Gesundheit kümmern.“

Schreyer will vor allem die dritte Gruppe in den Blick nehmen. „Das sind diejenigen, die oft schon lange raus sind aus dem Erwerbsleben. Menschen, in deren Familien sich Arbeitslosigkeit vererbt.“ Grundsätzlich ist sie überzeugt: „Wer arbeitet, dem geht es körperlich und seelisch besser als dem, der nicht arbeitet.“ Wie mit diesen Menschen umzugehen sei, ist Teil des Konzepts „Fünf Punkte für ein sozial gerechtes und

lebensleistungsgerechtes Renten- und Grundsicherungssystem“, in dem die CSU ihre Ideen und Forderungen im Hinblick auf Hartz IV und das Thema Grundrente zusammenfasst. Es liegt WELT vor.

Die Sozialpolitikerin fordert den Bundesminister auf, neu zu denken. „Wenn wir diese Langzeitarbeitslosen wieder in den Arbeitsmarkt integrieren wollen, dann muss die Beratungsintensität steigen und die gesamte Familie, das Umfeld mitgenommen werden. Anders funktioniert es nicht.“ Gerade in Bundesländern wie Bayern, die nur noch wenige Arbeitslose und de facto Vollbeschäftigung haben, komme es darauf an, diese Gruppe zu aktivieren. Doch dafür sei wesentlich mehr Personal nötig als dort, wo es nur um Arbeitsplatzvermittlung gehe.

„Je weniger Arbeitslose noch da sind, desto mehr Personaleinsatz ist nötig, um die verbliebenen in den Arbeitsmarkt zu integrieren“, so Schreyer. „Wer wie der Bundesarbeitsminister Geld nur nach der Prozentzahl der Arbeitslosigkeit verteilen will, der hat von der Arbeitslosigkeit nichts verstanden.“ Die CSU-Politikerin wirft ihrem Kollegen vor, vor allem Überschriften in den Medien zu generieren.

Schreyer fordert, dass gerade dort, wo nicht mehr viele Menschen zu vermitteln seien, Geld für Personal aufgestockt werde. „Wir müssen jetzt an die besonders harten Fälle ran, und dafür brauchen die Mitarbeiter der Arbeitsagenturen mehr Zeit.“ In die Familienarbeit müssten neben den Mitarbeitern der Arbeitsagenturen auch Psychologen und Sozialarbeiter einbezogen werden. „Es geht darum, festgefahrene Strukturen aufzubrechen. Die Familien von vielen Hartz-IV-Empfängern müssen wieder lernen, was es heißt, wenn morgens der Wecker klingelt.“ [...]

Die Welt am 06.04.2019 | Von Thomas Vitzthum, Politikredakteur

https://www.welt.de/print/die_welt/politik/article191438811/Der-Arbeitsminister-hat-von-Arbeitslosigkeit-nichts-verstanden.html (Aufgerufen am 04.06.2019)

70 Jahre Grundgesetz : Diese Verfassung hat Deutschland zu einem anderen Land gemacht

Es war eine Veränderung zum Besseren: Die Bundesrepublik ist liberaler, gerechter und demokratischer geworden. Das gilt es jetzt zu verteidigen.

Der 8. Mai 1945, sprach der Festredner, "war so grau und trostlos wie so viele vor oder auch noch nach ihm". Es gebe tatsächlich Leute, die vom Tag der Befreiung redeten: "Wir alle wissen, wie weit die Wirklichkeit davon entfernt ist." Der Redner war Bundeskanzler Ludwig Erhard, CDU, er sprach 1965 zum 20. Jahrestag des Kriegsendes. Am selben Tag wurde das Grundgesetz 16 Jahre alt, dem Kinderalter entwachsen. Aber der Kanzler der jungen Republik, die auf dieses Grundgesetz gebaut war, schien noch den Trauerflor für das in einem Albtraum aus Blut und Feuer versunkene Deutsche Reich zu tragen.

Wer nach deutscher Manier die Gegenwart im Zwielficht des Zweifels und der Verdrießlichkeit betrachtet, sollte doch einmal zurückblicken. So wie damals der zweite Kanzler der Republik sprechen heute nur die Rechtspopulisten. Das Grundgesetz war im Wesentlichen fast dasselbe wie heute, die Republik war es nicht. Immer wieder hat der Staat versucht, die Verfassung zu verändern, oder dies auch getan, oft nicht zu ihrem Besseren. Aber die Verfassung hat den deutschen Staat viel tiefgreifender verändert als umgekehrt.

70 Jahre Grundgesetz

Am 8. Mai 1945 endeten Krieg und Nazityrannei, und an einem 8. Mai, nur vier Jahre später, beschloss der Parlamentarische Rat das Grundgesetz. Und es ist wahr, dass diese atemberaubend freiheitliche Verfassung erst für die Westdeutschen und dann für die vereinte Nation zum Maß aller politischen Dinge, ja zum säkularen Glaubensbekenntnis dafür wurde, aus der Vergangenheit gelernt zu haben. Wahr ist allerdings auch, dass dieser Lernprozess Jahrzehnte brauchte und noch immer nicht abgeschlossen ist.

Als die vielen Väter und vier Mütter des Grundgesetzes unter Giraffenköpfen im Bonner Naturkundemuseum Koenig tagten, fühlte sich die größere Mehrheit der Deutschen gar nicht befreit. Das Land lag in Trümmern, war geteilt, Millionen Flüchtlinge suchten eine Heimat. Und das große Vergessen, diese von dem Psychologenpaar Margarete und Alexander Mitscherlich so treffend diagnostizierte "Unfähigkeit zu trauern", nämlich um die Opfer von Diktatur, Gewalt, Holocaust und Vernichtungskrieg, zeigte bereits hässliche erste Symptome. Es mussten Jahre vergehen und ein von der CDU gestellter Bundespräsident kommen, Richard von Weizsäcker, um der - noch geteilten - Nation 1985 die Wahrheit ins Gesicht zu

sagen (als der Sozialdemokrat Willy Brandt Anfang der Siebziger ähnlich gesprochen hatten, spuckte die Union noch Gift und nationale Galle): Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung, nicht für jeden Einzelnen, aber für die Nation insgesamt, die sich zuvor zu großen Teilen der Naziherrschaft ausgeliefert und alles spätere deutsche Elend selber zu verantworten hatte. Im Grundgesetz sah Weizsäcker "die Antwort auf Krieg und Gewaltherrschaft", sie steht gleich in Artikel 1: "Die Würde des Menschen ist unantastbar."

Heute sind solche Worte eine Selbstverständlichkeit. Das Grundgesetz und sein Hüter, das Bundesverfassungsgericht, haben ein anderes Land aus Deutschland gemacht. Es ist, so unvollendet und von Rückschlägen begleitet dieser Prozess stets bleiben wird, liberaler, gerechter und viel demokratischer geworden. Das Grundgesetz erscheint, obwohl im Rentenalter, jünger denn je.

Aber stimmt es, dass es - wie es in den Geburtsglückwünschen jetzt oft heißt - nicht besser sein könne als seine Bürger und dass es von deren Zustimmung lebe? Natürlich ist das richtig, aber eine starke Verfassung wie das Grundgesetz ist dafür geschaffen, als Bastion der Freiheit auch Zeiten der Krisen und politischer Radikalisierung zu bestehen. So groß bleibt der Bann dieser Verfassung immerhin, dass es der Rechtspopulismus, der viele Freiheiten des Grundgesetzes doch fürchtet und ablehnt, anders als früher nur selten wagt, seine Feindschaft offen zu bekennen. Lieber geriert er sich als wahrer Freund der Verfassung und zwingt sich so sichtbar in Kleider, die ihm nicht passen.

Gefährlicher wird es, wenn die offene Gesellschaft die Werte, die das Grundgesetz bewacht, zu selbstverständlich nimmt oder gar mutwillig missachtet. Da ist die ewige Versuchung, im Interesse der Sicherheit die Bürgerrechte abzubauen; eine Bedrohung, die mit den digitalen Technologien immer mehr wächst und das Verfassungsgericht bereits deutlich in die Defensive gedrängt hat. [...]

SZ vom 08.05.2019, von Joachim KÄPPNER
<https://www.sueddeutsche.de/politik/grundgesetz-demokratie-kommentar-1.4435715> (Aufgerufen am 04.06.2019)

Frauenkarrieren am Theater: Regisseurin Hebenstreit fordert Quote

Am Theater sind Frauen unterrepräsentiert – auf den Spielplänen und im Betrieb. Der Dramenkanon muss neu erforscht werden, fordert Bérénice Hebenstreit

Seit Jahrzehnten wird intensiv diskutiert, doch faktisch ändert sich kaum etwas: Frauen sind (nicht nur) im Theaterbetrieb unterrepräsentiert, insbesondere an entscheidenden Positionen wie in der Regie oder als Autorin. 78 Prozent Männerquote bei den Intendanten – das ergab im Vorjahr eine von Kunststaatsministerin Monika Grütters in Deutschland in Auftrag gegebene Studie. In Österreich sieht die Sache nur wenig besser aus. Und wenn Karin Bergmann im Sommer als Burgtheaterdirektorin abtritt, werden wieder alle Bundestheater in männlicher Hand sein.

Die Bekundungen vonseiten der Sektion für Kunst und Kultur des Bundeskanzleramts klingen indes nett: "Der Aspekt des Frauenanteils, auch in Führungspositionen, wird sehr ernst genommen." Und tatsächlich ist im aktuellen Bundesgleichbehandlungsbericht (2018) zumindest bei den Beiräten und Jurys ein Frauenanteil von 56 Prozent angeführt. Wer sich aber den Theaterbetrieb konkret anschaut, dem bietet sich ein anderes Bild.

Bérénice Hebenstreit hat es getan. Gemeinsam mit zwei Kollegen hat die Wiener Theaterregisseurin (31, *Superheldinnen* am Volkstheater, 2017) die größeren österreichischen Bühnen in Hinblick auf das Geschlechterverhältnis durchforstet und für die Spielzeit 2017/18 sowohl im Bereich der Theaterleitung als auch der Regie und Autorschaft erhebliche, in Wahrheit indes wenig überraschende Schieflogen festgestellt. Bei der Veranstaltungsreihe *Die Spielplan*¹ im Volkstheater wurden die Ergebnisse präsentiert. Von 149 Inszenierungen waren nur 44 von Frauen, und davon waren wiederum die meisten in Nebenspielstätten versteckt. 89 Prozent der Stücke wurden von Männern geschrieben. [...]

Den Kanon neu hinterfragen

Eine 50-Prozent-Quote ist ein unabdingbares Instrument, aber noch kein Allheilmittel, ergänzt Hebenstreit. Denn die geringe Zahl von Bühnenautorinnen hängt vor allem mit einem von Männern entwickelten Kanon zusammen, der Frauen ausgeklammert hat. Theaterhäuser

¹ *Die Spielplan* ist der Versuch, einen Spielplan aus vielen zu entwerfen: Die laufenden Spielpläne österreichischer Bühnen werden akribisch untersucht. Finden wir genug Produktionen, um einen durchschnittlichen Spielplan zu simulieren, in dem kein Mann eine tragende Rolle schreibt, spielt oder inszeniert? Mit viel Ironie durchstreifen wir Narrative und Personal der österreichischen Theaterlandschaft und ziehen am Vorabend des Weltfrauentages Resümee. (<http://www.volkstheater.at/stueck/die-spielplan/>, Aufgerufen am 03.06.2019)

bestreiten ihre Spielpläne aber zu einem Großteil mit Werken dieses Kanons, von Aischylos bis Shakespeare, Tschechow oder Brecht. Fällt Ihnen eine Frau ein? Dem Burgtheater auch nur wenige. Von 56 aktuell im Repertoire befindlichen Stücken stammen 48 von Männern.

Eine entscheidende Forderung lautet deshalb, den Kanon neu zu hinterfragen und die konsequent verdrängten Schreiberinnen aus sämtlichen Jahrhunderten endlich zu erforschen. Ein Weg, den die Belletristik übrigens schon länger beschritten hat. Doch ein solches Vorhaben braucht Zeit und vor allem Geld, sprich Forschungsaufträge. Dramaturgenbüros allein können das nicht leisten.

Übergangslösung: Frauen spielen Männerrollen

Derzeit ist das Publikum mit Klassikern konfrontiert, "die historische Geschlechterbilder aus männlicher Sicht reproduzieren", so Hebenstreit. Ganze Regieklassen mühen sich ab, dem tradierten Dramenmaterial tragfähige Frauenfiguren abzutrotzen, zudem wird besetzungstechnisch an der Frauensichtbarkeit gearbeitet (Frauen spielen Männerrollen, bis hin zu Hamlet). Doch das können nur Übergangslösungen sein.

Um an der Sichtbarkeitsschraube zu drehen, reicht es auch nicht, Frauen in Führungspositionen vorzulassen und sie dort händeringend nach Dramatikerinnen und Regisseurinnen Ausschau halten zu lassen. Es ist ein Teufelskreis: Durch ihre kanonlose Geschichte haben Dramatikerinnen kein den Männern vergleichbares Bezugsfeld und somit auch keinen Pool an Vorbildern. [...]

Jede Frau müsste folglich für sich allein (da es an strukturellen Regelungen mangelt) diese gläserne Decke durchbrechen. Warum tun sie es nicht? Hebenstreit: "Nachdem sie auf großen Bühnen eh keine Chance haben, beginnen sie gleich für Nebenspielstätten zu schreiben und rutschen damit auf das Unsichtbarkeitsförderband." So setzt sich die Diskriminierung fort.

Margarete Affenzeller, Der Standard, 25. 01. 2019

(<https://derstandard.at/2000096987035/Frauenkarrieren-am-Theater-Regisseurin-Hebenstreit-fordert-eine-Quote>, Aufgerufen am 03.06.2019)

Gesetzesmarathon im Parlament

Einladen und abschieben

Die Koalition drückt diese Woche sieben Migrationsgesetze durch den Bundestag – darunter Fachkräfteeinwanderung und erleichterte Abschiebungen.

Es wirkte wie ein Akt der Selbstvergewisserung in Zeiten der Krise: Von einem „wirklich erfolgreichen Tag für die Koalition“ sprach am Dienstag Thorsten Frei, Unions-Fraktionsvize, als er gemeinsam mit Kolleg*innen von CDU/CSU und SPD eine ganze Fülle an Gesetzesvorhaben aus dem Migrationsbereich vorstellte.

Die SPD ist führungslos, die Große Koalition steht so nah am Abgrund wie nie zuvor. „Wir sind handlungsfähig“, betonte trotzdem die Vorsitzende des Innenausschusses, Andrea Lindholz (CSU). Das unterstreiche man mit diesem acht Gesetze umfassenden Paket, von denen sieben schon am Freitag im Bundestag beschlossen werden sollen.

Darunter ist das Gesetz zur Fachkräfteeinwanderung, ein Herzensanliegen der SPD. Seit über 20 Jahren habe ihre Partei ein solches Gesetz gefordert, betonte SPD-Fraktionsvize Eva Högl. „Die Botschaft lautet: Wir laden Menschen ein, zu uns zu kommen.“

Der Regierungsentwurf sah noch sehr hohe Anforderungen an Menschen vor, die zur Ausbildungsplatzsuche nach Deutschland kommen. Die Fraktionen von Union und SPD wollen diese Hürden leicht absenken.

Stichtag für Geduldete

Für Menschen über 45 Jahren wollen Union und SPD die Anforderungen hingegen verschärfen: Anders als im Regierungsentwurf vorgesehen, sollen diese ein Mindestgehalt oder eine angemessene Altersversorgung nachweisen. So verhindere man, dass ältere Menschen nach Deutschland kämen und „geradewegs in die Grundsicherung“ gingen, sagte Frei.

Veränderungen wollen die Fraktionen auch bei der Möglichkeit für gut integrierte Geduldete, über eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Deutschland zu bleiben. Eine Stichtagsregelung soll sicherstellen, dass von dem Gesetz nur Geduldete profitieren können,

die vor dem 1. August 2018 eingereist sind. Dafür sollen sie länger Zeit bekommen, alle Anforderungen zu erfüllen: bis Ende 2023.

Außerdem gehört zu dem Paket das umstrittene sogenannte Geordnete-Rückkehr-Gesetz. Mit diesem will das Bundesinnenministerium Abschiebungen erleichtern. Nach dem Willen der Koalitionsfraktionen sollen Abzuschiebende zu diesem Zweck noch leichter in Gewahrsam genommen werden können, als dies der Regierungsentwurf ohnehin schon vorsah.

Kritik am Tempo

Verschärfungen wollen die Fraktionen auch bei der „Duldung mit ungeklärter Identität“. Diese sieht Sanktionen für Menschen vor, die aus Sicht der Behörden nicht ausreichend an der Passbeschaffung mitwirken. Zudem soll die Unterbringung von Asylsuchenden in Ankerzentren von 6 auf 18 Monate ausgeweitet werden.

Es sei gut, dass man das Paket „zügig beraten“ habe und nun noch vor der Sommerpause beschließen könne, sagte Högl. Mit dem Ergebnis könnten „beide Seiten sehr zufrieden sein“. Erst am Montag hatten im Innen- und im Sozialausschuss Anhörungen zu fünf der acht Gesetze stattgefunden. „Das war eine Leistung, wie es sie so noch nicht gegeben hat“, sagte Lindholz.

Ulla Jelpke (Linke) hingegen hatte im Innenausschuss kritisiert, ein ordentliches Gesetzgebungsverfahren sei in dieser Eile kaum möglich. Die Grüne Filiz Polat sagte, es sei unmöglich, die Anhörungen und „die eine Minute nach Ende des Anhörungsmarathons eingegangenen 32 Seiten Änderungsanträge“ bis zum nächsten Innenausschuss am Mittwoch auszuwerten. Dies sei der „komplexen Materie der Gesetzesentwürfe nicht angemessen“.

TAZ vom 04.06.2019, Dinah RIESE, Redakteurin Inland.

<http://taz.de/Gesetzesmarathon-im-Parlament/!5596990/> (Aufgerufen am 04.06.2019)

Regierungskrise in Österreich

Ich, ich, ich

Bundeskanzler Sebastian Kurz strickt weiter an seiner Legende als großer Modernisierer. Ausflüge nach Rechtsaußen gehören zu seinem Profil.

WIEN *taz* | „Ich glaube fest daran, dass es in unserem Land, wenn es regierbar sein soll, klare Verhältnisse und somit auch einen klaren Wählerauftrag für eine Person geben sollte, die das Land führen möchte.“ In seiner knapp siebenminütigen Erklärung hat Bundeskanzler Sebastian Kurz Samstagabend nicht weniger als 32 Mal das Wörtchen „ich“ in den Mund genommen, nur etwa halb so oft sprach er von „wir“, und seine Partei, die ÖVP, erwähnte er überhaupt nur ein einziges Mal: „Nur wenn die Volkspartei, nur wenn wir nach der Wahl die Möglichkeit haben, auch wirklich eindeutig den Ton anzugeben, dann können wir die Veränderungen, die wir begonnen haben, auch zu Ende bringen.“

Sebastian Kurz hat die ÖVP, die vor zwei Jahren in den Umfragen unter 20 Prozent zu gleiten drohte, wieder zu einer politischen Kraft mit Führungsanspruch gemacht. 31,5 Prozent fuhr er bei den Nationalratswahlen 2017 ein, seine persönlichen Popularitätswerte liegen bei 40 Prozent. Die Partei liegt ihm deshalb zu Füßen und Kritik an seinen populistischen Wendungen kommt höchstens von Stimmen aus dem politischen Ausgedinge. Leute, wie der ehemalige EU-Agrarkommissar Franz Fischler oder der Ex-Vizekanzler Erhard Busek haben keine Posten mehr zu verteidigen und können sagen, was sie sich denken.

Der Erfolg des jüngsten Kanzlers der Republik (32) liegt darin, dass er der FPÖ die Themen weggenommen hat und sie verträglicher verpackt. Die Message Control, wie PR-Fachleute es nennen, funktioniert. Die Regierungsarbeit wird mediengerecht verkauft, die Kontrolle über Fotos funktioniert, ebenso die Themensetzung.

Meist ist Kurz im Ausland unterwegs und gibt den weltgewandten Staatsmann, der mit Donald Trump, Wladimir Putin und Xi Jin-Ping auf Du und Du ist. Wenn er sich aber einmal in die Niederungen der Innenpolitik begibt, lässt er einen Rechtspopulisten erkennen, dem kein demagogischer Kniff zu peinlich ist. Wie zuletzt die Forderung, Österreich solle sich von der EU nicht vorschreiben lassen, wie Schnitzel und Pommes zu frittieren sind.

Kurz setzt auf Sieg

Und selbst antisemitische Codes werden bedient. So durfte bei seiner Beurteilung des Skandalvideos die Anspielung auf den für sein Dirty Campaigning berichtigten früheren Wahlkampfmanager der SPÖ, Tal Silberstein, nicht fehlen. Kurz fühlte sich an dessen Methoden erinnert. Silberstein wurde in seinem Heimatland Israel wegen Korruptionsverdachts vor Gericht gestellt und ist schon lange nicht mehr für die SPÖ tätig.

Dennoch taucht sein Name immer wieder auf, wenn einem Regierungsmitglied eine Kritik der SPÖ missfällt. Die Sprachwissenschaftlerin Ruth Wodak sieht in den Kampfansagen gegen Silberstein bewusst gesetzte antisemitische Botschaften, die eine bestimmte Wirkung erzielen sollen, die „bei einigen Menschen, vor allem jenen mit historischem Wissen, große Irritationen verursacht“.

Die Rechtsextremismusexpertin Natascha Strobl meint in einem Twitter-Thread, dass es legitim sei, Silberstein und dessen Methoden zu kritisieren: „Aber der Punkt ist: es geht überhaupt nicht mehr darum, was er persönlich getan hat. Er ist nur noch eine Chiffre für die ominöse destruktive Kraft im Hintergrund der Sozialdemokratie.“ Und Sebastian Kurz, der sonst nicht durch antisemitische Äußerungen auffällt, bedient – bewusst oder unbewusst – diese Chiffre.

Der letzte Teil seines Statements, nach dem Kurz keine Fragen beantworten wollte, war bereits eine Wahlkampfrede, in der er um die Stimmen all jener warb, die zuletzt die FPÖ, die Grünen oder die Neos gewählt hatten. Denn nur mit einem starken Mandat könne er seine erfolgreiche Politik fortsetzen, also den neokonservativen Umbau der Republik vollenden.

Tageszeitung vom 20.05.2019, Ralf Leohnhardt, Auslandskorrespondent in Österreich.

<https://www.taz.de/Regierungskrise-in->

[Oesterreich!/5593362&s=regierungskrise+in+%C3%B6sterreich/](https://www.taz.de/Regierungskrise-in-Oesterreich!/5593362&s=regierungskrise+in+%C3%B6sterreich/) (Aufgerufen am

04.06.2019)

Die SPD ist kopflos, die Union besorgt

Die Koalition in Berlin steht ohne Andrea Nahles vor einer Belastungsprobe. Wollen die Sozialdemokraten trotz ihrem Absturz weiterregieren, oder suchen sie ihr Heil in der Opposition? Bundesfinanzminister Olaf Scholz hat bereits ausgeschlossen, dass er neuer SPD-Vorsitzender wird.

An diesem Montag wird Andrea Nahles ihren Rücktritt als Vorsitzende der SPD erklären, am Dienstag wird sie dann im Bundestag auch die Fraktionsführung niederlegen. Das kündigte die 48-Jährige in einem Schreiben an die Parteimitglieder an. Mit ihrem Rückzug wolle sie den Genossen die Möglichkeit eröffnen, in geordneter Weise für beide Funktionen Nachfolger zu finden, schrieb Nahles – und ermahnte ihre Partei: «Bleibt beieinander, und handelt besonnen!»

Ob sie noch die nötige Unterstützung habe, sei wiederholt in Zweifel gezogen worden, schrieb Nahles. Deshalb habe sie Klarheit gewollt und bekommen: «Die Diskussion in der Fraktion und die vielen Rückmeldungen aus der Partei haben mir gezeigt, dass der zur Ausübung meiner Ämter notwendige Rückhalt nicht mehr da ist.» Sie hoffe nun, dass es der Partei gelinge, Vertrauen und gegenseitigen Respekt wieder zu stärken. Das Land brauche eine starke SPD.

Von Stärke kann derzeit keine Rede mehr sein. Bei der Europawahl ist die SPD regelrecht eingebrochen: Aus 27,3 Prozent im Jahr 2014 wurden 15,8 Prozent. In den heimischen Umfragen sieht es ähnlich düster aus, weshalb es in Berlin viele Beobachter für möglich halten, dass die SPD den vorzeitigen Rückzug aus der Regierung suchen könnte, entweder gleich oder nach den Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen im Herbst. Bei allen drei Wahlen muss die SPD mit hohen Verlusten rechnen.

Die Kanzlerin lobt und droht

Führende Unionspolitiker sprachen der scheidenden SPD-Chefin am Sonntag Respekt aus und appellierten zugleich an deren Partei, die Regierungsarbeit fortzusetzen. Sie habe mit Nahles stets vertrauensvoll zusammengearbeitet, sagte Kanzlerin Angela Merkel im Konrad-Adenauer-Haus. Diese sei «Sozialdemokratin mit Herzblut» und «ein feiner Charakter». Dann folgte Merkels Aufruf ans verbliebene SPD-Führungspersonal. «Wir werden die

Regierungsarbeit fortsetzen mit aller Ernsthaftigkeit», sagte die Kanzlerin und betonte: «mit großem Verantwortungsbewusstsein».

Die Botschaft dürfte auch als subtile Drohung gemeint sein. Sollte sich die SPD für eine Flucht aus der Regierung entscheiden, etwa durch einen absichtsvoll eskalierten Streit über das geplante Klimaschutzgesetz, dann dürfte die Union ihr anschließend Verantwortungslosigkeit vorwerfen. Ähnlich wie die Kanzlerin äußerten sich auch der Unionsfraktionsvorsitzende Ralph Brinkhaus, der Chef der CSU-Landesgruppe Alexander Dobrindt und CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer.

Letztere hat auch ein persönliches Interesse am Fortbestand der Koalition. Wegen des schwachen Abschneidens ihrer eigenen Partei bei der Europawahl und wegen einer Reihe kommunikativer Pannen steht Kramp-Karrenbauer parteiintern unter Druck. Vorzeitige Neuwahlen könnten Rivalen innerhalb der CDU animieren, aus der Deckung zu kommen, und ihre Hoffnungen auf die Kanzlerschaft gefährden.

Alle fürchten die Grünen

[...] Wer es gut meint mit Nahles, würde sagen, dass sie nie eine Chance hatte. Denn eine laute Minderheit der SPD war von Anfang an gegen die Regierungsbeteiligung, und sie hat es Nahles nicht vergessen lassen. Vor allem Juso-Chef Kevin Kühnert erinnert die Öffentlichkeit in Interviews und Talkshows daran, dass eine andere, noch weiter links stehende Republik möglich wäre. Das könnte stimmen, allerdings eher nicht unter sozialdemokratischer Führung. Nach den jüngsten Umfragen sind die Grünen dabei, die stärkste Kraft im linken Lager zu werden.

Deren Bundesgeschäftsführer Michael Kellner sagte am Sonntag, dass seine Partei ohne Neuwahlen ganz sicher nicht als neuer Partner der Union zur Verfügung stünde, falls die Koalition platzen sollte. Eine nachvollziehbare Haltung; in der jüngsten Umfrage landeten die Grünen sogar schon vor der Union. Das mit der Umfrage beauftragte Institut, Forsa, gilt nur als mäßig seriös. Aber selbst wenn die Grünen noch auf Platz zwei stehen, müssen beide, Union wie SPD, die Partei beim nächsten Wahlgang fürchten. [...]

NZZ, Max Felix SERRAO, 03.06.2019

<https://www.nzz.ch/international/ruecktritt-andrea-nahles-gibt-der-spd-eine-chance-ld.1486220> (Aufgerufen am 03.12.2019)

"Die Vielen" gegen rechts: Glanz und Elend der Diskursverschiebung

In ganz Österreich vernetzten sich 270 Kultureinrichtungen, um gegen Rechtspopulismus aktiv zu werden. Auch gegen Kulturbeiräte wie Odin Wiesinger.

Glänzen will man, sichtbar sein, politisch demonstrieren und dennoch tanzen. Mit goldschimmernden Wärmendecken als Symbol versprach man Einigkeit. "Wir sind ziemlich viele – in ganz Europa", heißt es in der Technohymne, die DJ Bernhard Fleischmann für die neu formierte Bewegung komponiert hat.

"Die Vielen" nennt sich eine länderübergreifende Initiative von Kulturinstitutionen und einzelnen Unterstützern, die 2018 in Deutschland gegründet wurde. Sie will sich bemerkbar machen gegen jene anderen Vielen, Europas Rechtspopulisten, die zunehmend demokratische Grundprinzipien wie Presse- und Kunstfreiheit untergraben würden und die bei der kommenden EU-Wahl weiter an Boden gewinnen könnten.

In Deutschland haben sich bereits 2.300 Kultureinrichtungen der Initiative angeschlossen, in Österreich, wo man sich erstmals im Jänner dieses Jahres im Theater Brut traf, sind es mittlerweile 270 Unterstützende: Institutionen aus ganz Österreich, darunter die Bregenzer Festspiele, das Grazer Forum Stadtpark und das Kunsthaus, die Landestheater Linz, Salzburg und Niederösterreich, Festivals wie Steirischer Herbst, Crossing Europe, Viennale oder die Wiener Festwochen sowie große Kultureinrichtungen des Bundes wie das Burgtheater und das Belvedere sind dabei.

Gegen Druck und Zensur

Am Dienstag fanden sich "Die Vielen Österreich" im Wiener Volkskundemuseum ein, wo aktuell eine große Ausstellung zu 100 Jahren Frauenwahlrecht in Österreich zu sehen ist. Matthias Beitzl, Direktor des Museums, erklärte sein Engagement damit, dass sich der politische Diskurs in ganz Europa nach rechts verschoben habe. Hierzulande könne man das etwa daran erkennen, dass Leute wie Ex-VP-Vizekanzler Reinhold Mitterlehner und Ex-Raiffeisen-General Christian Konrad als "Altlinke diffamiert werden, während der rechte Maler Odin Wiesinger in den oberösterreichischen Landeskulturbeirat einzieht".

Seite an Seite mit Initiatoren wie Brut-Chefin Kira Kirsch, Gerald Bast (Rektor der Wiener Angewandten), der Schauspielerinnen Ruth Brauer-Kvam, der Autorin Olga Flor oder Susanne Scholl von Omas gegen rechts gab man, wie bereits in Deutschland erfolgt, eine "Erklärung der Vielen in der Republik Österreich" ab. Verlesen wurde sie von Burg-Schauspielerinnen Sabine Haupt.

Gegen "Renationalisierung der Kultur"

Darin hält man fest, sich für die Freiheit und Vielfalt der Kunst einsetzen zu wollen und sich zu solidarisieren, wenn diese durch inhaltlichen oder finanziellen Druck eingeschränkt werden soll. Man verwehre sich außerdem gegen eine "Renationalisierung der Kultur", eine "Politik der Abwertung und Ausgrenzung" und allem voran gegen das Infragestellen der Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK). Man erinnerte daran, dass diese einst durch Leopold Figl unterzeichnet wurde, nachdem 190.000 Ungarn-Flüchtlinge Aufnahme in Österreich gefunden hatten. In der Flüchtlingsbewegung 2015 seien 98.000 Menschen nach Österreich gekommen, und Herbert Kickl (FPÖ) habe die EMRK als "ungeeignet" bezeichnet. Tätig werden wollen "Die Vielen", wenn, wie zuletzt beim Filmbeirat des Kulturministeriums, Nachbesetzungen mit "fachlich ungeeigneten" Personen besetzt würden oder beratende Gremien, wie im Fall Odin Wiesinger, politisch instrumentalisiert werden. Auch auf der Straße will die Initiative sichtbar werden: An einer Demonstration am 19. Mai in Wien für ein "solidarisches Europa" beteiligt man sich als in goldene Folie gehüllter "Glänzender Block der Kunst und Kultur". [...]

Stefan Weiss, 14.5.2019: <https://www.derstandard.at/2000103122979/Die-Vielen-gegen-Rechts-Glanz-und-Elend-der-Diskursverschiebung> (Aufgerufen am 03. Juni 2019)

Zeichen

Ein Richter will die Linke aus dem Schlaf rütteln

Wer stumm bleibt, während Europa in den Autoritarismus abgleite, mache sich mitschuldig, sagt der Jurist Oliver Scheiber

In allen Stadtvierteln wird es Ruhezeiten mit Gratisinternet geben, mit kleinen Bibliotheken, die alle nutzen können. Familien mit niedrigeren Einkommen bekommen von der Stadt zwei Wochen Urlaub finanziert. Die Stadt richtet Gesprächsforen an öffentlichen Plätzen, in großen U-Bahn-Stationen ein, wo Menschen sich treffen und diskutieren, wie die Stadt verbessert werden kann: Es sind Fantasiebilder eines guten Lebens für alle, die der Wiener Jurist Oliver Scheiber in konkrete Vorschläge verpackt. Abgedruckt sind sie in einem kleinen, leicht lesbaren und eindringlich formulierten Manifest namens Sozialdemokratie: Letzter Aufruf!

Glaube an ein besseres Morgen

Was aber haben Freizeitzeiten und U-Bahn-Talks mit dem Wesen der Sozialdemokratie zu tun? Sehr viel, meint der 50-jährige Jurist: Dass Wien heute eine der sichersten und lebenswertesten Städte der Welt ist, sei dem sozialdemokratischen Glauben an ein besseres Leben für alle zu verdanken. Dieser Glaube sei der SPÖ, aber auch anderen linken Bewegungen abhandengekommen. Nun sei es allerhöchste Zeit, das Ruder herumzureißen, bevor es zu spät sei: In Zeiten, da halb Europa von autoritären Gruppierungen erobert wird, sei Abwarten keine Option, sagt Scheiber – weil sich "jede/r mitschuldig macht, der jetzt nicht um die Erhaltung von Demokratie, Solidarität und Menschenrechten kämpft". Sonst drohten Rechtsextreme und ihre konservativen Steigbügelhalter Europa in einen "unumkehrbaren Destabilisierungsprozess" zu führen.

Scheiber, der seit zehn Jahren das Bezirksgericht Meidling leitet und zuvor Kabinettsmitarbeiter von Justizministerin Maria Berger (SPÖ) und Justizattaché in Brüssel war, ist in der Justiz alles andere als ein Unbekannter. Seit Jahrzehnten kämpft er an mehreren Fronten für eine Humanisierung der Justiz und wird dafür auch weit über das eigene ideologische Lager hinaus geschätzt. An Unis lehrt er Menschenrechte und setzte durch, dass künftige Richter mit der Verantwortung der österreichischen Justiz im und nach dem Nationalsozialismus bekanntgemacht werden. Als das ganze Land über eine "Flüchtlingskrise" in Österreich diskutierte, organisierte er Praktika für nach Österreich geflüchtete Juristen. Er widmet seine Freizeit mehreren Menschenrechtsinitiativen, öffnet das Gerichtsgebäude auch abends für Talks, Ausstellungseröffnungen und Vorträge. Er meldet sich immer wieder mit justizkritischen Gastkommentaren zu Wort, die unter Richtern, Staatsanwälten und in der Justizpolitik teils für heftige Diskussionen sorgen. Die Anfeindungen, die er dafür aus konservativen Justizkreisen kassiert, ließen ihn nicht

verstummen, der Rechtsruck in Europa hingegen ließ seine Kritik direkter und allumfassender werden. Was zuvor Justizkritik war, ist jetzt ein Mahnruf, die gesamte Gesellschaft vor einem Abdriften in Entsolidarisierung und Autoritarismus zu retten.

Politik gegen Schwache schadet allen

Als Strafrichter trifft Scheiber auf Menschen, die oft schon vor dem Erwachsenenalter als gescheiterte Existenzen gelten. Entgegen dem Trend, der die Verantwortung dafür allein dem Individuum und seiner Familie zuweist, nimmt Scheiber die Politik in die Pflicht. Ihre Aufgabe sei es, den Zufall, ob man in ein armes oder reiches Elternhaus oder Land geboren ist, nicht zum bestimmenden Faktor einer Biografie werden zu lassen – sondern vielmehr die Ungleichheit, in die wir geboren werden, auszugleichen, schreibt Scheiber in den Vorbemerkungen zum Buch. Die Erosion des solidarischen Miteinanders schade nicht nur den Schwachen, sondern allen. Diese Gefahr abzuwenden sei die Aufgabe der linken Bewegungen, sagt Scheiber. Die Linke müsse endlich wieder an ihre eigene Mehrheitsfähigkeit glauben und alles tun, um diese zu erreichen. Der Jurist liefert zehn Vorschläge dafür – und stellt ihnen zehn Schritte auf dem "Weg in den Tod" der Sozialdemokratie entgegen. Rechtspopulisten nachzueifern und Migration als Problem zu sehen sei ein Irrweg. "Die Linke muss für Vielfalt, Buntheit, Freiheit werben", für Mehrfachstaatsbürgerschaften und Partizipation. Denn das, ist Scheiber überzeugt, sei "erklärbar".

Das Manifest Sozialdemokratie: Letzter Aufruf! ist unter aufruf@gmx.at zu bestellen.

Maria Sterkl, 5. März 2019 : <https://derstandard.at/2000098960718/Ein-Richter-will-die-Linke-aus-dem-Schlaf-ruetteln> (Aufgerufen am 03.06.2019)

Form demokratisch, Gehalt illiberal

Der Rechtspopulismus betreibt eine „Faschisierung“ neuen Stils. Parteien wie die AfD verfolgen eine Politik des „autoritären Nationalradikalismus“.

Bei allem Ärger spricht denn doch wenig dafür, den europäischen, nein den weltweit zu beobachtenden Rechtsruck als *Faschisierung* zu bezeichnen, entspricht er doch den klassischen Eigenschaften der historischen Faschismen nicht: Weder sind charismatische Führergestalten und Massenaufmärsche zu beobachten, noch zeigt sich, dass die reaktionärsten Kräfte des Finanzkapitals antidemokratische Bewegungen offen oder auch nur verdeckt unterstützen. Denn: Wenn das global agierende, neoliberal gestimmte Kapital etwas nicht benötigt, sind es geschlossene Grenzen vermeintlicher Vaterländer.

Tatsächlich tritt derzeit das, was verharmlosend als „Rechtspopulismus“ bezeichnet wird, als demokratischer Verteidiger des christlichen Abendlandes, der westlichen Werte auf. Etwa im Falle Ungarns, das bei dieser Entwicklung eine Vorreiterrolle gespielt hat und weiterhin spielt. Ungarns Premier Orbán propagiert selbstbewusst die *illiberale Demokratie*. So beschwört die im April 2011 neu beschlossene ungarische Verfassung in ihrer Präambel die christliche Nation und die Stefanskrone weit vor der Würde des Menschen.

In Ländern des globalen Südens, wo von einem christlichen Abendland im engeren Sinn nicht zu sprechen ist, sind es oft genug evangelikale Christen, die in Diktion und Auftreten autoritäre Politiker unterstützen: Etwa die Unterstützung des rechtsradikalen Präsidenten Brasiliens, Bolsonaro, durch evangelikale Sekten.

Volkstümlicher Mehrheitswille

Worum es heute geht, ist eine Aufhebung liberaler Strukturen unter Beibehaltung der formalen Kriterien liberaler Demokratien. Indem diese Rechte darauf verzichtet, offen für diktatoriale Regierungsformen einzutreten und anstatt dessen – unter ausdrücklichem Verzicht auf Grundrechte und Gewaltenteilung – für einen volkstümlichen Mehrheitswillen eintritt, ist sie derzeit dabei, in Ländern der Europäischen Union zu einem wesentlichen Einfluss-, wenn nicht Machtfaktor zu werden. Davon zeugen nicht nur die parlamentarischen Mehrheiten in Ungarn und Polen, sondern auch der noch immer und trotz Macron wachsende Zuspruch, den in Frankreich der Front National unter Marine Le Pen gewinnt.

Aber welcher Art sind diese Bewegungen? Ist „Rechtspopulismus“ wirklich der richtige Begriff, ein Konzept, das vor allem die Unterscheidung von „korrupten“ Eliten und

„genasführtem² Volk“ bemüht und doch mehr verdeckt als erleuchtet? Daher plädiert Wilhelm Heitmeyer, der den Begriff der „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ geprägt hat, in seinem Buch „Autoritäre Versuchungen“ bei diesen politischen Bewegungen und Parteien für den Begriff „autoritärer Nationalradikalismus“.

Die AfD etwa sei „autoritär“, weil sie rigide Führung wolle, „national“, weil sie ungebrochen die Zugehörigkeit zum ethnisch verstandenen deutschen Volk ins Zentrum aller Politik stelle und schließlich die liberale Ordnung „grundlegend umbauen wolle“ – wie in Ungarn und Polen. Mit alledem wird „Deutschsein“ zur Schlüsselkategorie der Politik, ohne deshalb im klassischen Sinne faschistisch zu sein – sieht man davon ab, dass die „Gewaltmembranen“, so Heitmeyer, dieser Politik zum gewalttätigen Rechtsextremismus außerordentlich dünn sind und – siehe Chemnitz – leicht reißen.

Es handelt sich bei dem, was bisher als „Rechtspopulismus“ bezeichnet wurde, um eine – wenn man so will – „Faschisierung“ neuen Stils: demokratisch in der Form, illiberal im Gehalt. Das übrigens war zunächst auch Programm des bedeutenden Staatsrechtlers Carl Schmitt, der für plebiszitäre Demokratie und damit für die Willenseinheit von gewähltem Führer und Wahlvolk plädierte, bevor er zum willfähigen Werkzeug der Nazis wurde.

Diesem Programm der Einheit des unter starker Führung stehenden Volkes gegen den Rest der Welt („America First“) dürfte ein tiefsitzendes Gefühl unter den Wählerinnen und Wählern entsprechender Parteien entsprechen – „wir“ und „sie“ – das *Eigene* hier, das *Fremde* dort: Diese Grundunterscheidung markiert zudem genau das, was heute *Rassismus* ist und „im autoritären Nationalradikalismus seinen zeitgemäßen Ausdruck gefunden hat“.

<http://www.taz.de/Kolumne-Gott-und-die-Welt/!5596808/> (Aufgerufen am 04.06.2019)

TAZ vom 04.06.2019, Micha BRUMLIK

² Genasführt < jn. an der Nase führen, jn. manipulieren.

Einigung in Migrationspolitik: „Man darf dem Staat nicht auf der Nase herumtanzen“

Die Bundestagsfraktionen von Union und SPD haben sich auf ein umfangreiches Gesetzespaket zur Migration geeinigt. Thorsten Frei, stellvertretender Vorsitzender der Unionsfraktion, erklärt im Interview, wie es zu dem Kompromiss kam.

Die Bundestagsfraktionen von Union und SPD haben sich auf ein umfangreiches Gesetzespaket zur Migration geeinigt. Nach Informationen der F.A.Z. sollen das Fachkräfteeinwanderungsgesetz und das Geordnete-Rückkehr-Gesetz und weitere sechs Gesetze noch in dieser Woche im Bundestag verabschiedet werden. Die SPD hatte im parlamentarischen Verfahren Erleichterungen beim Zuzug von Fachkräften durchgesetzt. Die Union hatte Nachschärfungen beim Ausreisegewahrsam und bei der Behandlung von Identitätstäuschern ausgehandelt.

Herr Frei, seit Monaten ringen Union und SPD um verschiedene Gesetzentwürfe zur Migration. Nun haben Sie sich geeinigt. Der Bundestag soll noch diese Woche abstimmen. Was wollen Sie mit dem Gesetzespaket erreichen?

Wir wollen wirtschaftliches Wachstum sichern und müssen uns zugleich einer schwierigen demographischen Entwicklung stellen. Deshalb geht es zum einen um die Frage, wie wir genügend Fachkräfte für den deutschen Arbeitsmarkt gewinnen. Genauso wichtig ist ein zweiter Punkt: Wie schaffen wir es, dass diejenigen, die ohne Bleiberecht in Deutschland sind, unser Land auch schnell wieder verlassen? Für beide Fragen haben wir mit den vorliegenden acht Gesetzen eine gute Grundlage geschaffen.

Zwischen den Koalitionspartnern ist die Kompromissfindung in diesen Fragen schwierig. Was war letztlich ausschlaggebend dafür, dass Sie sich geeinigt haben?

Beide Koalitionspartner sind mit einem hohen Maß an Pragmatismus an die Verhandlungen herangegangen. Wir haben uns genau angeschaut, wie wir Deutschland für Menschen attraktiver machen können, die von außerhalb Europas zu uns kommen und unsere Gesellschaft mit ihren Kompetenzen und ihrer Leistungsfähigkeit weiterbringen können. Aber wir waren uns auch einig, dass Gesetze und damit auch eine bestehende Ausreisepflicht durchgesetzt werden müssen. Der Staat darf sich nicht auf der Nase herumtanzen lassen.

In welchen Punkten haben Sie gegenüber der SPD nachgeben müssen?

Es soll künftig möglich sein, zur Suche eines Ausbildungsplatzes nach Deutschland einzureisen. Die Voraussetzungen für eine entsprechende Aufenthaltserlaubnis sind zurecht hoch: Man darf höchstens 25 Jahre alt sein, man muss ein Visum von einer deutschen Auslandsvertretung haben, den eigenen Lebensunterhalt bestreiten können, eine hohes Sprachniveau nachweisen. Wir haben auf Wunsch der SPD akzeptiert, dass der Schulabschluss nicht zwingend in Deutschland zum Hochschulzugang berechtigen muss. Es reicht aus, wenn der Bewerber in seinem Herkunftsland studieren könnte. Uns als Union war wichtig, dass die hohe Anforderung an das Sprachniveau erhalten bleibt. Das ist das Entscheidende. Ein weiterer Punkt, den wir der SPD zugestanden haben, betrifft die Ausbildungsduhlung. [...]

Innenpolitiker der Unionsfraktion haben nach den Kabinettsbeschlüssen zum Fachkräfteeinwanderungsgesetz, aber auch zum Geordnete-Rückkehr-Gesetz ihren Unmut kundgetan. Der Vorwurf lautete, Bundesinnenminister Seehofer sei der SPD zu sehr entgegengekommen. Haben Sie die Einwände im parlamentarischen Verfahren berücksichtigt?

Schon die Gesetzentwürfe, die von der Bundesregierung verabschiedet wurden, haben Verbesserungen gegenüber dem Status quo erreicht. Sie sehen zum Beispiel eine deutliche Absenkung der Sozialleistungen für Migranten vor, die bereits in einem anderen EU-Land einen Schutzstatus haben oder sich im Asylverfahren in einem anderen EU-Land befinden, um der Weiterreise nach Deutschland entgegenzuwirken. Das war unserer Fraktion ein wichtiges Anliegen. In anderen Bereichen haben wir im parlamentarischen Verfahren nachschärfen können, zum Teil sogar deutlich. Ich glaube, insgesamt können wir als Unionsfraktion mit dem Kompromiss sehr zufrieden sein. [...]

Quelle: FAZ.NET, 03.06.2019, von Helene Bubrowski, Politische Korrespondentin in Berlin)
<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/spd-und-union-einigen-sich-auf-migrationsgesetze-16219743.html> (Aufgerufen am 03.06.2019)

Historiker über Nationalismus : Die alten Traditionen der neuen Rechten

Nicht immer scharf gedacht, aber erfreulich engagiert: Vier Historiker mischen sich ein und schreiben mit vereinten Kräften eine Polemik gegen den neuen Nationalismus.

Herauszufinden, „wie es eigentlich gewesen“ ist, so beschrieb Leopold von Ranke einst die genuine Aufgabe des Historikers. Aktuelle politische Tagesfragen gehören demnach nicht zu seinem Geschäft. Von diesem strengen Diktum abzuweichen gehört mittlerweile zum guten Ton vieler Historiker, die sich, so scheint es, bereitwillig von der allgemeinen Politisierungswelle anstecken lassen.

Dazu zählen auch Norbert Frei, Franka Maubach, Christina Morina und Maik Tändler. Gemeinsam haben sie ein Buch geschrieben, das im doppelten Sinne des Wortes „zur rechten Zeit“ kommen will und schon im Titel ihr Sendungsbewusstsein ausdrückt: „Wider die Rückkehr des Nationalismus“. Der selbstgewählte Auftrag ist damit umrissen. Die Autoren schreiben gegen ein Phänomen der Gegenwart an: die erstarkende nationalistische, rechtspopulistische Bewegung. Bloß situativ soll die Analyse nicht ausfallen, und das kann sie, glauben die Autoren, kraft ihrer historischen Verortung auch gar nicht – im Unterschied zu den Sozialwissenschaften.

Kritisch wäre hier schon zu fragen, wie eine Gegenwartsanalyse denn anders als situativ sein kann. Denn das, was jetzt ist, können selbst Historiker nicht historisieren. Ähnlich ungenau ist die darauf folgende Feststellung, die derzeit dominante Form nationalistischer Politik sei der Populismus. Gibt es eine nationalistische Politik, die nicht populistisch ist?

Gegen den „Vereinigungsrasismus“

Ungeachtet dieser punktuellen Unschärfe gelingt es den Historikern aber, die Geschichte der rechten Bewegung in Deutschland seit Ende des Zweiten Weltkrieges bis heute kurz und bündig nachzuerzählen. Keine rechte Ideologie, auch das zeichnen die Autoren nach, ist in diesem Land denkbar, ohne auf die deutsche NS-Vergangenheit und die Phasen ihrer Aufarbeitung Bezug zu nehmen. Die Autoren wählen dabei eine gesamtdeutsche Perspektive, die nicht bloß, wie sonst häufig, die westdeutsche Vergangenheitspolitik in den Blick nimmt, sondern sich auch kritisch mit dem postulierten Antifaschismus der DDR auseinandersetzt. Sie verabschieden sich von der verbreiteten Manier, die Geschichte der Bundesrepublik als

reine Erfolgsgeschichte zu erzählen und die Ursachen rechter Denktraditionen vor allem im Osten des Landes zu suchen. Folgerichtig sprechen sie dann auch von „Vereinigungsrassismus“.

Sichtbar wird mit diesem Längsschnitt durch die jüngere deutsche Geschichte, dass viele Methoden und Themen der radikalen Rechten eine lange Tradition haben und nicht, wie man angesichts aktueller Streitthemen wie der „Flüchtlingskrise“ seit 2015 annehmen könnte, ein bloßes Produkt unserer Zeit sind. Die Medienschelte etwa war schon in den sechziger Jahren ein beliebtes Kampfmittel, wenn auch nicht unter dem Begriff der „Lügenpresse“. Der mit diffusen Heimatgefühlen aufgeladene Begriff der Identität erfreut sich in Kreisen der Neuen Rechten schon seit Jahrzehnten ungebrochener Beliebtheit. [...]

Was nützt historisches Wissen?

Sich all das in Erinnerung zu rufen ist durchaus interessant, und doch lässt dieser Zugriff zwei zentrale Einwände außer acht. Vergeblich sucht man in dem Buch wirklich neue Erkenntnisse. Die gesamtdeutsche Perspektive ist klug gewählt – aber was ist darüber hinaus nicht längst bekannt? Zu sagen, die Bewegungen von heute seien ohne ihre Vorgeschichte nicht zu verstehen, reicht für die Behauptung einer neuen Perspektive nicht aus, wenn die Vorgeschichte doch eigentlich hinlänglich bekannt ist. Das führt zum zweiten Problem des Buches. Es ist fraglich, ob der hier gewählte Ansatz richtig ist, nach dem historische Kenntnis zur Lösung aktueller Probleme beitrage. Was nützt uns das historische Wissen, wenn es etwa darum geht, den wachsenden Zulauf zur AfD zu unterbinden? Denn genau das ist ja das Ziel der Autoren: die Rückkehr zum Nationalismus auf dem Weg eines „kontextualisierten und tiefenscharfen“ historischen Erkennens zu verhindern. Zweifel sind angebracht, ob es überhaupt Aufgabe der Historiker ist, auf eine politische Haltung derart erzieherisch hinzuwirken, selbst wenn sie keine expliziten Handlungsempfehlungen aussprechen und, wie die Autoren, sogar bestreiten, eine „Streitschrift“ vorgelegt zu haben. [...]

Norbert Frei/Franka Maubach/Christina Morina/Maik Tändler: „Zur rechten Zeit“.
Wider die Rückständigkeit des Nationalismus. Ullstein Verlag, Berlin 2019, 256 S., geb.,
20,- .

Von Hannah Bethke (Feuilletonkorrespondentin), FAZ.net, 25.05.2019

F.A.Z. exklusiv : Viele Bürger überschätzen die Arbeitslosigkeit stark

Da entlang geht's zum Jobcenter – doch wie viele Menschen dorthin tatsächlich gehen, das überschätzen die Deutschen dramatisch.

Die Arbeitslosigkeit sinkt – doch viele Bürger überschätzen die Arbeitslosigkeit dramatisch. Zwei von fünf Deutschen meinen, die Arbeitslosigkeit betrage mehr als 20 Prozent. Darunter sind viele Anhänger von Protestparteien.

Ist die Arbeitslosigkeit in Deutschland etwa viel höher als die amtliche Statistik zeigt? Diese Botschaft verbreitet seit Jahren nicht zuletzt die Linkspartei. Es sei „Zeit zu handeln, statt zu tricksen“, kommentierte sie den jüngsten Rückgang der amtlich gemessenen Arbeitslosenzahl auf 2,2 Millionen und eine Quote von 4,9 Prozent im April.

Tatsächlich finden solche Sichtweisen offenbar in wachsenden Bevölkerungskreisen ihren Widerhall. Einer neuen Studie zufolge überschätzen viele Bürger das Ausmaß der Arbeitslosigkeit, gemessen an den offiziellen Zahlen, sogar geradezu dramatisch: Nicht weniger als 40 Prozent der Deutschen schätzen die Arbeitslosenquote demnach auf mehr als 20 Prozent.

Die Studie aus dem arbeitgebernahen Institut der deutschen Wirtschaft (IW) unter dem Titel „Einschätzungen zur Arbeitslosigkeit: Unwissen befördert systemisches Misstrauen“ liegt der F.A.Z. vorab vor. Anhand einer Analyse von Befragungsdaten rückt sie die häufige Kritik an „geschönten“ Statistiken in größere Zusammenhänge.

Die Ergebnisse im Kern: Die Höhe der Arbeitslosigkeit wird in der Bevölkerung nicht nur stark überschätzt, seit einiger Zeit nimmt auch das Ausmaß dieser Überschätzung zu – was ebenso für andere Länder gilt. Und gleichzeitig deuten sich Zusammenhänge zwischen solchen Wahrnehmungen und dem Zulauf für rechte Protestparteien an.

Überschätzung steigt

Für Deutschland liefern Erhebungen des „European Social Survey“ von 2016, einer Repräsentativerhebung unter mehr als 40.000 Europäern, folgendes Bild: Auf die Frage, welcher Anteil der erwerbsfähigen Bürger ihrer Einschätzung nach arbeitslos oder arbeitssuchend sei, äußerten mehr als zwei Drittel der Befragten Werte von mehr als 10 Prozent. Gut zwei Fünftel stufte die so abgefragte Arbeitslosenquote auf mindestens 20

Prozent ein. Und gut jeder Zehnte unterstellte gar eine Quote von mehr als 40 Prozent, zeigen die Forscher Matthias Diermeyer und Judith Niehues. [...]

Pessimismus schadet dem Zusammenhalt

Deutschland ist damit nicht allein: Im Durchschnitt 23 europäischer Staaten wurden deren Arbeitslosenquoten im eigenen Land um 13 Prozentpunkte überschätzt. Deutschland zählt hier aber zu einer Ländergruppe, in der geringe Arbeitslosigkeit auf viel Pessimismus trifft – ähnlich wie im Vereinigten Königreich und in den Niederlanden.

Interessant sind außerdem die Veränderungen im Ländervergleich seit 2008. Denn mit der wirtschaftlichen Lage lassen sie sich kaum erklären: Zwar hat die Überschätzung der Arbeitslosigkeit in Krisenländern wie Spanien und Portugal deutlich zugenommen, aber eben nicht in Finnland und Deutschland.

Stattdessen zeigt ein weiterer Analyseschritt, dass Anhänger von Parteien, die als rechtspopulistisch gelten, die stärksten Fehleinschätzungen äußern. Hierzulande schätzte unter AfD-Anhängern fast jeder Zweite die Arbeitslosenquote auf mehr als 20 Prozent. Ähnliches zeigte sich für Schweden und die Niederlande; in Frankreich und Österreich wichen die Einschätzungen der Anhänger des Rassemblement National und der FPÖ sogar noch stärker nach oben ab. Außerdem zeigen die Autoren mit weiteren Analysen: Wer die Arbeitslosigkeit stark überschätzt, neigt eher zu Misstrauen gegenüber Politik und Parlament – und ebenso gegenüber seinen Mitmenschen. [...]

Quelle: F.A.Z. Von Dietrich Creutzburg, (Wirtschaftskorrespondent in Berlin), 20.05.2019

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/arm-und-reich/viele-buerger-ueberschaetzen-die-arbeitslosigkeit-stark-16195660.html> (Aufgerufen am 03.06.2019)

Zeit ist Geld

Von Kerstin Bund

DIE ZEIT Nr. 12/2019, 14. März 2019

Väter, die sich nach der Trennung mehr um ihre Kinder kümmern, sollen finanziell entlastet werden – ist das gerecht?

J
5 Kurz nach dem Weltfrauentag hat der Feminismus zum Kampfmodus zurückgefunden. Die Wut richtet sich diesmal gegen die Bundesfamilienministerin, Franziska Giffey von der SPD. In einem Interview sagte sie: Väter von Kindern, die nach einer Trennung bei der Mutter aufwachsen, sollten finanziell entlastet werden. Die Ministerin findet es nämlich ungerecht, dass Väter auch dann den vollen Unterhalt zahlen müssen, wenn das Kind viel Zeit bei ihnen verbringt. Mit dieser gängigen Praxis, findet Giffey, müsse Schluss ein.

10 Bislang ist es so, dass ein Vater, der sich nach der Trennung um seine Kinder kümmert, genauso viel zahlen muss wie einer, der sich überhaupt nicht kümmert. Das Unterhaltsrecht unterscheidet nicht zwischen einem aktiven und einem abwesenden Vater. Das Gesetz stammt aus jener Zeit, als die Rollen zwischen den Geschlechtern noch klar verteilt waren: Der Mann sorgte fürs Geld, die Frau für die Kinder. Und so gilt nach einer Trennung der Eltern bis heute: Meist zahlt der eine, und die andere betreut.

15 Die Realität sieht aber längst anders aus: Der Fun-Dad, der das Kind allenfalls am Wochenende für ein paar Stunden bespaßt und sonst nichts von ihm wissen will, stirbt aus. Immer mehr Väter wollen ihre Kinder aufwachsen sehen, auch nach einer Trennung. Diese Väter wollen ihre Kinder auch unter der Woche und über Nacht in ihrer Nähe haben. Dafür opfern viele Väter ihre Zeit – und zusätzliches Geld. Sie bleiben zu Hause, wenn das Kind krank ist, begleiten es zum Arzt, helfen bei den Hausaufgaben. Sie richten ein zweites Kinderzimmer ein, schaffen ein weiteres Fahrrad an, besorgen Wechselkleidung.

20 Bei der Frage nach dem Geld spielt der Aufwand der Väter aber bisher kaum eine Rolle: Solange das Kind seinen Lebensmittelpunkt bei der Mutter hat – und das ist bei drei von vier Trennungskindern der Fall –, muss der Vater für den Unterhalt aufkommen. Diese Ungerechtigkeit hat die Ministerin erkannt und ausgesprochen.

25 Seit ihrer Ankündigung, diese verfehlte Tradition ändern zu wollen, laufen Feministinnen in sozialen Netzwerken Sturm: Giffeys Vorstoß sei "ein Schlag ins Gesicht jeder Alleinerziehenden", twittert eine Frau. Es gebe weitaus schlimmere Ungerechtigkeiten, meinen andere: Die Ministerin solle sich darum kümmern, den Unterhalt von säumigen Vätern einzutreiben.

30 Es stimmt ja: Jeder zweite getrennt lebende Vater zahlt seinem Kind keinen Unterhalt. Acht von zehn Alleinerziehenden in Deutschland sind Frauen. Zugunsten der Kinder stecken sie im Job oft zurück und verdienen deshalb deutlich schlechter als die Väter. Kaum eine Gruppe ist so stark von Armut bedroht wie alleinerziehende Frauen. Und da sollen ausgerechnet die Väter entlastet werden?

Es ist ein Skandal, dass sich viele Väter um den Unterhalt drücken und damit oft durchkommen. Doch ein Unrecht wird nicht dadurch kleiner, dass man es gegen ein anderes aufwiegt.

35 Im Grunde müssten die Kämpferinnen für mehr Frauenrechte eine Reform des Unterhaltsrechts sogar begrüßen. Denn sie bildet eine gesellschaftliche Realität ab, die zu mehr Gleichberechtigung führt. Ein Vater, der seinem Kind auch nach einer Trennung als Bezugsperson erhalten bleibt, möchte ja gerade mehr Verantwortung in der Erziehung übernehmen – und nicht weniger. Alle, die heute gegen Giffeys Reformpläne wettern, verlangen morgen, dass Väter nach der Geburt des Kindes zu Hause bleiben und

ihre erwerbstätigen Frauen entlasten sollen. Man kann aber nicht die Abschaffung des Patriarchats
fordern und dort, wo sich das zu den eigenen Ungunsten auswirken würde, für dessen Fortbestand
40 kämpfen. Damit verprellen¹ die vermeintlichen Kämpferinnen für die Sache der Frauen ausgerechnet
jene modernen und progressiven Männer, die sie für die feministische Revolution dringend brauchen.

Übersehen wird dabei auch, dass es noch einen anderen Weg gäbe, sich Kosten und Fürsorge in der
Erziehung zu teilen. Beim sogenannten Wechselmodell lebt das Kind beim Vater und bei der Mutter.
45 Beide kümmern sich abwechselnd zu annähernd gleichen Teilen. Beide betreuen – und beide zahlen,
gemäß ihren finanziellen Möglichkeiten. In Belgien, Schweden oder Frankreich ist dieses
Wechselmodell die bevorzugte Regelung. So steht es dort auch im Gesetz, und niemand kommt
ernsthaft auf die Idee, es für frauenfeindlich zu halten.

¹ verprellen = durch sein Verhalten, sein Handeln irritieren

AfD-Portal "Neutrale Schule" ist online

Susanne Vieth-Entus
<https://www.tagesspiegel.de>
22.10.2018

Das Portal der AfD gegen kritische Lehrer ist gestartet. Auch aus den eigenen Reihen gibt es daran Kritik. Studierende und Lehrer zeigen sich selbst an¹.

4 In Berlin hat alles geklappt: Am Montagmittag ging das Portal "Neutrale Schule" der AfD online. Die
Beschwerdeplattform, auf der Schüler und Eltern an die Berliner AfD-Fraktion über Fälle von
„ideologisch einseitiger“ Beeinflussung durch Lehrer berichten sollen, ist ohne technische Probleme
5 gestartet. In Brandenburg hatte sich der Start verzögert, das entsprechende Portal soll am Dienstag
freigeschaltet werden.

10 Einen Tag nach Bekanntwerden der Selbstanzeigen von Lehrkräften gegenüber der AfD haben sich
Lehramtsstudierende mit der Aktion der Pädagogen solidarisiert. Sie haben „gestanden“, dass sie die
gleichen „Verstöße“ planen, sobald sie Lehrer sind. Eine Lehramtsstudentin der Freien Universität
kündigte an, sich mithilfe von Fachschaften und FU-Gruppen um eine Verteilung eines offenen Briefes
15 zu kümmern, der sich an die Selbstanzeigen der Lehrer anlehnt.

Die Aktion wird von der Initiative „Bildet Berlin!“ unterstützt, die auch die gesammelten Unterschriften
an die AfD übergeben will.

20 Verbände, Fraktionen und Gewerkschaften nahmen den bevorstehenden Start zum Anlass, um auf die
mögliche Wirkung einer derartigen „Schnüffelei²“ hinzuweisen, die an „Stasi-Methoden“ erinnere.
„Die AfD will damit offensichtlich Schüler instrumentalisieren und zum Denunzieren aufrufen, so wie
es in Diktaturen üblich ist“, warnten Bildungspolitiker von Rot-Rot-Grün. Der Humanistische Verband
25 warnte vor einer „Rasterfahndung im Klassenzimmer“.

30 Aber auch in der AfD sind nicht alle Funktionäre von der Richtigkeit des Schrittes überzeugt: Der
Landesvorsitzende der Jungen Alternative Brandenburg und zuletzt Oberbürgermeisterkandidat der
AfD in Potsdam, Dennis Hohloch, betonte zwar, es gebe im Schulbetrieb „viel Beeinflussung durch linke
Lehrer“, die ihre entsprechenden Statements „nicht immer als Meinungsäußerungen kenntlich
machen“. Es könne nicht sein, dass sich die einen Lehrer alles erlauben dürften, die anderen aber „stark
bedrängt werden“. Dennoch sei die geplante Plattform „nicht zielführend“, sagte er dem Tagesspiegel
und empfahl stattdessen, „den Dienstweg einzuhalten“.

35 Es gebe „schon genug falsche Anschuldigungen gegen Lehrer, und was einmal im Netz steht, bleibt
immer da“, begründet der Pädagoge, der an einer Grundschule in Spandau unterrichtet, seine
Ablehnung. Im Übrigen zeigten Erfahrungen mit Bewertungsportalen, dass solche anonymen
Äußerungen, die rasch formuliert würden, der Überprüfung oft nicht standhielten.

40 Einen ersten Vorgeschmack, wohin Beschwerden von Eltern an die AfD führen können, gibt es bereits
– aus dem Mai 2017. Damals hatte die Fraktion von einer „besorgten Mutter“ erfahren, dass ihre Partei
bei der U18-Wahl³ in der Paul-Schmidt-Schule in Hohenschönhausen ignoriert worden sei. Anstatt sich

¹ sich selbst an/zeigen = sich bei der Polizei als Täter einer strafbaren Handlung melden

² die Schnüffelei = das Spionieren

³ die U-18 Wahl = bildungspolitische Initiative für Kinder und Jugendliche in Deutschland, bei der Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren ihre Stimmen bei Bezirks-, Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europawahlen symbolisch abgeben können.

35 über die Hintergründe zu informieren, ließ sich der bildungspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Franz Kerker, vor der Schule filmen, während er die Schule anprangerte und in die Kamera fragte, warum es „keinen fairen Umgang“ gebe. Kurz vor der Bundestagswahl wurde das Video auf Youtube veröffentlicht.

40 Noch Ende September 2018 begründete Kerker die geplante Einrichtung der AfD-Plattform unter anderem mit dem besagten „Ausklammern“ der AfD an der Paul-Schmidt-Schule. Selbst als der Tagesspiegel Kerker nachweisen konnte, dass es die Bundes-AfD war, die die Verantwortung für die Nichtberücksichtigung bei der U18-Wahl trug, hielt seine Fraktion es bisher nicht für nötig, den auf der falschen Behauptung beruhenden Videopodcast zu löschen.

„Werden Pädagogen im Internet an den Pranger gestellt oder beleidigt, können sie zivilrechtlich dagegen vorgehen“, betonte jetzt die Lehrgewerkschaft GEW. Lehrkräfte hätten die Möglichkeit, auf die Einhaltung des Datenschutzes nach EU-Recht zu bestehen und bei der AfD-Fraktion eine Auskunft über gespeicherte personenbezogene Daten zu verlangen.

45 Datenschutzprobleme könnten es auch sein, die den Start der Plattform am Freitag in Brandenburg verhinderten: AfD-Bildungspolitiker Steffen Königer sprach nebulös von „technischen Problemen juristischer Art“. Der Start wurde auf diese Woche verschoben.

Zwei und der Rest der Welt

Der Vertrag von Aachen wurde als deutsch-französische Gemeinsamkeit gelobt. Doch außenpolitisch passen die beiden Länder kaum zusammen.

Tagesspiegel, 24.1.2019

Ein Gastbeitrag von Sigmar Gabriel

Vor dem Hintergrund des in Aachen erneuerten deutsch-französischen Freundschaftsvertrags ist es ganz interessant, auf die Unterschiede zu schauen zwischen der Beurteilung des binationalen Verhältnisses, als 1963 der Élysée-Vertrag zustande kam, und der heutigen Wahrnehmung des so oft als „Motor der europäischen Einigung“ gelobten deutsch-französischen Tandems.

5 Im Zentrum des Aachener Vertrags steht die Idee einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Die ist nicht neu. Sie wurde bereits 1950, nur fünf Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs, zwischen Frankreich und Deutschland diskutiert. Es waren vor allem die USA, die vor dem Hintergrund des Koreakriegs darauf drängten, dass West-Deutschland in ein gemeinsames europäisches Verteidigungsnetz eingebunden werden soll. Der sogenannte Plevan-Plan scheiterte
10 schließlich am französischen Parlament - man fürchtete eine zu große Abhängigkeit von den USA.

Der französische Präsident Charles de Gaulle sah im Élysée-Vertrag in Deutschland einen Wegbereiter einer stärkeren Unabhängigkeit der Westeuropäer von den USA. Er fürchtete, sie könnten zu Vasallenstaaten der Nordamerikaner werden. Im Élysée-Vertrag kamen deshalb Beziehungen zu den USA, zu Großbritannien, zur Nato oder zu anderen wichtigen internationalen
15 Abkommen gar nicht vor.

Das blieb den Vereinigten Staaten natürlich nicht verborgen, sodass auf Druck des US-Präsidenten John F. Kennedy der deutsche Bundestag den Élysée-Vertrag mit einer Präambel versah, die Frankreich und die Bundesrepublik zu einer engen Zusammenarbeit mit den USA und Großbritannien aufforderte.

20 Das wiederum machte die Idee de Gaulles zunichte, ein Gegengewicht zu den USA zu bauen - und es kam zu Unstimmigkeiten zwischen Frankreich und Deutschland. „Die Deutschen benehmen sich wie Schweine. Sie unterwerfen sich völlig der Herrschaft der Amerikaner. Sie verraten den Geist des französisch-deutschen Abkommens. Und sie betrügen Europa“, hat de Gaulle getobt. So jedenfalls wird es mit Verweis auf dessen Biografen Alain Peyrefitte zitiert. Später nannte der das
25 Verhalten der Deutschen seine „größte Enttäuschung“.

Die heutige Debatte um eine „strategische Autonomie“ Europas stammt aus dem politischen Arsenal des Gaullismus und ist auch dem heutigen französischen Präsidenten Emmanuel Macron nicht fremd. Deutschland und am Ende auch die Europäische Union von den USA fernzuhalten, ist bis heute der Plan - und der zeigte sich nicht nur in der nuklearen Bewaffnung Frankreichs (*force de frappe*), sondern warf auch damals schon seine Schatten über den Élysée-Vertrag.
30

Die Saat des Zweifels an den Deutschen aufseiten de Gaulles und in Frankreich konnte durch das historisch schier Unglaubliche – Frieden schließen mit dem „Erbfeind Deutschland“ – allerdings medial überdeckt werden. Wenn wir heute den Aachener Vertrag feiern, sollten wir nicht übersehen, dass er einer politischen Strategie folgt, die der traditionellen Balance Deutschlands –
35 Freundschaft mit Frankreich und zugleich transatlantische Bindung zu den USA und dem Vereinigten Königreich – entgegensteht.

Dies bedeutet nicht, dass der Élysée-Vertrag oder der Aachener Vertrag grundsätzlich falsch sind. Aber unter Umständen könnte sich der deutsche Idealismus „Wir schaffen das, gemeinsam“ als ein

40 Pyrrhussieg für das europäische Projekt ebenso wie für die grundlegende euro-atlantische Ausrichtung der deutschen Außenpolitik herausstellen.

Frankreich und Deutschland haben deutliche Unterschiede in ihrer Sicht auf die Welt. Während in Deutschland die Einbindung in eine liberale Weltordnung und ein westliches Bündnis Staatsräson ist, ist die französische Außenpolitik viel stärker von eigenen Interessen geleitet. Der Aachener Vertrag übergeht diese Unterschiede durch Wohlwollen.

45 Hinzu kommt das Problem der Signalwirkung. Inhaltlich ist der Aachener Vertrag ein Kunstwerk der Absichtserklärungen. Um zu dem Schluss zu kommen, dass der Vertrag letztlich neuer Wein im alten Schlauch ist, gewürzt mit Buzzwörtern der Gegenwart, muss man den Text allerdings lesen.

50 Wer darauf als Pole, Italiener, Grieche, Schweizer oder Spanier verzichtet, könnte denken: „Da machen die, die am lautesten den Multilateralismus feiern, ein bilaterales Projekt. Das machen die, um ihre EU zu retten, die wir so nicht wollen. Ein bilaterales Abkommen, um die EU zu retten. Wie ist das noch mit der Souveränität und Gleichheit aller Europäer?“

„Auf d'Knocha“

In Baden-Württemberg und Bayern wollen die Landesregierungen Dialekte fördern – auch um bei den Wählern zu punkten

Am Anfang kommen die Schüler noch gut mit: Thomas Felder erklärt den Drittklässlern, dass Schwäbisch nicht gesprochen, sondern „gschwätzt“ werde. Auch dass es in der Mundart stärker auf das Hörverstehen ankommt als auf die Grammatik, leuchtet den jungen Zuhörern an der Grundschule Birkmannsweiler in Winnenden ein.

- 5 Doch als der Liedermacher mit den grauen Haaren zur Gitarre greift und den Kindern im breiten Dialekt das Lied vom listigen Fuchs vorsingt, der „aus em Wald“ kommt, Gänse und Enten im „Schdall“ stiehlt und sie bis „auf d'Knocha“ abnagt, blickt er in fragende Gesichter.

- 10 Es sind „Heimattage“ in der Grundschule im Stuttgarter Speckgürtel. Die knapp 60 Schüler haben schon eine Stadtrallye absolviert und Maultaschen zubereitet. Nun versucht Thomas Felder, ihnen singend den Dialekt näherzubringen. Der Erfolg hält sich vorerst in Grenzen: „Die Kinder hier verstehen besser Englisch als Schwäbisch“, sagt die Schulleiterin nach der Stunde.

- 15 Geht es nach Winfried Kretschmann, soll sich das bald ändern. Der grüne Ministerpräsident, der sein eigenes Schwäbeln als Markenzeichen kultiviert, hat eine Dialektoffensive angestoßen. Er hält Vorträge zum Thema und stellt Sprachatlanten vor, die aufzeigen, welcher Dialekt wo vorkommt. Vor Kurzem lud Kretschmann Mundartfreunde zu einem Kongress, um zu diskutieren, wie die heimischen Idiome besser gefördert werden können.

- 20 Eine zweite Tagung unter Federführung des Kultusministeriums soll 2020 folgen, eine Resolution zum Thema ist geplant. Dialekt schaffe „ein Gefühl gemeinschaftlicher Verbundenheit“, schwärmt Kretschmann. Diese Woche haben Grüne, CDU, SPD und FDP einen gemeinsamen Antrag in den Stuttgarter Landtag eingebracht. Der grüne Initiator des Antrags, Markus Rösler, wünscht sich mehr Mundartsendungen in Fernsehen und Radio sowie mehr Dialektangebote für Kinder und Jugendliche. Um vorzumachen, wie es geht, wollen die Parlamentarier die anstehende Landtagsdebatte dazu in Mundart führen.

- 25 Das Thema ist derzeit in der Landespolitik schwer angesagt, zumindest in Süddeutschland. „Mundart ist Teil unserer Identität“, sagte der bayerische Ministerpräsident Markus Söder in seiner Regierungserklärung vor einem Jahr. Zu Beginn des laufenden Schuljahrs verkündete er gewohnt selbstbewusst: „Dialekt macht intelligenter.“ Das sehe man „an der bayerischen Staatsregierung jeden Tag“. Kaum im Amt, verlieh Söder einen „Dialektpreis Bayern“, dabei waren auch Kabarettisten, Poeten und ein Rapper. Söder strahlte mit Trachtlern¹ und Heimatmusikanten von der 30 Bühne.

- 35 Hinter der demonstrativen Begeisterung für Mundart stecken handfeste politische Interessen. Dialektförderung passt hervorragend zu dem Heimatdiskurs, wie ihn grüne Realos in Baden-Württemberg und CSU gleichermaßen pflegen. Der soll den Wahlbürgern in unübersichtlichen Zeiten ein wärmendes Gefühl der Zugehörigkeit vermitteln. Was bei der CSU seit je zur DNA gehört, vermittelt auch Kretschmann zunehmend erfolgreich: Zu seinem Heimatbegriff gehört der Schutz von Insekten ebenso wie das Wandern oder das Mitwirken in einer Narrenzunft².

1 Ein Trachtler ist jemand, der eine Tracht trägt, d.h. ein traditionelles Kostüm.

2 Eine Narrenzunft = ein Fastnachtsverein (die Fastnacht = der Karneval).

Beim Koalitionspartner CDU blickt man mit einem gewissen Neid auf den grünen Heimatkundler, der den Schwarzen schon wieder ein Thema wegnimmt. Doch den Unionsleuten bleibt nicht viel mehr, als Kretschmann zuzustimmen, schließlich versteht man sich selbst als Heimatpartei. „Das ist ein Anliegen, das ich teile“, sagt Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU), eine studierte Sprachwissenschaftlerin. Sie wirbt dafür, „die gewisse Verklemmung³, die wir in Baden-Württemberg mit Dialekt haben, zu lösen“.

Eisenmann soll die Dialektförderung in den Schulen umsetzen - bislang findet sich außer vagen Formulierungen in den Bildungsplänen dazu wenig. „Es geht nicht darum, Dialekt als Unterrichtsfach zu platzieren“, sagt Eisenmann. „Aber wir setzen alles daran, dass sich Dialekte erhalten, sonst würde auch ein Kulturgut verschwinden.“ [...]

Als Vorbild nehmen die Dialektadepten die Nachbarn in Bayern. Dort bietet das Kultusministerium den Schulen seit 2006 die Handreichung „Dialekte in Bayern“ an, zusammengestellt vom Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung. Die fast 400 Seiten mit Materialien und Beispielen sollen „die Verbundenheit der Schülerinnen und Schüler mit ihrer bayerischen Heimat“ stärken. Die „Liebe zur Heimat“ als Bildungsziel hat in Bayern sogar Verfassungsrang.

Felix Bohr, Jan Friedmann

Der Spiegel, 13.4.2019

3 verklemmt sein = blockiert sein

Die rechte Welle surfen

Eine umfassende Datenanalyse zeigt, dass die AfD alle anderen Parteien auf Facebook bei Weitem hinter sich lässt.

Trevor Davis ist beunruhigt, wenn er auf seinen Bildschirm schaut. Der US-Amerikaner, unter anderem Forschungsprofessor an der George-Washington-Universität, analysiert seit Jahren politische Kampagnen in sozialen Netzwerken als Wissenschaftler und politischer Aktivist. Doch ein Phänomen wie die AfD hat er noch nicht gesehen: »Das ist gigantisch und macht mir wirklich
5 Angst«, sagt Davis.

In einer umfangreichen Analyse hat der Forscher untersucht, wie aktiv deutsche Parteien auf Facebook sind. Die AfD sticht dabei in einem Maße heraus, wie es Davis sich nicht hätte vorstellen können. Während die Partei in Umfragen derzeit zwischen 11 und 15 Prozent liegt, bestellt sie das Feld auf Facebook fast allein: Dort entfallen seit Oktober rund 85 Prozent aller weiterverbreiteten
10 Beiträge deutscher Parteien auf die AfD. Die verbleibenden 15 Prozent dieser »Shares« teilen sich SPD, Grüne, Linke, FDP und Union, davon gehen nur jeweils 2 bis 3 Prozent an die Volksparteien SPD und CDU/CSU.

Ein Share auf Facebook bedeutet, dass ein Nutzer einen Post, etwa ein Foto, mit seinen Freunden teilt. Shares gelten in der Welt der sozialen Netzwerke als harte Währung, denn sie bedeuten im
15 Regelfall, dass einem Nutzer eine Aussage nicht bloß gefällt, sondern dass er sich damit identifiziert und sich hinter sie stellt, indem er sie verbreitet. Es sind typische AfD-Botschaften, die sich so den Weg in die Köpfe sehr vieler Menschen bahnen: »Syrier dürfen ihre Zweitfrauen nachholen!« oder »Terrorzelle aufgedeckt - Islam ist friedlich und offene Grenzen sind toll. Wir ertragen diese Lügen nicht mehr.«

Davis' Daten, die der SPIEGEL ausgewertet hat, geben erstmals eine Übersicht über Tausende
20 Facebook-Accounts politischer Parteien in Deutschland. Denn diese pflegen nicht nur jeweils eine Seite in dem sozialen Netzwerk, sondern Hunderte - von der Bundespartei über die Landesverbände bis hin zu Ortsgruppen und Kreisverbänden. Hinzu kommen die persönlichen Accounts von Politikern. Sie alle hat Davis zusammengetragen und in einer Datenbank gespeichert. Schon hier
25 zeigt sich ein leichter Vorsprung der AfD: Rund 1500 Seiten betreibt die Partei auf Facebook, rund 1400 die SPD, gut 1000 die Union.

Trevor Davis fürchtet, dass die AfD in den Umfragen zur Europawahl massiv unterschätzt sein könnte, auch weil die Wahlbeteiligung traditionell eher niedrig ist. Der Social-Media-Experte
30 Martin Fuchs, der sich seit Jahren mit den Internetmethoden der AfD befasst, teilt diese Sorge nicht: »Nach meiner Einschätzung ist die Reichweite der Partei im Netz stabil und übersetzt sich nicht zwangsläufig in einen Wahlerfolg.«

Trotzdem habe Davis mit seiner Analyse grundsätzlich recht, sagt Fuchs. Er nennt die AfD die
»erste Facebook-Partei des Landes«. Sie habe ihre gesamte Struktur mithilfe des sozialen
35 Netzwerks aufgebaut. »Die Logik und die Funktionsweise der AfD orientiert sich an Facebook. Damit unterscheidet sie sich elementar von anderen politischen Akteuren.«

Doch was ist das Geheimnis des AfD-Erfolgs auf Facebook? Einige Faktoren liegen nahe: Emotional besetzte AfD-Lieblingsthemen wie Migration oder Kriminalität erzeugen deutlich mehr Reaktionen als Posts zur Finanz- oder Kulturpolitik. Auf politische Ereignisse reagiert die AfD oft

40 schneller als andere Parteien. Und sie fordert mehr Engagement ihrer Anhänger, indem sie mehr Fragen stellt, dazu aufruft zu kommentieren, zu teilen.

45 Davis' Datenanalyse liefert noch weitere Erklärungen für den Erfolg der AfD. Über ihre Nutzerkonten setzt die Partei eine gigantische Zahl von Foto-Posts ab. Durchschnittlich mehr als 4000 pro Woche waren es seit Oktober. Zum Vergleich: Andere Oppositionsparteien wie die Linke oder die FDP schaffen meist nur mehrere Hundert Foto-Posts in der Woche, nur in Ausnahmefällen über 1000. Aber 4000? »Das hat das Niveau einer US-Präsidentschaftskampagne im Endspurt«, sagt Davis.

50 »Die Hyperaktivität der AfD-Seiten allein würde ausreichen, um den Onlinediskurs und das Meinungsbild zu beeinflussen, warnt die Extremismusforscherin Julia Ebner vom Londoner Institute for Strategic Dialogue. „In Kombination mit der besonders starken Verwendung von Bildern, die Wut erzeugen, und Schmutzkampagnen gegen politische Gegner gelingt es der Partei, beinahe ein Monopol auf Online-Stimmungsmache aufzubauen.“ Das sei gefährlich, denn Negativkampagnen könnten insbesondere unentschlossene Wähler beeinflussen, so Ebner.

Der Spiegel, 27.4.2019
Jörg Diehl, Roman Lehberger, Ann-Katrin Müller, Philipp Seibt

Journalisten müssen der Wahrheit dienen, nicht dem eigenen Ruhm

Kommentar von Annette Ramelsberger
22. Dezember 2018
<https://www.sueddeutsche.de>

J Auch Egon Erwin Kisch, später der größte aller Reporter, war verführbar. Als junger Mann, so
behauptet er es in seinen Memoiren, wurde er von seiner Zeitung zu einem Mühlenbrand geschickt.
Doch die Kollegen von der Konkurrenz waren längst da, hatten die besseren Kontakte zu Polizei und
Feuerwehr, bekamen genauere Informationen. Kurz: Kisch konnte nicht besser sein als die anderen -
5 und hatte eine Idee. Er begann zu fantasieren. [...]

Tags darauf fragten die Chefredakteure der Konkurrenzblätter ihre Leute: "Warum haben wir das
nicht?" Und als die Journalisten zu erklären versuchten, das sei doch so gar nicht gewesen, da
schimpfte ein Chef seinen Reporter: "Komisch, dass sich die anderen immer die interessantesten Lügen
ausdenken, und Sie immer nur die langweiligste Wahrheit wissen." [...]

30 Wenn Journalisten lügen, ist Aufregung angebracht. Immer. Ganz besonders ist sie jedoch angebracht,
wenn es das Sturmgeschütz der Demokratie trifft, den Anker journalistischer Verlässlichkeit, das
Nachrichtenmagazin *Der Spiegel*. Denn der *Spiegel* ist einem Betrüger aufgesessen¹. Da hat nicht
irgendein von der Industrie bezahlter Influencer zu schamlos über seine bevorzugten Produkte
schwadroniert². Da hat kein Blogger nur mal seine private Sicht der Dinge rausgeblasen. Über Jahre
15 hinweg hat der Reporter Claas Relotius, erst 33 Jahre alt, den *Spiegel* und andere Medien, auch das *SZ-*
Magazin, mit zusammenfantasierten Reportagen und Interviews beliefert. Das geht an
die Grundfesten.

20 Relotius brachte Preis um Preis nach Hause. Er schrieb Geschichten, die "larger than life" waren, größer
und schöner als das Leben, mit perfekten Protagonisten, mit einer Dramaturgie, die sich ein Regisseur
nicht besser hätte ausdenken können. Seine Texte entwickelten einen Sog³ wie ein Roman. Genau das
waren sie auch: Geschichten von einem Märchenerzähler, der sich als Journalist ausgab. Es ist der
GAU⁴, für den Spiegel und für die ganze Branche. Denn Journalisten leben davon, dass man
ihnen glaubt.

25 Deswegen verbietet sich jede Häme⁵. In einer Zeit, in der "Fake News" zum Kampfbegriff geworden
sind und Rechtspopulisten ihre eigenen Wahrheiten streuen, ist Glaubwürdigkeit lebensnotwendig für
den Journalismus. Wenn man sich darauf nicht mehr verlassen kann, zerbröckelt das Fundament der
Demokratie. Journalisten setzen das Bild der Welt zusammen - wenn sie dabei lügen, stimmt die Welt
nicht mehr. Die Verführung ist stark, dieses Bild ein wenig aufzupolieren, es funkeln zu lassen - und
damit auch sich persönlich. Selbst der solideste Reporter, die leidenschaftlichste Reporterin kennt die
30 Tage, an denen bei der Recherche nichts läuft wie gewünscht [...]. Man kann dann entweder
fantasieren - oder weitersuchen, die "extra Meile gehen", wie US-Journalisten das nennen. Wenn man
Glück hat, das Reporter Glück, findet man dann jemanden, der einem erzählt von seinen Erlebnissen
[...]. Aber reicht das der Redaktion? Ist das gut genug, um gedruckt zu werden? Um zu glänzen?

¹ einem Betrüger aufgesessen sein = von jdm getäuscht / betrogen werden und dadurch Schaden, Nachteile haben

² schwadronieren = äußerst viel sowie sehr rege und aufdringlich erzählen

³ der Sog = die Faszination

⁴ der GAU = die Katastrophe

⁵ die Häme = der Spott

35 Mancher spürt dann die Versuchung, dem hölzernen Bürgermeister einen würzigen Satz in den Mund zu legen. Oder so zu tun, als wäre man dabei gewesen, obwohl man es nur erzählt bekam. Oder sich in den Kopf eines Protagonisten zu versetzen, als könne man seine Gedanken lesen. Kunstgriffe? Nein: Dies ist ein schleicher Abschied von Richtigkeit und Korrektheit. Wenn man Glück hat, gibt es einen Schuss vor den Bug. Dann fragt der Anwalt, ob man im selben Prozess war wie er, gibt es Protest aus dem Dorf, das man beschrieben hat - so wie im Fall von Relotius, dem zwei Blogger aus Fergus Falls in
40 Minnesota nachwiesen, dass bis auf Durchschnittstemperatur und Einwohnerzahl kaum etwas stimmte an seiner Geschichte.

45 Der Reporter ist draußen allein, es fehlt die soziale Kontrolle, der kritische Blick der Kollegen. Auf der Journalistenschule haben sie einem beigebracht: "Wenn du Mist über den amerikanischen Präsidenten schreibst, passiert erst mal nichts. Schreibst du Mist über den Bürgermeister, steht er am nächsten Tag vor deinem Schreibtisch." So ist es. Und diese Nähe erdet. Sie verhindert Abgehobenheit⁶⁶, lässt aus jeder Fantasie die Luft raus. Sie hält einen ab davon, sich als Wunderkind zu fühlen oder als Star, dessen Texte unantastbar sind. Journalisten nehmen sich oft wichtiger als die Menschen, über die sie schreiben. Oft sind für sie Preise größer als die Probleme, die sie beleuchten. Redaktionen und Leser lieben die glitzernden Geschichten. Relotius ist heute; gestern war Tom Kummer, der Interviews erfand, die das SZ-Magazin druckte.
50

55 Man kann aus alledem lernen. Zu allererst: Journalisten sind keine Künstler, sie sind meist ordentliche Handwerker. Zweitens: Sie müssen der Wahrheit dienen und nicht dem eigenen Ruhm. Drittens: Sie haben eine Aufgabe. Sie [...] dokumentieren, nachfragen und zweifeln. Daraus entstehen dann zwar keine Texte wie Discokugeln, die nach allen Seiten glitzern. Aber dem Ansehen des Journalismus und der Aufgabe, die er in der Gesellschaft hat, hilft die solide Geschichte mehr als Texte, die zu schön sind, um wahr zu sein.

⁶⁶ die Abgehobenheit = die Realitätsferne

Unbreak my Hartz

TAZ, 19.03.2019
Gareth Joswig

Der Verein „Sanktionsfrei“ übernimmt drei Jahre lang für 250 Menschen sämtliche Hartz-IV-Kürzungen. Den Effekt davon untersuchen Arbeitspsychologen.

30 Hartz-IV-Sanktionen in Höhe von 2.260 Euro hat „Sanktionsfrei e. V.“ bereits seit Studienbeginn Anfang Februar ausgeglichen. Drei Jahre lang übernimmt der gemeinnützige Verein mit Sitz in Berlin für 250 Personen alle Kürzungen der Grundsicherung. Mit dem wissenschaftlich begleiteten Modellprojekt „HartzPlus“ will der Verein beweisen, dass es ohne Bestrafung besser geht, und zahlt verhängte Sanktionen des Hartz-IV-Satzes aus Spenden und Crowdfunding. Bedingungsloses Hartz IV quasi.

„Wir möchten ausprobieren, was passiert, wenn Menschen sich vom Sozialstaat nicht mehr bedroht und gegängelt¹ fühlen, sondern angstfrei ein Existenzminimum beziehen“, sagt Sanktionsfrei-Gründerin Helena Steinhaus. Dafür gleiche man jede Kürzung des Regelsatzes sofort wieder aus – das durch Spenden finanzierte Modellprojekt sei „quasi eine Versicherung gegen Sanktionen“.

5.000 Menschen in Hartz IV hatten sich bundesweit als Probanden beworben, die Teilnehmer*innen seien ausgelost² worden. Aus den BewerberInnen wurde eine Gruppe von 250 Unterstützten und eine ebenso große Kontrollgruppe von Nichtunterstützten gebildet. Die „HartzPlus“-Studie führt der Verein zusammen mit der Universität Wuppertal durch.

Jobcenter verhängen Sanktionen nach der Agenda-2010-Logik „Fördern und Fordern“. Dazu gehören Strafen wegen eines ohne Absage verpassten Termins, unerlaubten Verreisens oder der Verweigerung einer Maßnahme. Bei abweichendem Verhalten dürfen Jobcenter-Mitarbeiter*innen erst ein Drittel, bei wiederholten Verstößen gar zwei Drittel und schließlich den kompletten Hartz-IV-Satz wegschrödern – obwohl dieser eigentlich als Existenzminimum gilt.

Tatsächlich gibt es laut dem Forschungsteam der Studie in Deutschland noch keine groß angelegte Forschung zu den Auswirkungen der Hartz-IV-Sanktionspraxis. Publikationen zum Thema erschöpften sich zumeist in ideologiekritischen Diskussionen und Meinungen, wie Rainer Wieland sagt, der als Arbeitspsychologe in der Studie untersucht, wie es sich auf die Befindlichkeit von Bezieher*innen auswirkt, wenn der Druck herausgenommen wird. Mit dem Projekt will er eine solide Datenbasis schaffen.

Die Hypothese des Forschungsdesigns: Sanktionen erzielen möglicherweise die gegenteilige Wirkung von dem, was sie wollen. „Wenn Sie sanktioniert werden, ist das eine bedrohliche Situation mit einer negativen Wirkung – das Gefühl des Kontrollverlusts verstärkt sich“, so Wieland. Umgekehrt sei zu überprüfen, ob Sanktionsfreiheit die Selbstwirksamkeit fördere – also die Fähigkeit, Initiative zu ergreifen und seine Umwelt aktiv zu gestalten.

„Von Hartz-IVlern fordert man, dass sie sich selbst am Schopf aus dem Sumpf ziehen³. Niemand interessiert sich für die Frage, was die Verhältnisse mit den Personen machen“, sagt Wieland. Innerhalb der drei Jahre sollen alle Teilnehmenden in regelmäßigen Abständen befragt werden. Mit Fragen wie:

¹ gängeln = bevormunden

² aus/losen = das Los / das Schicksal entscheiden lassen

³ sich selbst am Schopf aus dem Sumpf ziehen = sich zu helfen wissen

Wie sind Ihre inneren Zustände? Fühlen Sie sich energiegeladener und leistungsbereit oder unwohl?
Haben Sie das Gefühl, ihr Leben kontrollieren zu können? Wie einflussreich sind Sie?

35

„Die Selbstwirksamkeit ist ein Indikator für ‚in die Puschen kommen‘⁴⁴“, sagt Wieland. Aus der Arbeitspsychologie und ähnlichen Befragungen in Unternehmen wisse man bereits, dass Kontrollverlust einer der Hauptstressfaktoren sei, Kontrollverlust hingegen positive Wirkung habe. Diese Fragen nun auch für die Sanktionspraxis bei Hartz IV zu klären, sei arbeitspsychologische Grundlagenforschung, so Wieland.

40

Helena Steinhaus, die Sanktionsfrei gründete, hält Kürzungen der Grundsicherung für grundsätzlich falsch: „Ein strafender Staat, der Druck ausübt, sorgt dafür, dass Bezieher unter Androhungen von Sanktionen in den prekären Arbeitsmarkt rutschen.“

Angefangen, sich gegen Hartz IV einzusetzen, hat Steinhaus nach ihrem Studium der Kulturwissenschaften. Beschäftigt hat sie das Thema allerdings schon zuvor: „Meine Mutter hat eine Zeit lang Arbeitslosengeld II bezogen – das war eine schwierige Situation: Wir mussten die Wohnung wechseln, sie hat sehr drunter gelitten.“ Sie selbst habe damals nicht arbeiten dürfen, weil ihr Job sonst auf den Regelsatz angerechnet worden wäre. „Ich durfte nicht arbeiten, obwohl wir zu wenig Geld hatten“, erzählt sie. Auch nach dem Studium habe sie kurzzeitig Hartz IV bezogen. „Ich habe das Stigma gespürt und unangenehme Erfahrungen mit Sachbearbeitern gemacht“, sagt Steinhaus. [...]

45

50

Als Ergebnis wünscht sich Steinhaus, „dass es den Menschen besser geht und sie mehr Handlungsspielraum haben, sich ihre Situation zum Positiven verändert.“ Viele hätten schon jetzt zurückgemeldet, dass es ihnen im Wissen, dass sie sanktionsfrei seien, besser gehe und sie allgemein motivierter seien – obwohl für die meisten noch keine Sanktion bezahlt worden sei.

⁴⁴ in die Puschen kommen = seine Trägheit / Apathie überwinden und aktiv werden

Alt und unklug

Ein Kommentar von Bernd Ulrich
DIE ZEIT Nr. 12/2019, 14. März 2019

Die Bundesregierung sollte anfangen, Umweltpolitik zu machen, statt die jungen Demonstranten zu maßregeln.

- J Erwachsenein ist auch nicht mehr, was es mal war. Reife und Gelassenheit, Weitblick, das Einstehen für die eigenen Taten, hach, wie war das schön! Und erhaben! Heute hingegen reichen einige Zehntausend Kinder aus, die freitags fürs Klima demonstrieren und dazu – Schreck, lass nach – die Schule schwänzen, und schon verliert die organisierte Gerontokratie die Fassung.
- 5 Der CDU-Generalsekretär versucht, die junge Heldin der Bewegung, Greta Thunberg, in Mitleid und Herablassung zu ertränken. Der Vorsitzende der FDP entmündigt sie per Interview und will lieber die "Profis" ranlassen. Und das sind nur die Gegner der "Fridays for Future"-Bewegung. Noch perfider sind ihre Befürworter, die sie so hochleben lassen, dass ihre eigene Politik locker unten durchpasst. Angela Merkel wiederum klopfte den jungen Leuten auf die Schulter und zwickte sie für ihre Ungeduld zugleich
- 10 in die Wange – so als ob die Unterschiede zwischen der Klimapolitik der Regierung und den Klimaforderungen der Aktivisten bloß eine Frage des Temperaments wären.

Das sind sie keineswegs. Um die Klimakrise im Rahmen zu halten, müssen die Industriestaaten ihren CO₂-Ausstoß laut Pariser Abkommen und einhelliger wissenschaftlicher Expertise binnen dreißig Jahren auf nahe null reduzieren. Wer weiß – und die jungen Leute wissen es –, wie mit der Klimafrage

15 in den vergangenen dreißig Jahren verfahren wurde, der weiß auch, wie wenig Zeit das noch ist. Und dieser Zeitdruck konstituiert eben einen durchaus materiellen und harten Interessengegensatz zwischen denen, die in dreißig Jahren fünfzig, und jenen, die dann hundert sind. Weil den einen dann das Wasser bis zum Hals stehen könnte, während die anderen nicht mehr auf dieser Welt sind.

So viel zu den Interessen. Nun zur Kompetenz: Christian Lindner hat mittlerweile klargestellt, wie er das mit den "Profis" gemeint hat. Nämlich nicht so, dass die Schüler Laien sind und die Politiker Profis. Vielmehr will er damit gesagt haben, dass man die Klimarettung den Ingenieuren und Erfindern überlassen sollte. Was wiederum zeigt, dass er entweder keine Ahnung hat oder keine haben will. Weil jeder, der sich mit der Materie ein wenig beschäftigt – wie zum Beispiel die Schülerinnen und Schüler

20 –, weiß, dass wegen des Zeitdrucks neue Erfindungen und Treibstoffe¹ allein bei Weitem nicht ausreichen werden, um die minimalen Klimaziele zu erreichen. Hätte man vor dreißig Jahren auf die ersten Klimawarner gehört, so hätten Veränderungen nur in den Maschinen wahrscheinlich ausgereicht. Heute müssen Verhaltensänderungen der Menschen hinzukommen. Wie sie eben die jungen Leute vehement fordern, weswegen man ihnen Rigorosität vorwirft. Jugendliche, die rigoros sind? Nicht zu fassen!

30 Die Politik sollte damit aufhören, diese jungen Leute zu maßregeln oder mit Lob einzulullen², sie sollte ihre Arbeit machen. Was nämlich die Bundesregierung gerade tut beziehungsweise unterlässt, ist ein ausgemachter politischer Skandal. Vor vier Jahren hat diese Koalition den Pariser Vertrag unterschrieben, der nicht weniger bedeutet als eine mittlere Revolution unserer Lebens- und Produktionsweise. Dies jedoch wurde der Bevölkerung verschwiegen.

¹ der Treibstoff = der Kraftstoff, der Benzin

² jdn ein/lullen = jdn ein/schläfern / beruhigen

35 Und heute, da es klimapolitisch zum Schwur³ kommt, da es konkret um Energie-, Agrar- und Verkehrswende geht, wirbt die Regierung nicht etwa verspätet doch noch für die Politik, die sie versprochen hat. Stattdessen beschimpft sie Ökologen und die Freitagsbewegung und tut so, als müsse nach dreizehn Jahren grüner Ökokratie mal endlich wieder Maß und Mitte Einzug halten. Nur, mit dem ewigen Anmoralisieren der Ökologen bringt man kein einziges Kohlendioxid-Molekül aus der
40 Atmosphäre. Dass die Schülerinnen und Schüler auf diese etwas irrwitzige Kommunikation der "Erwachsenen" nur mit moderaten Demonstrationen reagieren, zeugt von ihrer Reife.

Wenn die Politik so weitermacht, dann läuft nicht nur Deutschland in einen Generationenkonflikt hinein, gegen den 68 ein Kindergeburtstag war. Damals ging es vor allem um die deutsche Vergangenheit (und den Krieg in Vietnam), heute geht es um die globale Zukunft. Damals ging es um
45 unterschiedliche Auffassungen, heute um gegensätzliche materielle Interessen. Freitag wird wieder demonstriert, wohl so zahlreich und so international wie bislang noch nicht. Die Frage ist, wann endlich auch wieder regiert wird.

³ wenn es zum Schwur kommt = wenn es darauf ankommt / wenn sich etwas entscheidet

Kein Plan – nirgends

Nach dem Abitur kommt für viele Jugendliche das große Nichts. Sie gönnen sich eine längere Auszeit – und könnten kaum mehr provozieren.

Seit anderthalb Jahren steht Ben, 19, die Welt offen. Er hat das Abitur bestanden, die Schule ist vorbei, und damit liegt sie nun vor ihm: die grenzenlose Freiheit. Ben könnte in ferne Länder reisen, Praktika absolvieren, sich ausprobieren, ein Studium oder eine Ausbildung anfangen. Er könnte alles Mögliche machen. »Die große Frage ist eben nur, was«, sagt Ben.

- 5 Seit seinem letzten Schultag Mitte 2017 grübelt er darüber nach. Ohne Ergebnis. Deshalb macht er erst mal: nichts. »Ich habe einfach noch keinen Plan«, erzählt Ben am Küchentisch in dem Reihenhaushaus, in dem er mit seiner Familie in einer deutschen Großstadt lebt. Seinen richtigen Namen möchte er nicht in der Zeitung lesen. Ben ist nicht stolz aufs Nichtstun, andere bezeichnen eine solche Pause nach dem Abi sogar als »freiwilliges asoziales Jahr«.
- 10 Die Wohnung ist leer, Bens Eltern arbeiten, und die ältere Schwester ist in einem Praktikum. »Die steckt auch gerade so in der Findungsphase.« Außer Ben ist nur der Hund zu Hause. Ben ist bereits Gassi mit ihm gegangen, und er hat staubgesaugt, wie jeden Morgen. Später wird er zum Fußballtraining oder ins Fitnessstudio gehen, eine Serie bei Netflix gucken. Das war's. »Ich beschäftige mich irgend wie«, sagt Ben, »einen richtigen Tagesablauf habe ich nicht.«
- 15 Ben gehört zu einer Generation, die einen Begriff geprägt hat: Gap-Year - Lückenjahr. So nennt sich das, wenn Schüler nach dem Abschluss nicht direkt durchstarten, sondern ein Jahr Pause einlegen. Mindestens. Bens Geschichte zeigt: Dieses Gap-Year hat weniger mit Chillen¹ zu tun, als mancher denkt. Und es offenbart die Fallstricke einer Gesellschaft, die ihren Jugendlichen einerseits unzählige Möglichkeiten bietet und andererseits hohe Erwartungen an sie richtet. Die
- 20 Leistungsträger von morgen werden erst mal Aussteiger.
- Als Ben noch im Kleinkindalter war, erlebte Deutschland im Jahr 2001 den Pisa-Schock. Der löste etliche Bildungsreformen aus. Schüler sollten mehr und – schneller lernen, um im internationalen Vergleich mithalten zu können. Stichwort: globaler Wettbewerb. »Die gesellschaftliche Beschleunigung hat das gesamte Bildungssystem erfasst«, so formulieren es Melanie Böwing-Schmalenbrock und Tilly
- 25 Lex in einem Aufsatz für das Deutsche Jugend Institut in München. Kinder wurden früher eingeschult, die Jahre am Gymnasium von neun auf acht verkürzt. Das Ziel: Junge Menschen sollten früher ins Erwerbsleben einsteigen, den Fachkräftemangel beseitigen, ins Rentensystem einzahlen.
- Auffällig ist, dass ein großer Teil der Jugendlichen nun offenbar keine Lust hat, ausgerechnet diese
- 30 Erwartungen zu erfüllen. »Wer in den letzten Jahren die Schule verlassen hat, benötigt tendenziell mehr Zeit, um eine Berufsausbildung oder ein Studium zu beginnen, als frühere Schulabgangskohorten«, stellen die Autorinnen fest. Vor allem bei Abiturienten sei der Unterschied signifikant.
- Insgesamt will fast die Hälfte der Schüler laut einer Studie des Marktforschungsinstituts Trendence
- 35 nach dem Abschluss ein Jahr Pause einlegen. Viele zieht es in die Welt. Work and Travel in Australien, au pair in Frankreich, Interrail durch Europa. Andere machen ein Freiwilliges Soziales Jahr. Von Chillen kann da keine Rede sein. Das Gap-Year werde oft gezielt durchgeplant, mit Stationen belegt, die sich »sinnvoll in die Erwerbsbiografie einfügen«, so Böwing-Schmalenbrock und Lex.
- 40 Diese Schulabgänger wollen mit Menschen zu tun haben, die Umwelt schützen, Sinnstiftendes tun,

1 chillen = faulenz

sich orientieren, reifen - oder einfach den Lebenslauf schmücken, um aus der Vielzahl von Bewerbern um begehrte Jobs mit beeindruckenden Abenteuern herauszustechen. Zahlreiche Anbieter helfen dabei inzwischen mit teils exotischen, kostspieligen Angeboten, deren sozialer Nutzen umstritten ist: Waisenkinder in Asien betreuen, Schildkröten auf den Seychellen retten.

45 Ben dagegen zieht es nicht in die Ferne. Er bleibt zu Hause. Dabei wäre er der perfekte Kandidat für die globalisierte Arbeitswelt. Mit 5 eingeschult, mit 17 Abi gemacht, immer ein guter Schüler gewesen, zweisprachig aufgewachsen. Er hat ein bilinguales Gymnasium mit G-8-Modell besucht und neben dem deutschen das französische Abitur gemacht, also ein doppeltes Turbo-Abi abgelegt.

50 »Für die Abi-Prüfungen zu lernen war schon hart«, sagt Ben, „das war sehr viel und sehr anspruchsvoller Stoff.« In der Oberstufe hatte er deshalb den Kopf nicht frei, um an die Zeit danach zu denken. Und die Frage zu beantworten: Was will ich mit meinem Leben anfangen?

55 Noch vor nicht allzu langer Zeit hätte Ben keine Wahl gehabt, sondern Wehr- oder Zivildienst machen müssen. Der Staat hätte ihn, wie alle jungen Männer, zu einer Zwangspause verpflichtet. Aber das ist seit 2011 vorbei. Zusätzlich wurde die Zeit am Gymnasium verkürzt. G-8-Absolventen sind laut einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung orientierungsloser als Schüler, die erst nach neun Jahren Abitur gemacht haben. Sie wechseln im ersten Jahr häufiger ihr Studienfach und brechen öfter komplett ab. Fachleute führen das auch auf den Zeit- und Leistungsdruck aus der Schulzeit zurück, auf jahrelange Erschöpfungszustände. Aber das empfindet jeder Jugendliche anders.

Der Spiegel, 6.4.2019

"Es war erkämpft, nichts fällt uns in den Schoß"

Mit einer Feierstunde hat der Bundestag 100 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland gewürdigt. Der erste Redner war mit Wolfgang Schäuble (CDU) ein Mann. "Wir feiern heute etwas Selbstverständliches: dass Frauen Staatsbürgerinnen sind", sagte der Bundestagspräsident. Sie hätten sich das Wahlrecht erstritten und erkämpft, weitgehend
5 ohne Verbündete [...]. Der Bundestagspräsident erinnerte in seiner Rede an die SPD-Politikerin Marie Juchacz – die erste Frau, die vor einem frei gewählten Parlament in Deutschland sprach. Die Frauen aus der heutigen SPD-Fraktion trugen zur Feierstunde alle Oberteile in Weiß, eine der Farben der Suffragettenbewegung, die sich für das Frauenwahlrecht starkmachte.

10 "Es war erkämpft, nichts fällt uns in den Schoß", betonte Schäubles Amtsvorgängerin und frühere Frauenministerin Rita Süßmuth (CDU) in ihrer Rede zum Frauenwahlrecht. Männlichen Zweiflern hätten die Frauen in den vergangenen 100 Jahren gezeigt: "Wir können das schon. Wenn ihr das auch wolltet, können wir auch noch mehr."

15 Süßmuth schlug den Bogen von der Einführung des Frauenwahlrechts zur heutigen Situation in Europa: "Was 1919 geschehen ist, ist für mich immer noch ein kleines Wunder," sagte sie und verwies darauf, dass sich Frauen unterschiedlicher politischer und gesellschaftlicher Gruppen zusammengetan hätten. Heute sei ein ähnlicher Zusammenhalt in Europa nötig, sagte Süßmuth "Es ist entscheidend, dass wir uns verbünden – nicht nur als Frauen und Männer, sondern über unsere lokalen Grenzen hinaus." Die frühere
20 Ministerin wies auch auf Probleme wie Gewalt gegen Frauen und fehlende Lohngerechtigkeit hin: "Wir sind zwar in der Gegenwart angekommen, aber noch nicht in einer zufriedenstellenden Gegenwart."

Christine Bergmann (SPD), wie Süßmuth frühere Ministerin für Familie und Frauen, würdigte Clara Zetkin und andere Frauen, die sich für die Gleichberechtigung in
25 Deutschland eingesetzt hatten. Bergmann erinnerte daran, dass in der Bundesrepublik bis 1977 eine Frau die Erlaubnis ihres Mannes brauchte, um berufstätig zu sein. Sie selbst habe in der DDR dazu hingegen keine Unterschrift ihres Mannes gebraucht, sagte Bergmann, die in Leipzig studierte und in Berlin promovierte. In der DDR sei es auch eher akzeptiert gewesen, dass Frauen berufstätig sind – ein Vorsprung in Sachen Gleichberechtigung, so
30 Bergmann. Die Doppelbelastung aus Haushalt und Beruf habe aber in beiden Teilen Deutschlands zum Alltag von Frauen gehört.

Bergmann kritisierte, dass Frauen heute in Deutschland in wichtigen politischen Ämtern unterrepräsentiert sind: Der Frauenanteil im Bundestag liegt derzeit bei knapp 31 Prozent, so niedrig wie seit knapp 20 Jahren nicht mehr. Nur zwei Bundesländer haben
35 aktuell eine Ministerpräsidentin, auch Oberbürgermeisterposten würden nur selten von Frauen besetzt. "Nur dort, wo Parteien eine verbindliche Quote festgelegt haben, finden wir Frauen angemessen in Parlament und Regierung," sagte Bergmann und forderte ein Paritätsgesetz, wie es in manchen EU-Ländern bereits besteht: "Mit der Freiwilligkeit sind wir nicht sehr weit gekommen."

40

Von Katrin Scheib – *Die Zeit*, 17. Januar 2019

Debatte um Rammstein-Video - Alles nicht so gemeint?

In der Langversion des umstrittenen Rammstein-Videos Deutschland distanziert sich Sänger Till Lindemann geradezu plakativ vom Nationalismus - und hat doch die Proteste jüdischer Verbände für die eigene Vermarktung eingespannt. – Von Sonja Zekri und Felix Stephan

5 Ende des Jahres hat Michel Houellebecq Donald Trump gelobt. Ein Essay im amerikanischen *Harper's Magazine* trug den Titel „Donald Trump is a good president“, und im Text fanden sich viele Übereinstimmungen zwischen dem französischen Schriftsteller und dem amerikanischen Präsidenten. Wenige Wochen später erschien Houellebecqs Roman „Serotonin“, und wer auch immer geglaubt hatte, diesen Termin
10 ignorieren zu können – nach Houellebecqs Trump-Huldigung war das kaum noch möglich.

Am Dienstagabend hat die Band *Rammstein* eine 35 Sekunden lange Szene aus dem Video zu ihrem neuen Album veröffentlicht. Es zeigt die Band-Mitglieder in der gestreiften Kleidung von KZ-Häftlingen mit einem gelben Stern auf der Brust. Sie stehen
15 auf einer Art Galgen und tragen einen Strick um den Hals. Till Lindemann, der Sänger, blutet. Danach erscheint in Fraktur, weiß auf schwarz, unter einem irgendwie runenartigen oder eiserneskreuzartigen Logo das Wort „Deutschland“.

Daraufhin geschah zweierlei: Bei Fans wuchs mit der Vorfreude auf das neue Album auch die Hoffnung, dass es für die KZ-Szene eine plausible oder zumindest irgendwie erträgliche Erklärung geben werde, sobald man den ganzen Clip gesehen hat. Bei sehr
20 vielen anderen, zumal bei den jüdischen Verbänden, überwog der Ekel. Zentralratspräsident Josef Schuster kritisierte, dass der Holocaust zu „Marketingzwecken missbraucht“ werde. Seine Vorgängerin Charlotte Knobloch sprach von einer „Verharmlosung“ des Holocaust. Der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung,
25 Felix Klein, warnte, eine Skandalisierung zu Verkaufszwecken könne eine „rote Linie“ überschreiten, war aber bereit, sich überraschen zu lassen, sollte das Album „Lieder gegen den Judenhass“ enthalten. Und der Direktor der Stiftung Bayerische Gedenkstätten, Karl Freller (CSU) lud die Band nach Dachau ein, um „vor Ort über die NS-Gräu-
30 zu informieren“.

Als das Video dann online ging, war zumindest die Frage nach dem Kontext schnell beantwortet: Die postmodernen Bildjongleure von Rammstein werfen darin ein Dutzend
35 Motive aus 2000 Jahren deutscher Geschichte in die Luft und marschieren dann mit ernstem Gesichtsausdruck und rollendem R durch die Collage, die sich vor ihren Füßen erstreckt. In dem Video gibt es Anspielungen auf die Reformation, Walhalla, Kolonialismus, Sigmund Jähn, Erich Honecker, die RAF, die V2-Rakete und eben auch Auschwitz. Der Text allerdings könnte unzweideutiger nicht sein: „Deutschland, deine
40 Liebe ist Fluch und Segen/Deutschland, meine Liebe kann ich dir nicht geben“, singt Rammstein-Sänger Till Lindemann, eine für seine Verhältnisse geradezu plakative Distanzierung von Patriotismus und Nationalismus.

Klimaprotest - Mit hohem Einsatz

Zum Gegenstand von allerlei Spott ist der Starkult um die schwedische Klimaaktivistin Greta Thunberg mittlerweile geworden. Der Mechanismus von Hochjubeln und Niedermachen sagt mehr über den Zynismus der Erwachsenenwelt aus als über das Engagement der Kinder und Jugendlichen, die gegen den Klimawandel auf die Straße gehen. Wer will, kann sich nun auch lustig machen über die vier deutschen Musterschülerinnen und Musterschüler, die am Montag auf einem Podium in Berlin überaus professionell ihren Plan zur Rettung der Welt darlegten. In Wahrheit war die Veranstaltung ein Lichtblick für die politische Kultur in Deutschland.

"Fridays for Future", die schulische und studentische Bewegung im Kampf gegen den Klimawandel, stellt in Deutschland konkrete Forderungen an die Politik. Solange die Bundesregierung nicht erkennbar darauf eingeht, soll weiterhin während der Schulzeit gestreikt werden. Was man bislang noch als träumerische, bequeme und letztlich unpolitische Schulschwänzerei abtun konnte, hat nun einen Kern. [...]

Die Forderungen orientieren sich am oberen Rand dessen, was die Klimaforscher vorschlagen, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen. Kohleausstieg bis 2030, CO₂-Neutralität bis 2035, hundertprozentige Versorgung mit erneuerbaren Energien bis 2035, bereits bis Ende 2019 ein Ende der Subventionen für fossile Energieträger und die Einführung einer CO₂-Steuer.

Die Prognose fällt mit Blick auf die Bundesregierung leicht: So schnell werden diese Forderungen nicht erfüllt werden. Die Schülerinnen und Schüler spielen mit hohem Einsatz, der angemessen ist angesichts der Dringlichkeit, die sie ihrem Anliegen geben. Nun müssen sie zeigen, ob sie ihren Weg gemeinsam zu Ende gehen.

Die Fähigkeit, Konflikte durchzustehen, entscheidet über den Erfolg sozialer Bewegungen. Sie können erschlaffen oder enden in Machtkämpfen, Flügelstreit. Sie können in Radikalisierung und Gewalt münden, wie bei den Gilets Jaunes in Frankreich zu sehen ist. Sie können auch zur Gründung einer politischen Partei führen, wie das Beispiel der Grünen zeigt. Es ist in jedem Fall ein Segen für die deutsche Demokratie, dass diese Generation sich nun politisiert entlang ihres Zukunftsthemas schlechthin, und dass sie die Enttäuschungen kennenlernen wird, die mit politischem Engagement unausweichlich verbunden sind. Die Klimapolitik kenne keine Kompromisse, sagte eine der Aktivistinnen am Montag. Das ist falsch: Ohne Kompromiss funktioniert freiheitlich-demokratische Politik nicht, sonst führt sie in autokratische Strukturen, egal, wie gut gemeint das Anliegen auch ist.

Falls die Freitagsbewegung durchhält, kann sie auch die Erwachsenenwelt zu einer Entscheidung zwingen. Die Schulen müssen Verweise und Bußgelder aussprechen, um der Schulpflicht genüge zu tun. Das ist der angemessene Preis für zivilen Ungehorsam. Die Schüler müssen zahlen, und auch die Eltern, von denen sich viele gern hinter dem bislang preiswert zu habenden klimapolitischen Engagement ihrer Kinder verstecken. Wohin die Bewegung führt, wenn sich auch Eltern und Schulen in großer Zahl solidarisieren?